

**MEMORIAL**

**Journal Officiel  
du Grand-Duché de  
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt  
des Großherzogtums  
Luxemburg**

---

**RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS**

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

---

**C — N° 158****1<sup>er</sup> mars 2001****SOMMAIRE**

|   |             |
|---|-------------|
| <b>Cable &amp; Wireless Global Businesses International S.A., Luxembourg</b> .....    | <b>7583</b> |
| <b>Cable &amp; Wireless Global Enterprises S.A., Luxembourg</b> .....                 | <b>7583</b> |
| <b>Cable &amp; Wireless Global Markets S.A., Luxembourg</b> .....                     | <b>7583</b> |
| <b>Cable &amp; Wireless Global Network S.A., Luxembourg</b> .....                     | <b>7583</b> |
| <b>Cable &amp; Wireless Marine S.A., Luxembourg</b> .....                             | <b>7583</b> |
| <b>Drum S.A., Luxembourg</b> .....  | <b>7566</b> |
| <b>Dumont - Othe, S.e.n.c., Mamer</b> .....   | <b>7582</b> |
| <b>Eclat Entreprises, S.à r.l., Luxembourg</b> .....                                  | <b>7537</b> |
| <b>Europolymer S.A., Grevenmacher</b> .....   | <b>7580</b> |
| <b>Kast Telecom Europe S.A., Luxembourg</b> .....                                     | <b>7552</b> |
| <b>Le Foyer, Ottaviani &amp; Associés Patrimonium Advisory S.A., Luxembourg</b> ..... | <b>7566</b> |
| <b>Le Foyer, Ottaviani &amp; Associés Patrimonium, Sicav, Luxembourg</b> .....        | <b>7570</b> |
| <b>OP-Invest Balanced CHF</b> .....   | <b>7546</b> |
| <b>OP-Invest CHF</b> .....  | <b>7538</b> |
| <b>Stone Financial Investments Holding S.A.H., Luxembourg</b> .....                   | <b>7581</b> |
| <b>Taxis-Ambulances Privées José, S.à r.l., Schifflange</b> .....                     | <b>7544</b> |
| <b>Taxis-Ambulances Privées José, S.à r.l., Schifflange</b> .....                     | <b>7545</b> |
| <b>Trafina Investment Funds, Sicav, Luxembourg</b> .....                              | <b>7555</b> |
| <b>UBS (Lux) Medium Term Bond Fund</b> .....  | <b>7554</b> |
| <b>Wams Holding S.A., Luxembourg</b> .....  | <b>7582</b> |
| <b>Wams Holding S.A., Luxembourg</b> .....  | <b>7582</b> |

---

**ECLAT ENTREPRISES, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**

Siège social: L-1724 Luxembourg, 9B, boulevard du Prince Henri.  
R. C. Luxembourg B 66.869.

Les comptes annuels au 31 décembre 1999, enregistrés à Luxembourg, le 22 septembre 2000, vol. 543, fol. 24, case 5, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

F. Mangen.

(51919/750/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 septembre 2000.

---

## OP-INVEST CHF, Fonds Commun de Placement.

Das Verwaltungsreglement des nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg als «Fonds Commun de Placement» errichteten und zum öffentlichen Vertrieb in Luxemburg zugelassenen Sondervermögen OP-INVEST CHF wird in einen Allgemeinen Teil und einen Besonderen Teil gegliedert. Der Allgemeine Teil beinhaltet die rechtlichen Grundlagen sowie die allgemeinen Anlagerichtlinien; der Besondere Teil enthält die fondsspezifischen Angaben und die Anlagepolitik des Fonds.

Der Allgemeine Teil des Verwaltungsreglements erhält folgenden neuen Wortlaut:

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und der Anteilinhaber hinsichtlich des Sondervermögens bestimmen sich nach dem folgenden Verwaltungsreglement.

### Allgemeiner Teil

#### Art. 1. Grundlagen.

1. Der Fonds ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen. Er wurde als «Fonds Commun de Placement» nach Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen gegründet. Er besteht aus Wertpapieren sowie sonstigen Vermögenswerten (nachstehend «Fondsvermögen» genannt) und wird von der OPPENHEIM INVESTMENT MANAGEMENT INTERNATIONAL S.A., einer Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht (nachstehend «Verwaltungsgesellschaft» genannt) im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Inhaber von Anteilen (nachstehend «Anteilinhaber» genannt) verwaltet.

2. Die Verwaltungsgesellschaft legt das Fondsvermögen nach dem Grundsatz der Risikostreuung gesondert von ihrem eigenen Vermögen an. Über die sich hieraus ergebenden Rechte stellt die Verwaltungsgesellschaft den Anteilhabern Anteilzertifikate oder Anteilbestätigungen gemäß Artikel 14 dieses Verwaltungsreglements (beide nachstehend «Anteilscheine» genannt) aus.

3. Die Anteilinhaber sind an dem Fondsvermögen in Höhe ihrer Anteile beteiligt.

4. Mit dem Anteilerwerb erkennt der Anteilinhaber das Verwaltungsreglement sowie dessen genehmigte und veröffentlichte Änderungen an.

5. Die jeweils gültige Fassung dieses Verwaltungsreglements sowie sämtliche Änderungen werden im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg (nachstehend «Mémorial» genannt), veröffentlicht.

#### Art. 2. Depotbank.

1. Die Depotbank wird von der Verwaltungsgesellschaft bestellt. Ihre Funktion richtet sich nach dem Gesetz und diesem Verwaltungsreglement. Die Depotbank handelt unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anteilinhaber. Sie wird jedoch den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft Folge leisten, vorausgesetzt diese stehen in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsreglement, dem Depotbankvertrag und dem Gesetz.

2. Die Depotbank verwahrt alle Wertpapiere und anderen Vermögenswerte des Fonds in gesperrten Konten oder Depots, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements verfügt werden kann. Die Depotbank ist berechtigt, unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft Vermögenswerte des Fonds bei anderen Banken oder bei Wertpapiersammelstellen in Verwahrung zu geben.

3. Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den gesperrten Konten des Fonds nur die in diesem Verwaltungsreglement festgesetzten Vergütungen. Sie entnimmt auch, jedoch nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft, die ihr selbst nach diesem Verwaltungsreglement zustehenden Entgelte. Die Regelungen in Artikel 18 dieses Verwaltungsreglements betreffend die Belastung des Fondsvermögens mit sonstigen Kosten und Gebühren bleiben unberührt.

4. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

a) Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;  
b) gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn in das Fondsvermögen wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen nicht haftet.

5. Depotbank und Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Die Kündigung wird jedoch erst wirksam, wenn eine Bank, welche die Bedingungen des Gesetzes über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen vom 30. März 1988 erfüllt, die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß diesem Verwaltungsreglement übernimmt. Bis zum Zeitpunkt der Übernahme wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilinhaber ihren Pflichten und Funktionen gemäß Artikel 17 des vorerwähnten Gesetzes in vollem Umfang nachkommen.

#### Art. 3. Fondsverwaltung.

1. Die Verwaltungsgesellschaft handelt in Erfüllung ihrer Obliegenheiten unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse der Anteilinhaber. Sie kann unter eigener Verantwortung und auf ihre Kosten Anlageberater hinzuziehen und/oder sich des Rates eines Anlageausschusses bedienen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist nach den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements insbesondere berechtigt, mit den Geldern, die von Anteilhabern in den Fonds eingezahlt wurden, Wertpapiere und sonstige Vermögenswerte zu erwerben, diese wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen. Sie ist ferner zu allen sonstigen Rechtshandlungen ermächtigt, die sich aus der Verwaltung des Fondsvermögens ergeben.

#### Art. 4. Börsen und Geregelte Märkte.

Die Verwaltungsgesellschaft wird das Fondsvermögen grundsätzlich in Wertpapieren anlegen, die

1. an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Drittstaats gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, oder

2. aus Neuemissionen stammen, deren Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt im Sinne von Ziffer 1 zu beantragen, und deren Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

#### **Art. 5. Verbriefte Rechte, nicht notierte Wertpapiere.**

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, bis zu 10 % des Netto-Fondsvermögens in verbrieften Rechten, die ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt sind, oder in nicht an einer Börse amtlich notierten oder nicht an einem anderen geregelten Markt gehandelten Wertpapieren anzulegen.

#### **Art. 6. Risikostreuung.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds Wertpapiere eines Emittenten kaufen, wenn zur Zeit des Erwerbs ihr Wert, zusammen mit dem Wert der bereits im Fonds befindlichen Wertpapiere desselben Emittenten, 10 % des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigt. Der Gesamtwert der im Fondsvermögen befindlichen Wertpapiere von Emittenten, in deren Wertpapieren jeweils mehr als 5 % des Netto-Fondsvermögens angelegt sind, darf 40 % des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigen.

2. Sofern die Wertpapiere von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder dessen Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören, begeben oder garantiert werden, so erhöht sich die Beschränkung gemäß Absatz 1 von 10 % auf 35 % des Netto-Fondsvermögens. Die in Absatz 1 Satz 2 festgelegte Grenze von 40 % gilt für diese Fälle nicht.

3. Für Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgegeben werden und deren Emittenten aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber dieser Schuldverschreibungen einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegen, erhöhen sich die in Absatz 1 genannten Grenzen von 10 % auf 25 % bzw. von 40 % auf 80 %, vorausgesetzt, die betreffenden Kreditinstitute legen die Emissionserlöse nach den gesetzlichen Vorschriften in Vermögenswerten an, welche die Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen über deren gesamte Laufzeit ausreichend decken und vorrangig für die bei Ausfällen des Emittenten fällig werdenden Rückzahlungen von Kapital und Zinsen bestimmt sind.

4. Die Grenzen gemäß Absatz 1 bis 3 gelten nicht kumulativ, so daß Anlagen in Wertpapieren desselben Emittenten 35 % des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigen dürfen.

5. Die Verwaltungsgesellschaft darf für die von ihr verwalteten Investmentfonds insgesamt stimmberechtigte Aktien nicht in einem Umfang erwerben, der es ihr erlaubt, einen wesentlichen Einfluß auf die Geschäftspolitik des Emittenten auszuüben. Sie darf für den Fonds höchstens 10 % der von einem Emittenten ausgegebenen stimmrechtslosen Aktien, Schuldverschreibungen oder Anteile eines Investmentfonds erwerben. Diese Grenze braucht für Schuldverschreibungen und Fondsanteile beim Erwerb nicht eingehalten zu werden, wenn sich das Gesamtemissionsvolumen bzw. die Zahl der ausgegebenen Anteile nicht berechnen läßt. Sie ist auch insoweit nicht anzuwenden, als diese Wertpapiere von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, dessen Gebietskörperschaften oder von einem Drittstaat begeben werden oder garantiert sind oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören, begeben werden.

#### **Art. 7. Investmentanteile.**

Die Verwaltungsgesellschaft kann bis zu 5 % des Netto-Fondsvermögens in Anteile anderer offener Investmentfonds anlegen, wenn es sich hierbei um Organismen für gemeinschaftliche Anlagen in Wertpapieren im Sinne der Richtlinie 85/611/EWG vom 20. Dezember 1985 handelt und sofern deren Anlagepolitik mit derjenigen des Fonds übereinstimmt oder ihr zumindest ähnlich ist. Der Erwerb von Anteilen eines Investmentfonds oder einer Investmentgesellschaft, die von der Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, ist nur für den Fall eines Investmentfonds oder einer Investmentgesellschaft zulässig, der/die sich gemäß dessen Vertragsbedingungen bzw. deren Statuten auf die Anlage in einem bestimmten geographischen oder wirtschaftlichen Bereich spezialisiert hat. In solchen Fällen darf die Verwaltungsgesellschaft auf diese Anteile keine Gebühren oder Kosten berechnen.

#### **Art. 8. Rückführung.**

Die Anlagebeschränkungen gemäß Artikel 5 und 6 beziehen sich auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere. Werden die genannten Prozentsätze nachträglich, d.h. durch Kurseinwirkungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber unverzüglich eine Rückführung in den vorgesehenen Rahmen anstreben.

#### **Art. 9. Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihe.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften kaufen oder verkaufen, wenn der Vertragspartner eine Finanzeinrichtung erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert ist. Solche Wertpapiere dürfen während der Laufzeit des Pensionsgeschäfts nicht veräußert werden. Der Umfang der Pensionsgeschäfte wird stets auf einem Niveau gehalten, das es dem Fonds ermöglicht, seiner Rückkaufverpflichtung jederzeit nachzukommen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft kann bis zur Höhe von 50 % ihres Gegenwertes im Fonds befindliche Wertpapiere für höchstens 30 Tage im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems ausleihen, sofern das Wertpapierleihsystem auf einem anerkannten Abrechnungsmechanismus basiert oder durch eine Finanzeinrichtung erster Ordnung, die auf solche Geschäfte spezialisiert ist, organisiert wird. Die Wertpapierleihe kann mehr als 50 % des Wertes des Wertpapierbestandes erfassen, sofern dem Fonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen. Der Fonds muß im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich Si-

cherheiten erhalten, deren Höhe zur Zeit des Vertragsschlusses mindestens dem Wert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Die Sicherheiten können in flüssigen Mitteln bestehen oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder internationale Organismen begeben wurden oder garantiert sind und die zu Gunsten des Fonds während der Laufzeit des Leihvertrages gesperrt werden.

#### **Art. 10. Techniken und Instrumente.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann sich nach Maßgabe der Anlagebeschränkungen für den Fonds sonstiger Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern der Einsatz dieser Techniken und Instrumente im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens geschieht.

2. Des weiteren kann die Verwaltungsgesellschaft Techniken und Instrumente mit dem Ziel der Deckung von Währungs-, Zins- und Kursrisiken im Rahmen der Verwaltung des Fondsvermögens nutzen.

3. Währungssicherungsgeschäfte nach Absatz 2 setzen eine unmittelbare Verbindung zu den abgesicherten Vermögenswerten voraus; sie dürfen diese grundsätzlich weder in der Höhe noch bezüglich der Restlaufzeit übersteigen.

4. Darüber hinaus ist es der Verwaltungsgesellschaft gestattet, diese Techniken und Instrumente im Rahmen der Verwaltung des Fondsvermögens auch für Geschäfte mit einem anderen Ziel als der Absicherung bestehender Engagements anzuwenden, sofern es sich hierbei nicht um Devisengeschäfte handelt.

5. Zu den angesprochenen Techniken und Instrumenten gehören u.a. der Kauf und Verkauf von Call- und Put-Optionen sowie der Kauf und Verkauf von Terminkontrakten über Devisen, Wertpapiere, Indizes, Zinsen und sonstige zulässige Finanzinstrumente.

6. Die Verwaltungsgesellschaft wird Instrumente, die nicht an einer Börse oder an einem Geregelten Markt gehandelt werden (OTC-Geschäfte) nur anwenden, wenn

- der Vertragspartner eine Finanzeinrichtung erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert ist und
- der Kauf oder Verkauf dieser Instrumente anstelle von an einer Börse oder an einem Geregelten Markt gehandelten Instrumenten nach Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft für die Anteilhaber vorteilhaft ist. Der Abschluß von OTC-Geschäften ist insbesondere dann von Vorteil, wenn er eine laufzeitkongruente und damit kostengünstigere Absicherung ermöglicht.

7. Die Summe aller Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf grundsätzlich den Gesamtwert der abgesicherten Werte nicht übersteigen.

8. Die Summe aller Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf das Netto-Fondsvermögen zu keinem Zeitpunkt übersteigen. Hierbei bleiben verkaufte Call-Optionen außer Betracht, die durch angemessene Werte im Fondsvermögen unterlegt sind.

9. Optionsscheine über Devisen, Indizes, Zinsen und sonstige zulässige Finanzinstrumente sind hinsichtlich der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 den Call- und Put-Optionen gleichgestellt und werden in die Anlagegrenzen gemäß Absatz 7 und 8 einbezogen.

#### **Art. 11. Kreditaufnahme.**

Die Verwaltungsgesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 10 % des Netto-Fondsvermögens aufnehmen, sofern die Depotbank der Kreditaufnahme und deren Bedingungen zustimmt. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind Fremdwährungskredite in Form von «back-to-back»-Darlehen.

#### **Art. 12. Flüssige Mittel.**

Bis zu 49 % des Netto-Fondsvermögens dürfen in flüssigen Mitteln gehalten werden. Dazu zählen auch regelmäßig gehandelte Geldmarktinstrumente mit einer (Rest-)Laufzeit von bis zu 12 Monaten. In besonderen Ausnahmefällen ist es der Verwaltungsgesellschaft gestattet, vorübergehend auch über 49 % hinaus flüssige Mittel zu halten, wenn und soweit dies im Interesse der Anteilhaber geboten erscheint.

#### **Art. 13. Unzulässige Geschäfte.**

Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds nicht:

1. im Zusammenhang mit dem Erwerb nicht voll eingezahlter Wertpapiere Verbindlichkeiten übernehmen, die, zusammen mit Krediten gemäß Artikel 11, 10 % des Netto-Fondsvermögens überschreiten;
2. Kredite gewähren oder für Dritte als Bürge eintreten;
3. Wertpapiere erwerben, deren Veräußerung aufgrund vertraglicher Vereinbarung irgendwelchen Beschränkungen unterliegt;
4. in Immobilien anlegen und Waren oder Warenkontrakte kaufen oder verkaufen;
5. Edelmetalle oder über Edelmetalle lautende Zertifikate erwerben;
6. Vermögenswerte des Fonds verpfänden oder belasten, zur Sicherung übereignen oder zur Sicherung abtreten, sofern dies nicht im Rahmen eines nach diesem Verwaltungsreglement zulässigen Geschäfts gefordert wird;
7. Wertpapierleerverkäufe tätigen;
8. an einer Börse, einem geregelten Markt oder mit Finanzeinrichtungen erster Ordnung, die auf solche Geschäfte spezialisiert sind, gehandelte Optionen auf Wertpapiere sowie Optionen oder Optionsscheine auf Indizes und Finanzterminkontrakte kaufen und verkaufen, deren Prämien addiert 15 % des Netto-Fondsvermögens übersteigen oder deren Kontraktwerte über das Netto-Fondsvermögen hinausgehen;
9. Call-Optionen verkaufen, die nicht durch Wertpapiere unterlegt oder durch andere Instrumente abgesichert sind, es sei denn, der Fonds ist jederzeit in der Lage, die Deckung der daraus entstehenden offenen Positionen sicherzustellen, und die Summe der Ausübungspreise der ungedeckten Call-Optionen übersteigt nicht 25 % des Netto-Fondsvermögens;
10. Put-Optionen verkaufen, wenn der Fonds nicht über ausreichend liquide Mittel verfügt, um die daraus entstehenden Verpflichtungen jederzeit in vollem Umfang erfüllen zu können.

**Art. 14. Anteilscheine.**

1. Die Anteilzertifikate lauten auf den Inhaber und sind über einen Anteil oder eine Mehrzahl von Anteilen ausgestellt.
2. Die Anteilzertifikate tragen handschriftliche oder vervielfältigte Unterschriften der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank.
3. Anteilzertifikate sind übertragbar. Mit der Übertragung eines Anteilzertifikats gehen die darin verbrieften Rechte über. Der Verwaltungsgesellschaft und/oder der Depotbank gegenüber gilt der Inhaber des Anteilzertifikats in jedem Fall als der Berechtigte.
4. Auf Wunsch der Anteilerwerber und Weisung der Verwaltungsgesellschaft kann die Depotbank anstelle eines Anteilzertifikats eine Anteilbestätigung über erworbene Anteile ausstellen.
5. Der Abschnitt «Besonderer Teil» kann vorsehen, daß die Anteile in Globalzertifikaten verbrieft werden. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht in diesen Fällen nicht.

**Art. 15. Ausgabe und Rücknahme von Anteilen.**

1. Alle Fondsanteile haben gleiche Rechte. Die Anteile werden von der Verwaltungsgesellschaft unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank ausgegeben. Die Anzahl der ausgegebenen Anteile und der entsprechenden Anteilscheine ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich jedoch vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen; etwa bereits geleistete Zahlungen werden in diesen Fällen unverzüglich erstattet.
2. Die Anteile können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, den Zahlstellen oder durch Vermittlung Dritter erworben werden.
3. Die Anteilinhaber können jederzeit die Rücknahme der Anteile über die Verwaltungsgesellschaft, die Depotbank oder die Zahlstellen verlangen. Die Verwaltungsgesellschaft ist verpflichtet, an jedem Bewertungstag die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Fonds zurückzunehmen.
4. Sofern in dem Abschnitt «Besonderer Teil» nichts Abweichendes geregelt ist, ist Bewertungstag jeder Bankarbeits- und Börsentag in Frankfurt/Main, Düsseldorf und Luxemburg. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem Bewertungstag in der für den Fonds festgelegten Währung (nachstehend «Basiswährung» genannt).
5. Bei massiven Rücknahmeverlangen bleibt der Verwaltungsgesellschaft vorbehalten, nach vorheriger Zustimmung der Depotbank, die Anteile erst dann zum gültigen Rücknahmepreis zurückzunehmen, nachdem sie unverzüglich, jedoch unter Wahrung der Interessen aller Anteilinhaber, entsprechende Vermögenswerte veräußert hat.
6. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, zum Beispiel devisa-rechtliche Vorschriften oder andere, von der Depotbank nicht zu vertretende Umstände der Überweisung des Rücknahmepreises entgegenstehen.

**Art. 16. Ausgabe- und Rücknahmepreis.**

1. Zur Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises ermittelt die Verwaltungsgesellschaft oder ein von ihr beauftragter Dritter unter Aufsicht der Depotbank den Wert der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des Fonds (nachstehend «Inventarwert» genannt) an jedem Bewertungstag und teilt ihn durch die Zahl der umlaufenden Anteile (nachstehend «Inventarwert pro Anteil» genannt).

Dabei werden:

- a) Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet;
- b) Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind, jedoch an einem geregelten Markt bzw. an anderen organisierten Märkten gehandelt werden, ebenfalls zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet, sofern die Verwaltungsgesellschaft zur Zeit der Bewertung diesen Kurs für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere veräußert werden können;
- c) Wertpapiere, deren Kurse nicht marktgerecht sind, sowie alle anderen Vermögenswerte zum wahrscheinlichen Realisierungswert bewertet, der mit Vorsicht und nach Treu und Glauben zu bestimmen ist;
- d) flüssige Mittel zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet;
- e) Festgelder zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet;
- f) nicht auf die Basiswährung des Fonds lautende Vermögenswerte zu dem letzten Devisenmittelkurs in die Basiswährung des Fonds umgerechnet.

2. Bei Festsetzung des Ausgabepreises kann dem Inventarwert pro Anteil zur Abgeltung der Ausgabekosten ein Ausgabeaufschlag hinzugerechnet werden, dessen Höhe sich aus dem Abschnitt «Besonderer Teil» ergibt. Sofern in einem Land, in dem Anteile ausgegeben werden, Stempelgebühren oder andere Belastungen anfallen, erhöht sich der Ausgabepreis entsprechend.

3. Rücknahmepreis ist der nach Absatz 1 ermittelte Inventarwert pro Anteil.

4. Anteilkaufo und -verkaufsaufträge, die bis 10.30 Uhr eingegangen sind, werden mit dem am nächstfolgenden Bewertungstag festgestellten Ausgabe- und Rücknahmepreis abgerechnet, sofern sich aus dem Abschnitt «Besonderer Teil» nichts Abweichendes ergibt.

**Art. 17. Aussetzung.**

1. Die Errechnung des Inventarwertes sowie die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen kann von der Verwaltungsgesellschaft zeitweilig ausgesetzt werden, wenn und solange
  - a) eine Börse, an der ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des Fonds gehandelt wird (außer an gewöhnlichen Wochenenden und Feiertagen), geschlossen, der Handel eingeschränkt oder ausgesetzt ist;
  - b) die Verwaltungsgesellschaft über Vermögenswerte nicht verfügen kann;
  - c) die Gegenwerte bei Käufen sowie Verkäufen nicht zu transferieren sind;
  - d) es unmöglich ist, die Ermittlung des Inventarwertes ordnungsgemäß durchzuführen.

2. Die Aussetzung und Wiederaufnahme der Inventarwertberechnung wird unverzüglich sämtlichen Anteilhabern mitgeteilt, die ihre Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

#### **Art. 18. Kosten.**

1. Der Verwaltungsgesellschaft steht für die Verwaltung des Fonds und der Depotbank für die Verwaltung und Verwahrung der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte eine Vergütung zu. Darüber hinaus erhält die Depotbank eine Bearbeitungsgebühr für jede Transaktion, die sie im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft durchführt.

2. Neben diesen Vergütungen und Gebühren gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Fonds:

- a) im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten entstehende Kosten;
- b) Kosten für die Erstellung und den Versand der Prospekte, Verwaltungsreglements sowie Rechenschafts-, Halbjahres- und ggf. Zwischenberichte;
- c) Kosten der Veröffentlichung der Prospekte, Verwaltungsreglements, Rechenschafts-, Halbjahres- und ggf. Zwischenberichte sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreise und der Bekanntmachungen an die Anteilhaber;
- d) Prüfungs- und Rechtsberatungskosten für den Fonds;
- e) Kosten und eventuell entstehende Steuern im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung;
- f) Kosten für die Erstellung der Anteilzertifikate und ggf. Erträgnisscheine sowie Erträgnisschein-Bogenerneuerung;
- g) ggf. entstehende Kosten für die Einlösung von Erträgnisscheinen;
- h) Kosten etwaiger Börseneinführungen und/oder der Registrierung der Anteilscheine zum öffentlichen Vertrieb;
- i) Kosten für die Bonitätsbeurteilung des Fonds insgesamt durch national und international anerkannte Ratingagenturen;
- j) Gründungskosten des Fonds.

#### **Art. 19. Rechnungslegung.**

1. Der Fonds und dessen Bücher werden durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft, die von der Verwaltungsgesellschaft bestellt wird.

2. Spätestens vier Monate nach Ende eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen geprüften Rechenschaftsbericht für den Fonds.

3. Längstens zwei Monate nach Ablauf der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen ungeprüften Halbjahresbericht für den Fonds.

4. Die Berichte sind bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und den Zahlstellen erhältlich.

#### **Art. 20. Dauer und Auflösung des Fonds sowie Kündigung der Verwaltungsgesellschaft.**

1. Der Fonds wurde auf unbestimmte Zeit errichtet; er kann jedoch jederzeit durch Beschluß der Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

2. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Verwaltung des Fonds mit einer Frist von mindestens drei Monaten kündigen. Die Kündigung wird im Mémorial sowie in dann zu bestimmenden Tageszeitungen der Länder veröffentlicht, in denen Anteile des Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind. Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Verwaltungsgesellschaft, den Fonds zu verwalten. In diesem Fall geht das Verfügungsrecht über den Fonds auf die Depotbank über, die ihn gemäß Absatz 3 abzuwickeln und den Liquidationserlös an die Anteilhaber zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung kann die Depotbank die Verwaltungsvergütung nach Artikel 18 beanspruchen. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann sie jedoch von der Abwicklung und Verteilung absehen und die Verwaltung des Fonds nach Maßgabe des Verwaltungsreglements einer anderen Luxemburger Verwaltungsgesellschaft übertragen.

3. Wird der Fonds aufgelöst, ist dies im Mémorial sowie zusätzlich in drei Tageszeitungen zu veröffentlichen. Die Verwaltungsgesellschaft wird zu diesem Zweck neben einer luxemburgischen Tageszeitung, Tageszeitungen der Länder auswählen, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind. Ausgabe- und Rücknahme von Anteilen werden am Tag der Beschlußfassung über die Auflösung des Fonds eingestellt. Die Vermögenswerte werden veräußert; die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und Honorare auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder ggf. der von ihr oder der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter den Anteilhabern nach deren Anspruch verteilen. Liquidationserlöse, die nach Abschluß des Liquidationsverfahrens nicht von Anteilhabern eingezogen worden sind, werden, sofern gesetzlich erforderlich, in die Landeswährung Luxemburgs konvertiert und von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, sofern sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

#### **Art. 21. Änderung des Verwaltungsreglements.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank das Verwaltungsreglement jederzeit ganz oder teilweise ändern.

2. Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

#### **Art. 22. Verjährung von Ansprüchen.**

Forderungen der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden.

#### **Art. 23. Erfüllungsort, Gerichtsstand und Vertragssprache.**

1. Erfüllungsort ist der Sitz der Verwaltungsgesellschaft.

2. Rechtsstreitigkeiten zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegen der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds dem Recht und der Gerichtsbarkeit anderer Staaten, in denen Anteile des

Fonds vertrieben werden, zu unterwerfen, sofern dort ansässige Anleger bezüglich Zeichnung und Rückgabe von Anteilen Ansprüche gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank geltend machen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können für sich selbst und den Fonds Übersetzungen in Sprachen von Ländern als verbindlich erklären, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

**Für den OP-INVEST CHF gelten ergänzend bzw. abweichend die nachstehenden Bestimmungen:**

### **Besonderer Teil**

#### **Art. 24. Depotbank.**

Depotbank ist die BANK SAL. OPPENHEIM JR. & CIE. LUXEMBURG S.A., Luxemburg.

#### **Art. 25. Anlagepolitik.**

Ziel der Anlagepolitik ist es, eine angemessene Rendite in Schweizer Franken (CHF) zu erwirtschaften. Dazu investiert der Fonds weltweit überwiegend in fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere, zulässige Wandel- und Optionsanleihen sowie Zerobonds, die vorzugsweise auf CHF oder auf andere Währungen von OECD-Mitgliedstaaten lauten. Neben dem deutlichen Schwerpunkt im Rentenbereich können jedoch auch Aktien oder Aktienzertifikate sowie sonstige zulässige Beteiligungspapiere erworben werden. Grundsätzlich wird eine weitgehende Vermeidung von Währungsrisiken gegenüber der Fondswährung angestrebt.

#### **Art. 26. Basiswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis.**

1. Basiswährung des Fonds ist der Schweizer Franken.
2. Die Verwaltungsgesellschaft oder ein von ihr beauftragter Dritter ermittelt unter Aufsicht der Depotbank den Ausgabe- und Rücknahmepreis an jedem Bewertungstag.
3. Abweichend von Artikel 15 Absatz 4 ist Bewertungstag jeder Freitag, der in Zürich und Luxemburg ein Bankarbeits- und Börsentag ist. Sofern dieser Tag kein Bankarbeits- und Börsentag in Zürich oder Luxemburg ist, ist Bewertungstag der nächstfolgende Bankarbeits- und Börsentag in Zürich und Luxemburg.
4. Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem Bewertungstag an die Depotbank zahlbar.
5. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Vertriebskosten (Artikel 16 Absatz 2) beträgt bis zu 3,5 % des Inventarwerts pro Anteil.
6. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, daß in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilepreise erfolgt.

#### **Art. 27. Kosten.**

1. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt bis zu 1,0 % p.a., errechnet auf den am letzten Bewertungstag eines jeden Monats ermittelten Inventarwert.
2. Die Depotbank erhält für die Verwahrung und Verwaltung der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte eine Vergütung in Höhe der unter Banken üblichen Sätze, errechnet auf den am letzten Bewertungstag eines jeden Monats ermittelten Inventarwert.
3. Die Auszahlung der Vergütungen erfolgt monatlich zum Monatsende.
4. Die Depotbank erhält über die Vergütung nach Absatz 2 hinaus eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% jeder Transaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.

#### **Art. 28. Anteilklassen.**

1. Der Fonds ist mit zwei Anteilklassen ausgestattet. Anteile der Klasse B haben keinen Anspruch auf Ausschüttung. Anteile der Klasse A haben ein Recht auf eine jährliche Ausschüttung gemäß Artikel 29. Sämtliche Anteile nehmen ab dem Zeitpunkt ihrer Ausgabe in gleicher Weise an den Erträgen und am Liquidationserlös ihrer Anteilklasse teil.
2. Anteilinhaber können ihre Anteile ganz oder teilweise in Anteile der jeweils anderen Anteilklasse umtauschen. Der Tausch der Anteile erfolgt zu den Rücknahmepreisen des auf den Tauschauftrag folgenden Bewertungstags abzüglich einer Umtauschgebühr von bis zu 0,5 %. Ein sich aus dem Tausch ergebender Restbetrag wird an die Anteilinhaber ausgezahlt, sofern dieser den im Verkaufsprospekt genannten Mindestbetrag übersteigt.
3. Die Aussetzung und Wiederaufnahme der Inventarwertberechnung (Artikel 17) wird unverzüglich auch den Anteilinhabern mitgeteilt, die ihre Anteile zum Umtausch angeboten haben.
4. Die Berechnung des Anteilwerts (Artikel 16 Absatz 1) erfolgt für jede Anteilklasse durch Teilung des Wertes des Sondervermögens, der einer Klasse zuzurechnen ist, durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile dieser Klasse.
5. Der Prozentsatz des Anteils am Netto-Fondsvermögen, das jeder Anteilklasse zuzurechnen ist, entspricht anfänglich dem Prozentsatz der Anteile jeder Anteilklasse an der Gesamtzahl der Anteile des Fonds. Dieser Prozentsatz verändert sich wie folgt:
  - bei Ausschüttungen wird der Wert des Netto-Fondsvermögens, der den Anteilen der Klasse A zuzurechnen ist, um den Betrag dieser Ausschüttung gekürzt (das bedeutet eine Verminderung des prozentualen Anteils der A-Anteile am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens), während der Wert des Nettovermögens der den Anteilen der Klasse B zuzurechnen ist, unverändert bleibt (dies bedeutet eine Zunahme des prozentualen Anteils der B-Anteile am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens).
  - Gibt der Fonds Anteile aus, wird der Wert des Nettovermögens der jeweiligen Klasse um den bei der Ausgabe erzielten Erlös erhöht.
  - Nimmt der Fonds Anteile zurück, so vermindert sich der Wert des Nettovermögens der jeweiligen Klasse um den Inventarwert der zurückgenommenen Anteile.

#### **Art. 29. Ausschüttungen.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft bestimmt jedes Jahr, ob und in welcher Höhe Ausschüttungen entsprechend den in Luxemburg gültigen Bestimmungen erfolgen.

2. Die Ausschüttung erfolgt auf die am Ausschüttungstag umlaufenden Anteile.
3. Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb von fünf Jahren nach Veröffentlichung der Ausschüttungserklärung geltend gemacht wurden, verfallen zugunsten des Fonds. Ungeachtet dessen ist die Verwaltungsgesellschaft jedoch berechtigt, Ausschüttungsbeträge, die nach Ablauf dieser Verjährungsfrist geltend gemacht werden, an die Anteilinhaber auszuzahlen.

**Art. 30. Zusammenschluß.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann den Fonds mit einem anderen Sondervermögen luxemburgischen Rechts zusammenschließen, das aufgrund seiner Anlagepolitik unter den Anwendungsbereich von Teil I des Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen fällt.

2. Faßt die Verwaltungsgesellschaft einen Beschluß gemäß Absatz 1, so ist dies mit einer Frist von einem Monat vor dem Inkrafttreten im Mémorial und in der Tagespresse der Länder zu veröffentlichen, in denen der Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen ist. Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 17 haben Anteilinhaber während dieses Zeitraumes die Möglichkeit, ihre Anteile kostenfrei zurückzugeben.

**Art. 31. Geschäftsjahr.**

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

**Art. 32. Inkrafttreten.**

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 15. Dezember 1995 in Kraft.

Vorstehende Änderungen treten mit ihrer Veröffentlichung im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, am 1. März 2001 in Kraft.

Erstellt in vierfacher Ausfertigung.

Luxemburg, den 12. Januar 2001.

OP-INVEST CHF MANAGEMENT S.A.

Unterschrift / Unterschrift

SAL. OPPENHEIM JR. & CIE. LUXEMBURG S.A.

Unterschrift / Unterschrift

Enregistré à Luxembourg, le 16 février 2001, vol. 549, fol. 83, case 4. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur (signé): J. Muller.*

(14118/000/428) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 février 2001.

**TAXIS-AMBULANCES PRIVEES JOSE, S.à r.l., Société à responsabilité limitée,  
(anc. TAXIS-AMBULANCES PRIVEES-LOCATIONS ET REMORQUAGES JOSE, S.à r.l.).**

Siège social: L-3835 Schifflange, 29, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 59.826.

L'an deux mille, le premier août.

Par-devant Maître Jean-Joseph Wagner, notaire de résidence à Sanem (Grand-Duché de Luxembourg), soussigné.

A comparu:

Monsieur José Simoes Marta, indépendant, demeurant à F-57390 Audun-le-Tiche, 337, avenue Salvador Allende.

Lequel comparant a requis le notaire instrumentant de documenter ainsi qu'il suit ses déclarations et constatations.

*Exposé préliminaire*

1. - Qu'il est jusqu'à ce jour le seul et unique associé de la société à responsabilité limitée TAXIS-AMBULANCES PRIVEES-LOCATIONS ET REMORQUAGES JOSE, S.à r.l., ayant son siège social à L-4170 Esch-sur-Alzette, 56, boulevard J. F. Kennedy, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B sous le numéro 59.826, constituée suivant acte reçu par le notaire instrumentant, en date du 27 juin 1997, publié au Mémorial C, numéro 541 du 2 octobre 1997 et depuis lors ces mêmes statuts n'ont subi aucune modification.

2.- Que le capital social de la société à responsabilité TAXIS-AMBULANCES PRIVEES-LOCATIONS ET REMORQUAGES JOSE, S.à r.l., prédésignée, s'élève actuellement à cinq cent mille francs (LUF 500.000,-), représenté par cent (100) parts sociales d'une valeur nominale de cinq mille francs (LUF 5.000,-) chacune, intégralement libérées.

*Cession de parts sociales*

Ceci exposé, Monsieur José Simoes Marta, prénommé, déclare céder et transporter par les présentes, en pleine propriété, sous la garantie de fait et de droit à:

Monsieur Herculano Mendonca Varela Mendes, indépendant, demeurant à L-3835 Schifflange, 29, route d'Esch, ici personnellement présent et ce acceptant,

les cent (100) parts sociales d'une valeur nominale de cinq mille francs (LUF 5.000,-) chacune, qu'il détient actuellement dans la société TAXIS-AMBULANCES PRIVEES-LOCATIONS ET REMORQUAGES JOSE, S.à r.l.,

pour le prix principal de cinq cent mille francs luxembourgeois (LUF 500.000,-), payable pour au plus tard, le 1<sup>er</sup> août 2001, par douze (12) mensualités de quarante et un mille six cent soixante-six francs luxembourgeois (LUF 41.666,-) chacune.

En outre il a été convenu entre parties, que tous engagements pris par le cédant, Monsieur José Simoes Marta, au nom de la société TAXIS-AMBULANCES PRIVEES-LOCATIONS ET REMORQUAGES JOSE, S.à r.l., avant la signature des présentes, sont et resteront exclusivement à charge de l'ancien associé, Monsieur José Simoes Marta.

Tous les engagements à prendre par le cessionnaire, Monsieur Herculano Mendonca Varela Mendes, après la signature du présent acte seront et resteront à charge de celui-ci.

Ensuite Monsieur José Simoes Marta, prénommé, agissant encore, en sa qualité de seul et unique gérant de ladite société TAXIS-AMBULANCES PRIVEES-LOCATIONS ET REMORQUAGES JOSE, S.à r.l., déclare accepter au nom et pour compte de la société, la cession de parts sociales ci-avant documentée et la considérer comme dûment signifiée à la société conformément aux dispositions de l'article 1690 du Code civil et conformément à l'article 190 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

*Assemblée générale*

Ensuite le nouvel associé, Monsieur Herculano Mendonca Varela Mendes, représentant désormais comme seul et unique associé, l'intégralité du capital social de la société, s'est réuni en assemblée générale et a pris les résolutions suivantes:

*Première résolution*

L'assemblée générale décide de modifier l'objet social existant de la société en supprimant simplement les activités de remorquage de tous véhicules automoteurs, de sorte que l'article deux de la société aura désormais la teneur suivante:

«**Art. 2.** La société a pour objet la location de taxis et ambulances privées, ainsi que la location de véhicules automoteurs sans chauffeurs.

Elle pourra effectuer toutes opérations commerciales, financières, mobilières et immobilières se rapportant directement ou indirectement à l'objet ci-dessus et susceptibles d'en faciliter l'extension ou le développement.»

*Deuxième résolution*

Comme suite à la résolution qui précède, l'associé décide de modifier la raison sociale en ce sens et de donner par conséquent à l'article quatre des statuts la teneur suivante:

«**Art. 4.** La société prend la dénomination de TAXIS-AMBULANCES PRIVEES JOSE, S.à r.l., société à responsabilité limitée.»

*Troisième résolution*

L'associé, Monsieur Herculano Mendonca Varela Mendes, prénommé, décide de transférer le siège social statutaire et administratif de la société de L-4170 Esch-sur-Alzette, 56, boulevard J. F. Kennedy à L-3835 Schifflange, 29, route d'Esch et de modifier en conséquence l'article cinq des statuts pour lui donner dorénavant la teneur suivante:

«**Art. 5.** Le siège social est établi à Schifflange (Grand-Duché de Luxembourg).

Il pourra être transféré en toute autre localité du Grand-Duché de Luxembourg par simple décision des associés.»

*Quatrième résolution*

L'assemblée générale décide d'accepter avec effet immédiat, la démission de l'actuel gérant de la société, Monsieur José Simoes Marta, et de lui accorder pleine et entière décharge pour l'exécution de son mandat jusqu'à ce jour.

Il est encore décidé de nommer aux fonctions de nouveau gérant de la société nouvellement dénommée TAXIS-AMBULANCES PRIVEES JOSE, S.à r.l., en remplacement du gérant démissionnaire:

Monsieur Herculano Mendonca Varela Mendes, préqualifié, lequel pourra valablement engager la prédite société en toutes circonstances par sa seule signature.

*Frais*

Les frais, dépenses, rémunérations et charges sous quelque forme que ce soit, incombant à la société et mis à sa charge en raison des présentes, sont évalués sans nul préjudice à la somme de vingt mille francs luxembourgeois.

Dont acte, fait et passé à Belvaux, en l'étude du notaire instrumentant, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture et interprétation donnée par le notaire les comparants prémentionnés ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: J. Simoes Marta, H. Mendonca Varela Mendes, J.-J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 4 août 2000, vol. 851, fol. 80, case 5. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): M. Ries.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 20 septembre 2000.

J.-J. Wagner.

(51807/239/88) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.

**TAXIS-AMBULANCES PRIVEES JOSE, S.à r.l., Société à responsabilité limitée,  
(anc. TAXIS-AMBULANCES PRIVEES-LOCATIONS ET REMORQUAGES JOSE, S.à r.l.).**

Siège social: L-3835 Schifflange, 29, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 59.826.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 25 septembre 2000.

J.-J. Wagner.

(51808/239/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.

## OP-INVEST BALANCED CHF, Fonds Commun de Placement.

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und der Anteilhaber hinsichtlich des Sondervermögens bestimmen sich nach dem folgenden Verwaltungsreglement.

### Allgemeiner Teil

#### Art. 1. Grundlagen.

1. Der Fonds ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen. Er wurde als «Fonds Commun de Placement» nach Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen gegründet. Er besteht aus Wertpapieren sowie sonstigen Vermögenswerten (nachstehend «Fondsvermögen» genannt) und wird von der OP-INVEST CHF MANAGEMENT S.A., einer Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht (nachstehend «Verwaltungsgesellschaft» genannt) im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Inhaber von Anteilen (nachstehend «Anteilhaber» genannt) verwaltet.

2. Die Verwaltungsgesellschaft legt das Fondsvermögen nach dem Grundsatz der Risikostreuung gesondert von ihrem eigenen Vermögen an. Über die sich hieraus ergebenden Rechte stellt die Verwaltungsgesellschaft den Anteilhabern Anteilzertifikate oder Anteilbestätigungen gemäß Artikel 14 dieses Verwaltungsreglements (beide nachstehend «Anteilscheine» genannt) aus.

3. Die Anteilhaber sind an dem Fondsvermögen in Höhe ihrer Anteile beteiligt.

4. Mit dem Anteilerwerb erkennt der Anteilhaber das Verwaltungsreglement sowie dessen genehmigte und veröffentlichte Änderungen an.

5. Die jeweils gültige Fassung dieses Verwaltungsreglements sowie sämtliche Änderungen werden im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg (nachstehend «Mémorial» genannt), veröffentlicht.

#### Art. 2. Depotbank.

1. Die Depotbank wird von der Verwaltungsgesellschaft bestellt. Ihre Funktion richtet sich nach dem Gesetz und diesem Verwaltungsreglement. Die Depotbank handelt unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anteilhaber. Sie wird jedoch den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft Folge leisten, vorausgesetzt diese stehen in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsreglement, dem Depotbankvertrag und dem Gesetz.

2. Die Depotbank verwahrt alle Wertpapiere und anderen Vermögenswerte des Fonds in gesperrten Konten oder Depots, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements verfügt werden kann. Die Depotbank ist berechtigt, unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft Vermögenswerte des Fonds bei anderen Banken oder bei Wertpapiersammelstellen in Verwahrung zu geben.

3. Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den gesperrten Konten des Fonds nur die in diesem Verwaltungsreglement festgesetzten Vergütungen. Sie entnimmt auch, jedoch nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft, die ihr selbst nach diesem Verwaltungsreglement zustehenden Entgelte. Die Regelungen in Artikel 18 dieses Verwaltungsreglements betreffend die Belastung des Fondsvermögens mit sonstigen Kosten und Gebühren bleiben unberührt.

4. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

- a) Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- b) gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn in das Fondsvermögen wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen nicht haftet.

5. Depotbank und Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Die Kündigung wird jedoch erst wirksam, wenn eine Bank, welche die Bedingungen des Gesetzes über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen vom 30. März 1988 erfüllt, die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß diesem Verwaltungsreglement übernimmt. Bis zum Zeitpunkt der Übernahme wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten und Funktionen gemäß Artikel 17 des vorerwähnten Gesetzes in vollem Umfang nachkommen.

#### Art. 3. Fondsverwaltung.

1. Die Verwaltungsgesellschaft handelt in Erfüllung ihrer Obliegenheiten unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse der Anteilhaber. Sie kann unter eigener Verantwortung und auf ihre Kosten Anlageberater hinzuziehen und/oder sich des Rates eines Anlageausschusses bedienen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist nach den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements insbesondere berechtigt, mit den Geldern, die von Anteilhabern in den Fonds eingezahlt wurden, Wertpapiere und sonstige Vermögenswerte zu erwerben, diese wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen. Sie ist ferner zu allen sonstigen Rechtshandlungen ermächtigt, die sich aus der Verwaltung des Fondsvermögens ergeben.

#### Art. 4. Börsen und Geregelt Märkte.

Die Verwaltungsgesellschaft wird das Fondsvermögen grundsätzlich in Wertpapieren anlegen, die

1. an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Drittstaats gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, oder

2. aus Neuemissionen stammen, deren Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt im Sinne von Ziffer 1 zu beantragen, und deren Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

#### **Art. 5. Verbriefte Rechte, nicht notierte Wertpapiere.**

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, bis zu 10 % des Netto-Fondsvermögens in verbrieften Rechten, die ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt sind, oder in nicht an einer Börse amtlich notierten oder nicht an einem anderen geregelten Markt gehandelten Wertpapieren anzulegen.

#### **Art. 6. Risikostreuung.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds Wertpapiere eines Emittenten kaufen, wenn zur Zeit des Erwerbs ihr Wert, zusammen mit dem Wert der bereits im Fonds befindlichen Wertpapiere desselben Emittenten, 10 % des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigt. Der Gesamtwert der im Fondsvermögen befindlichen Wertpapiere von Emittenten, in deren Wertpapieren jeweils mehr als 5 % des Netto-Fondsvermögens angelegt sind, darf 40 % des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigen.

2. Sofern die Wertpapiere von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder dessen Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören, begeben oder garantiert werden, so erhöht sich die Beschränkung gemäß Absatz 1 von 10 % auf 35 % des Netto-Fondsvermögens. Die in Absatz 1 Satz 2 festgelegte Grenze von 40 % gilt für diese Fälle nicht.

3. Für Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgeben werden und deren Emittenten aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber dieser Schuldverschreibungen einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegen, erhöhen sich die in Absatz 1 genannten Grenzen von 10 % auf 25 % bzw. von 40 % auf 80 %, vorausgesetzt, die betreffenden Kreditinstitute legen die Emissionserlöse nach den gesetzlichen Vorschriften in Vermögenswerten an, welche die Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen über deren gesamte Laufzeit ausreichend decken und vorrangig für die bei Ausfällen des Emittenten fällig werdenden Rückzahlungen von Kapital und Zinsen bestimmt sind.

4. Die Grenzen gemäß Absatz 1 bis 3 gelten nicht kumulativ, so daß Anlagen in Wertpapieren desselben Emittenten 35 % des Netto-Fondsvermögens nicht übersteigen dürfen.

5. Die Verwaltungsgesellschaft darf für die von ihr verwalteten Investmentfonds insgesamt stimmberechtigte Aktien nicht in einem Umfang erwerben, der es ihr erlaubt, einen wesentlichen Einfluß auf die Geschäftspolitik des Emittenten auszuüben. Sie darf für den Fonds höchstens 10 % der von einem Emittenten ausgegebenen stimmrechtslosen Aktien, Schuldverschreibungen oder Anteile eines Investmentfonds erwerben. Diese Grenze braucht für Schuldverschreibungen und Fondsanteile beim Erwerb nicht eingehalten zu werden, wenn sich das Gesamtemissionsvolumen bzw. die Zahl der ausgegebenen Anteile nicht berechnen läßt. Sie ist auch insoweit nicht anzuwenden, als diese Wertpapiere von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, dessen Gebietskörperschaften oder von einem Drittstaat begeben werden oder garantiert sind oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören, begeben werden.

#### **Art. 7. Investmentanteile.**

Die Verwaltungsgesellschaft kann bis zu 5 % des Netto-Fondsvermögens in Anteile anderer offener Investmentfonds anlegen, wenn es sich hierbei um Organismen für gemeinschaftliche Anlagen in Wertpapieren im Sinne der Richtlinie 85/611/EWG vom 20. Dezember 1985 handelt und sofern deren Anlagepolitik mit derjenigen des Fonds übereinstimmt oder ihr zumindest ähnlich ist. Der Erwerb von Anteilen eines Investmentfonds oder einer Investmentgesellschaft, die von der Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, ist nur für den Fall eines Investmentfonds oder einer Investmentgesellschaft zulässig, der/die sich gemäß dessen Vertragsbedingungen bzw. deren Statuten auf die Anlage in einem bestimmten geographischen oder wirtschaftlichen Bereich spezialisiert hat. In solchen Fällen darf die Verwaltungsgesellschaft auf diese Anteile keine Gebühren oder Kosten berechnen.

#### **Art. 8. Rückführung.**

Die Anlagebeschränkungen gemäß Artikel 5 und 6 beziehen sich auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere. Werden die genannten Prozentsätze nachträglich, d.h. durch Kurseinwirkungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber unverzüglich eine Rückführung in den vorgesehenen Rahmen anstreben.

#### **Art. 9. Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihe.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann für den Fonds Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften kaufen oder verkaufen, wenn der Vertragspartner eine Finanzeinrichtung erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert ist. Solche Wertpapiere dürfen während der Laufzeit des Pensionsgeschäfts nicht veräußert werden. Der Umfang der Pensionsgeschäfte wird stets auf einem Niveau gehalten, das es dem Fonds ermöglicht, seiner Rückkaufverpflichtung jederzeit nachzukommen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft kann bis zur Höhe von 50 % ihres Gegenwertes im Fonds befindliche Wertpapiere für höchstens 30 Tage im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems ausleihen, sofern das Wertpapierleihsystem auf einem anerkannten Abrechnungsmechanismus basiert oder durch eine Finanzeinrichtung erster Ordnung, die auf solche Geschäfte spezialisiert ist, organisiert wird. Die Wertpapierleihe kann mehr als 50 % des Wertes des Wertpapierbestandes erfassen, sofern dem Fonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen. Der Fonds muß im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich Sicherheiten erhalten, deren Höhe zur Zeit des Vertragsschlusses mindestens dem Wert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Die Sicherheiten können in flüssigen Mitteln bestehen oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder internationale Organismen begeben wurden oder garantiert sind und die zu Gunsten des Fonds während der Laufzeit des Leihvertrages gesperrt werden.

### **Art. 10. Techniken und Instrumente.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann sich nach Maßgabe der Anlagebeschränkungen für den Fonds sonstiger Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern der Einsatz dieser Techniken und Instrumente im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens geschieht.

2. Des weiteren kann die Verwaltungsgesellschaft Techniken und Instrumente mit dem Ziel der Deckung von Währungs-, Zins- und Kursrisiken im Rahmen der Verwaltung des Fondsvermögens nutzen.

3. Währungssicherungsgeschäfte nach Absatz 2 setzen eine unmittelbare Verbindung zu den abgesicherten Vermögenswerten voraus; sie dürfen diese grundsätzlich weder in der Höhe noch bezüglich der Restlaufzeit übersteigen.

4. Darüber hinaus ist es der Verwaltungsgesellschaft gestattet, diese Techniken und Instrumente im Rahmen der Verwaltung des Fondsvermögens auch für Geschäfte mit einem anderen Ziel als der Absicherung bestehender Engagements anzuwenden, sofern es sich hierbei nicht um Devisengeschäfte handelt.

5. Zu den angesprochenen Techniken und Instrumenten gehören u.a. der Kauf und Verkauf von Call- und Put-Optionen sowie der Kauf und Verkauf von Terminkontrakten über Devisen, Wertpapiere, Indizes, Zinsen und sonstige zulässige Finanzinstrumente.

6. Die Verwaltungsgesellschaft wird Instrumente, die nicht an einer Börse oder an einem Geregelten Markt gehandelt werden (OTC-Geschäfte) nur anwenden, wenn

- der Vertragspartner eine Finanzeinrichtung erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert ist und

- der Kauf oder Verkauf dieser Instrumente anstelle von an einer Börse oder an einem Geregelten Markt gehandelten Instrumenten nach Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft für die Anteilhaber vorteilhaft ist. Der Abschluß von OTC-Geschäften ist insbesondere dann von Vorteil, wenn er eine laufzeitkongruente und damit kostengünstigere Absicherung ermöglicht.

7. Die Summe aller Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf grundsätzlich den Gesamtwert der abgesicherten Werte nicht übersteigen.

8. Die Summe aller Verpflichtungen aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf das Netto-Fondsvermögen zu keinem Zeitpunkt übersteigen. Hierbei bleiben verkaufte Call-Optionen außer Betracht, die durch angemessene Werte im Fondsvermögen unterlegt sind.

9. Optionsscheine über Devisen, Indizes, Zinsen und sonstige zulässige Finanzinstrumente sind hinsichtlich der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 den Call- und Put-Optionen gleichgestellt und werden in die Anlagegrenzen gemäß Absatz 7 und 8 einbezogen.

### **Art. 11. Kreditaufnahme.**

Die Verwaltungsgesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 10 % des Netto-Fondsvermögens aufnehmen, sofern die Depotbank der Kreditaufnahme und deren Bedingungen zustimmt. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind Fremdwährungskredite in Form von «back-to-back»-Darlehen.

### **Art. 12. Flüssige Mittel.**

Bis zu 49 % des Netto-Fondsvermögens dürfen in flüssigen Mitteln gehalten werden. Dazu zählen auch regelmäßig gehandelte Geldmarktinstrumente mit einer (Rest-)Laufzeit von bis zu 12 Monaten. In besonderen Ausnahmefällen ist es der Verwaltungsgesellschaft gestattet, vorübergehend auch über 49 % hinaus flüssige Mittel zu halten, wenn und soweit dies im Interesse der Anteilhaber geboten erscheint.

### **Art. 13. Unzulässige Geschäfte.**

Die Verwaltungsgesellschaft darf für den Fonds nicht:

1. im Zusammenhang mit dem Erwerb nicht voll eingezahlter Wertpapiere Verbindlichkeiten übernehmen, die, zusammen mit Krediten gemäß Artikel 11, 10 % des Netto-Fondsvermögens überschreiten;

2. Kredite gewähren oder für Dritte als Bürge einstehen;

3. Wertpapiere erwerben, deren Veräußerung aufgrund vertraglicher Vereinbarung irgendwelchen Beschränkungen unterliegt;

4. in Immobilien anlegen und Waren oder Warenkontrakte kaufen oder verkaufen;

5. Edelmetalle oder über Edelmetalle lautende Zertifikate erwerben;

6. Vermögenswerte des Fonds verpfänden oder belasten, zur Sicherung übereignen oder zur Sicherung abtreten, sofern dies nicht im Rahmen eines nach diesem Verwaltungsreglement zulässigen Geschäfts gefordert wird;

7. Wertpapierleerverkäufe tätigen;

8. an einer Börse, einem geregelten Markt oder mit Finanzeinrichtungen erster Ordnung, die auf solche Geschäfte spezialisiert sind, gehandelte Optionen auf Wertpapiere sowie Optionen oder Optionsscheine auf Indizes und Finanzterminkontrakte kaufen und verkaufen, deren Prämien addiert 15 % des Netto-Fondsvermögens übersteigen oder deren Kontraktwerte über das Netto-Fondsvermögen hinausgehen;

9. Call-Optionen verkaufen, die nicht durch Wertpapiere unterlegt oder durch andere Instrumente abgesichert sind, es sei denn, der Fonds ist jederzeit in der Lage, die Deckung der daraus entstehenden offenen Positionen sicherzustellen, und die Summe der Ausübungspreise der ungedeckten Call-Optionen übersteigt nicht 25 % des Netto-Fondsvermögens;

10. Put-Optionen verkaufen, wenn der Fonds nicht über ausreichend liquide Mittel verfügt, um die daraus entstehenden Verpflichtungen jederzeit in vollem Umfang erfüllen zu können.

### **Art. 14. Anteilscheine.**

1. Die Anteilzertifikate lauten auf den Inhaber und sind über einen Anteil oder eine Mehrzahl von Anteilen ausgestellt.

2. Die Anteilzertifikate tragen handschriftliche oder vervielfältigte Unterschriften der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank.

3. Anteilzertifikate sind übertragbar. Mit der Übertragung eines Anteilzertifikats gehen die darin verbrieften Rechte über. Der Verwaltungsgesellschaft und/oder der Depotbank gegenüber gilt der Inhaber des Anteilzertifikats in jedem Fall als der Berechtigte.

4. Auf Wunsch der Anteilserwerber und Weisung der Verwaltungsgesellschaft kann die Depotbank anstelle eines Anteilzertifikats eine Anteilbestätigung über erworbene Anteile ausstellen.

5. Der Abschnitt «Besonderer Teil» kann vorsehen, daß die Anteile in Globalzertifikaten verbrieft werden. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht in diesen Fällen nicht.

#### **Art. 15. Ausgabe und Rücknahme von Anteilen.**

1. Alle Fondsanteile haben gleiche Rechte. Die Anteile werden von der Verwaltungsgesellschaft unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank ausgegeben. Die Anzahl der ausgegebenen Anteile und der entsprechenden Anteilscheine ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich jedoch vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen; etwa bereits geleistete Zahlungen werden in diesen Fällen unverzüglich erstattet.

2. Die Anteile können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, den Zahlstellen oder durch Vermittlung Dritter erworben werden.

3. Die Anteilinhaber können jederzeit die Rücknahme der Anteile über die Verwaltungsgesellschaft, die Depotbank oder die Zahlstellen verlangen. Die Verwaltungsgesellschaft ist verpflichtet, an jedem Bewertungstag die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Fonds zurückzunehmen.

4. Sofern in dem Abschnitt «Besonderer Teil» nichts Abweichendes geregelt ist, ist Bewertungstag jeder Bankarbeits- und Börsentag in Frankfurt/Main, Düsseldorf und Luxemburg. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem Bewertungstag in der für den Fonds festgelegten Währung (nachstehend «Basiswährung» genannt).

5. Bei massiven Rücknahmeverlangen bleibt der Verwaltungsgesellschaft vorbehalten, nach vorheriger Zustimmung der Depotbank, die Anteile erst dann zum gültigen Rücknahmepreis zurückzunehmen, nachdem sie unverzüglich, jedoch unter Wahrung der Interessen aller Anteilinhaber, entsprechende Vermögenswerte veräußert hat.

6. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, zum Beispiel devisa-rechtliche Vorschriften oder andere, von der Depotbank nicht zu vertretende Umstände der Überweisung des Rücknahmepreises entgegenstehen.

#### **Art. 16. Ausgabe- und Rücknahmepreis.**

1. Zur Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises ermittelt die Verwaltungsgesellschaft oder ein von ihr beauftragter Dritter unter Aufsicht der Depotbank den Wert der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des Fonds (nachstehend «Inventarwert» genannt) an jedem Bewertungstag und teilt ihn durch die Zahl der umlaufenden Anteile (nachstehend «Inventarwert pro Anteil» genannt).

Dabei werden:

- a) Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet;
- b) Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind, jedoch an einem geregelten Markt bzw. an anderen organisierten Märkten gehandelt werden, ebenfalls zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet, sofern die Verwaltungsgesellschaft zur Zeit der Bewertung diesen Kurs für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere veräußert werden können;
- c) Wertpapiere, deren Kurse nicht marktgerecht sind, sowie alle anderen Vermögenswerte zum wahrscheinlichen Realisierungswert bewertet, der mit Vorsicht und nach Treu und Glauben zu bestimmen ist;
- d) flüssige Mittel zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet;
- e) Festgelder zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet;
- f) nicht auf die Basiswährung des Fonds lautende Vermögenswerte zu dem letzten Devisenmittelkurs in die Basiswährung des Fonds umgerechnet.

2. Bei Festsetzung des Ausgabepreises kann dem Inventarwert pro Anteil zur Abgeltung der Ausgabekosten ein Ausgabeaufschlag hinzugerechnet werden, dessen Höhe sich aus dem Abschnitt «Besonderer Teil» ergibt. Sofern in einem Land, in dem Anteile ausgegeben werden, Stempelgebühren oder andere Belastungen anfallen, erhöht sich der Ausgabepreis entsprechend.

3. Rücknahmepreis ist der nach Absatz 1 ermittelte Inventarwert pro Anteil.

4. Anteilkauf und -verkaufsaufträge, die bis 10.30 Uhr eingegangen sind, werden mit dem am nächstfolgenden Bewertungstag festgestellten Ausgabe- und Rücknahmepreis abgerechnet, sofern sich aus dem Abschnitt «Besonderer Teil» nichts Abweichendes ergibt.

#### **Art. 17. Aussetzung.**

1. Die Errechnung des Inventarwertes sowie die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen kann von der Verwaltungsgesellschaft zeitweilig ausgesetzt werden, wenn und solange

- a) eine Börse, an der ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des Fonds gehandelt wird (außer an gewöhnlichen Wochenenden und Feiertagen), geschlossen, der Handel eingeschränkt oder ausgesetzt ist;
- b) die Verwaltungsgesellschaft über Vermögenswerte nicht verfügen kann;
- c) die Gegenwerte bei Käufen sowie Verkäufen nicht zu transferieren sind;
- d) es unmöglich ist, die Ermittlung des Inventarwertes ordnungsgemäß durchzuführen.

2. Die Aussetzung und Wiederaufnahme der Inventarwertberechnung wird unverzüglich sämtlichen Anteilinhabern mitgeteilt, die ihre Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

**Art. 18. Kosten.**

1. Der Verwaltungsgesellschaft steht für die Verwaltung des Fonds und der Depotbank für die Verwaltung und Verwahrung der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte eine Vergütung zu. Darüber hinaus erhält die Depotbank eine Bearbeitungsgebühr für jede Transaktion, die sie im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft durchführt.

2. Neben diesen Vergütungen und Gebühren gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Fonds:

- a) im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten entstehende Kosten;
- b) Kosten für die Erstellung und den Versand der Prospekte, Verwaltungsreglements sowie Rechenschafts-, Halbjahres- und ggf. Zwischenberichte;
- c) Kosten der Veröffentlichung der Prospekte, Verwaltungsreglements, Rechenschafts-, Halbjahres- und ggfls. Zwischenberichte sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreise und der Bekanntmachungen an die Anteilinhaber;
- d) Prüfungs- und Rechtsberatungskosten für den Fonds;
- e) Kosten und eventuell entstehende Steuern im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung;
- f) Kosten für die Erstellung der Anteilzertifikate und ggf. Erträgnisscheine sowie Erträgnisschein-Bogenerneuerung;
- g) ggf. entstehende Kosten für die Einlösung von Erträgnisscheinen;
- h) Kosten etwaiger Börseneinführungen und/oder der Registrierung der Anteilscheine zum öffentlichen Vertrieb;
- i) Kosten für die Bonitätsbeurteilung des Fonds insgesamt durch national und international anerkannte Ratingagenturen;
- j) Gründungskosten des Fonds.

**Art. 19. Rechnungslegung.**

1. Der Fonds und dessen Bücher werden durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft, die von der Verwaltungsgesellschaft bestellt wird.

2. Spätestens vier Monate nach Ende eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen geprüften Rechenschaftsbericht für den Fonds.

3. Längstens zwei Monate nach Ablauf der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen ungeprüften Halbjahresbericht für den Fonds.

4. Die Berichte sind bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und den Zahlstellen erhältlich.

**Art. 20. Dauer und Auflösung des Fonds sowie Kündigung der Verwaltungsgesellschaft.**

1. Der Fonds wurde auf unbestimmte Zeit errichtet; er kann jedoch jederzeit durch Beschluß der Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

2. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Verwaltung des Fonds mit einer Frist von mindestens drei Monaten kündigen. Die Kündigung wird im Mémorial sowie in dann zu bestimmenden Tageszeitungen der Länder veröffentlicht, in denen Anteile des Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind. Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Verwaltungsgesellschaft, den Fonds zu verwalten. In diesem Fall geht das Verfügungsrecht über den Fonds auf die Depotbank über, die ihn gemäß Absatz 3 abzuwickeln und den Liquidationserlös an die Anteilinhaber zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung kann die Depotbank die Verwaltungsvergütung nach Artikel 18 beanspruchen. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann sie jedoch von der Abwicklung und Verteilung absehen und die Verwaltung des Fonds nach Maßgabe des Verwaltungsreglements einer anderen Luxemburger Verwaltungsgesellschaft übertragen.

3. Wird der Fonds aufgelöst, ist dies im Mémorial sowie zusätzlich in drei Tageszeitungen zu veröffentlichen. Die Verwaltungsgesellschaft wird zu diesem Zweck neben einer luxemburgischen Tageszeitung, Tageszeitungen der Länder auswählen, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind. Ausgabe- und Rücknahme von Anteilen werden am Tag der Beschlußfassung über die Auflösung des Fonds eingestellt. Die Vermögenswerte werden veräußert; die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und Honorare auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder ggf. der von ihr oder der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter den Anteilinhabern nach deren Anspruch verteilen. Liquidationserlöse, die nach Abschluß des Liquidationsverfahrens nicht von Anteilinhabern eingezogen worden sind, werden, sofern gesetzlich erforderlich, in die Landeswährung Luxemburgs konvertiert und von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, sofern sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.

**Art. 21. Änderung des Verwaltungsreglements.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank das Verwaltungsreglement jederzeit ganz oder teilweise ändern.

2. Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

**Art. 22. Verjährung von Ansprüchen.**

Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden.

**Art. 23. Erfüllungsort, Gerichtsstand und Vertragssprache.**

1. Erfüllungsort ist der Sitz der Verwaltungsgesellschaft.

2. Rechtsstreitigkeiten zwischen Anteilinhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegen der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds dem Recht und der Gerichtsbarkeit anderer Staaten, in denen Anteile des Fonds vertrieben werden, zu unterwerfen, sofern dort ansässige Anleger bezüglich Zeichnung und Rückgabe von Anteilen Ansprüche gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank geltend machen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können für sich selbst und den Fonds Übersetzungen in Sprachen von Ländern als verbindlich erklären, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

**Für den OP-INVEST BALANCED CHF gelten ergänzend bzw. abweichend  
die nachstehenden Bestimmungen:  
Besonderer Teil**

**Art. 24. Depotbank.**

Depotbank ist die BANK SAL. OPPENHEIM JR. & CIE. LUXEMBURG S.A., Luxemburg.

**Art. 25. Anlagepolitik.**

Ziel der Anlagepolitik des Fonds ist es, einen langfristig attraktiven Wertzuwachs in Schweizer Franken (CHF) zu erwirtschaften. Dazu investiert der Fonds weltweit überwiegend in Aktien und Genußscheine sowie fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere, zulässige Wandel- und Optionsanleihen oder Zerobonds, die vorzugsweise auf CHF oder auf andere Währungen von OECD-Mitgliedstaaten lauten, wobei eine weitgehende Vermeidung von Währungsrisiken gegenüber der Fondswährung angestrebt wird.

Bei der Auswahl der Anlagewerte zielt das Fondsmanagement grundsätzlich auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Risiko, Ertrag und Wachstumspotential. Je nach Einschätzung der Märkte können Aktien, Renten und Liquidität im Rahmen eines aktiven Managementansatzes flexibel gewichtet werden. Im Vordergrund der Strategie steht der langfristig orientierte Vermögensaufbau. Die Erwirtschaftung kurzfristiger hoher Renditen tritt insofern hinter das Streben nach einer möglichst stetigen Anteilwertentwicklung zurück.

**Art. 26. Anteilscheine.**

Die Anteile sind in Globalzertifikaten verbrieft. Ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

**Art. 27. Basiswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis.**

1. Basiswährung des Fonds ist der Schweizer Franken.
2. Die Verwaltungsgesellschaft oder ein von ihr beauftragter Dritter ermittelt unter Aufsicht der Depotbank den Ausgabe- und Rücknahmepreis an jedem Bewertungstag.
3. Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem Bewertungstag an die Depotbank zahlbar.
4. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Vertriebskosten (Artikel 16 Absatz 2) beträgt bis zu 3,5 % des Inventarwerts pro Anteil.
5. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, daß in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilpreise erfolgt.

**Art. 28. Kosten.**

1. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt bis zu 1,5 % p.a., errechnet auf den am letzten Bewertungstag eines jeden Monats ermittelten Inventarwert.
2. Die Depotbank erhält für die Verwahrung und Verwaltung der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte eine Vergütung in Höhe der unter Banken üblichen Sätze, errechnet auf den am letzten Bewertungstag eines jeden Monats ermittelten Inventarwert.
3. Die Auszahlung der Vergütungen erfolgt monatlich zum Monatsende.
4. Die Depotbank erhält über die Vergütung nach Absatz 2 hinaus eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% jeder Transaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.

**Art. 29. Ausschüttungen.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft bestimmt jedes Jahr, ob und in welcher Höhe Ausschüttungen entsprechend den in Luxemburg gültigen Bestimmungen erfolgen.
2. Die Ausschüttung erfolgt auf die am Ausschüttungstag umlaufenden Anteile.
3. Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb von fünf Jahren nach Veröffentlichung der Ausschüttungserklärung geltend gemacht wurden, verfallen zugunsten des Fonds. Ungeachtet dessen ist die Verwaltungsgesellschaft jedoch berechtigt, Ausschüttungsbeträge, die nach Ablauf dieser Verjährungsfrist geltend gemacht werden, an die Anteilinhaber auszuzahlen.

**Art. 30. Zusammenschluß.**

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann den Fonds mit einem anderen Sondervermögen luxemburgischen Rechts zusammenschließen, das aufgrund seiner Anlagepolitik unter den Anwendungsbereich von Teil I des Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen fällt.
2. Faßt die Verwaltungsgesellschaft einen Beschluß gemäß Absatz 1, so ist dies mit einer Frist von einem Monat vor dem Inkrafttreten im Mémorial und in der Tagespresse der Länder zu veröffentlichen, in denen der Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen ist. Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 17 haben Anteilinhaber während dieses Zeitraumes die Möglichkeit, ihre Anteile kostenfrei zurückzugeben.

**Art. 31. Geschäftsjahr.**

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember. Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tag der Gründung und endet am 31. Dezember 2001.

**Art. 32. Inkrafttreten.**

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 1. März 2001 in Kraft.  
Erstellt in vierfacher Ausfertigung.

Luxembourg, den 12. Januar 2001.

OP-INVEST CHF MANAGEMENT S.A.

Unterschrift / Unterschrift

SAL. OPPENHEIM JR. & CIE. LUXEMBURG S.A.

Unterschrift / Unterschrift

Enregistré à Luxembourg, le 16 février 2001, vol. 549, fol. 83, case 4. – Reçu 500 francs.

Le Receveur(signé): J. Muller.

(14117/000/399) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 20 février 2001.

**KAST TELECOM EUROPE S.A., Société Anonyme.**

Registered office: L-2557 Luxembourg, 7A, rue Stumper.

R. C. Luxembourg B 76.971.

In the year two thousand, on the eighth day of September.

Before Us, Maître Léon Thomas, called Tom Metzler, notary public, residing at Luxembourg-Bonnevoie, Grand Duchy of Luxembourg.

There appeared:

Maître Albert Wildgen, lawyer, residing in Luxembourg, acting in his capacity as duly appointed proxy of the Board of Directors of KAST TELECOM EUROPE S.A., having its registered office at 7A, rue Stumper, L-2557 Luxembourg, by virtue of a resolution of the Board of Directors dated September 1, 2000.

An extract of the minutes of the meeting of the Board of Directors dated September 1, 2000, after having been signed *ne varietur* by the appearing person and the notary public, will remain attached to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

The appearing person declared and required the notary public to act that:

I. The company KAST TELECOM EUROPE S.A., originally incorporated under the laws of Canada, transferred its registered office to Luxembourg with effect on July 5, 2000 as it was stated in a deed of the undersigned notary, dated July 18, 2000, not yet published in the *Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations*.

II. The company's subscribed share capital is presently set at sixty-four million seven thousand nine hundred and eighteen United States Dollars (USD 64,007,918.-), represented by twenty-five million six hundred eighteen thousand three hundred thirty-three (25,618,333) shares without nominal value.

III. Article 9 of the statutes sets the authorized share capital of the company at a total sum of one billion United States Dollars (USD 1,000,000,000.-), and the Board of Directors is authorized by the same article to increase the subscribed capital within the limits of the said authorized share capital.

IV. In its above mentioned meeting of September 1, 2000, the Board of Directors took the decision to increase the share capital of the company by nine hundred forty-nine thousand four hundred thirty-eight United States Dollars (USD 949,438.-) so as to bring it from its present amount of sixty-four million seven thousand nine hundred eighteen United States Dollars (USD 64,007,918.-) to sixty-four million nine hundred fifty-seven thousand three hundred fifty-six United States Dollars (USD 64,957,356.-) by the issue of three hundred eighty thousand (380,000) new shares without nominal value, to be subscribed and paid up entirely by a contribution in cash. They shall benefit of the same rights and obligations as the shares previously issued.

V. The three hundred eighty thousand (380,000) new shares have been subscribed and fully paid up by a contribution in cash of nine hundred forty-nine thousand four hundred thirty-eight United States Dollars (USD 949,438.-) and payment of a share premium of two million eight hundred fifty thousand five hundred sixty-two United States Dollars (USD 2,850,562.-) allocated to a share premium reserve.

VI. Proof of such payments has been given to the undersigned notary so that the amount of three million eight hundred thousand United States Dollars (USD 3,800,000.-) is as of now available to the company.

VII. As a consequence of the preceding increase, the company's subscribed capital is set at sixty-four million nine hundred fifty-seven thousand three hundred fifty-six United States Dollars (USD 64,957,356.-), so that article 9, paragraph 1 of the statutes now reads as follows:

«The corporation subscribed and paid-in share capital amounts to sixty-four million nine hundred fifty-seven thousand three hundred fifty-six United States Dollars (USD 64,957,356) represented by twenty-five million nine hundred ninety-eight thousand three hundred thirty-three (25,998,333) shares without nominal value.»

*Declaration*

The undersigned notary herewith declares having verified the existence of the conditions enumerated in article 26 of the law of August 10, 1915, on commercial companies and expressly states that they have been fulfilled.

*Costs, evaluation*

The amount of expenses, costs, remuneration and charges to be paid by the company as a result of the present stated increase of capital, is estimated at one million nine hundred thousand francs (LUF 1,900,000.-).

For the purpose of registration, the increase of the share capital and the share premium are evaluated at one hundred seventy-three million five hundred sixty-five thousand Luxembourg francs (LUF 173,565,000.-).

Whereof the present notarial deed is drawn up in Luxembourg, on the day mentioned at the beginning of this document.

The undersigned notary, who understands and speaks English, states that at the request of the appearing party, the present deed is worded in English, followed by a French translation; at the request of the same appearing party and in case of divergence between the English and the French text, the English text shall prevail.

**Suit la traduction française du texte qui précède:**

L'an deux mille, le huitième jour du mois de septembre.

Par-devant Nous Maître Léon Thomas, dit Tom Metzler, notaire de résidence à Luxembourg-Bonnevoie, Grand-Duché de Luxembourg.

A comparu:

Maître Albert Wildgen, avocat, demeurant à Luxembourg, agissant en sa qualité de mandataire, dûment mandaté par le Conseil d'administration de la société KAST TELECOM EUROPE S.A., avec siège social au 7A, rue Stumper, L-2557 Luxembourg, sur base d'une résolution du conseil d'administration datée du 1<sup>er</sup> septembre 2000,

Un extrait du procès-verbal de la réunion du Conseil d'administration daté du 1<sup>er</sup> septembre 2000, après avoir été signé ne varietur par le mandataire et le notaire instrumentant, restera annexé au présent acte pour être soumis en même temps aux formalités d'enregistrement.

Le mandataire a déclaré et demandé au notaire d'acter ce qui suit:

I. La société KAST TELECOM EUROPE S.A., originairement constituée sous les lois du Canada, a transféré son siège social à Luxembourg avec effet au 5 juillet 2000 comme il a été documenté à un acte du notaire instrumentaire en date du 18 juillet 2000, non encore publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations.

II. Le capital social souscrit de la société est actuellement fixé à soixante-quatre millions sept mille neuf cent dix-huit Dollars Américains (USD 64.007.918,-), représenté par vingt-cinq millions six cent dix-huit mille trois cent trente-trois (25.618.333) actions sans valeur nominale.

III. L'article 9 des statuts de la société fixe le capital social autorisé à un milliard de Dollars Américains (USD 1.000.000.000,-), et le Conseil d'Administration est autorisé par le même article à augmenter le capital social de la société à l'intérieur des limites du capital social autorisé.

IV. Lors de la réunion du Conseil d'administration du 1<sup>er</sup> septembre 2000, celui-ci a pris la décision d'augmenter le capital social de la société de neuf cent quarante-neuf mille quatre cent trente-huit Dollars Américains (USD 949.438,-) pour porter le capital social de son montant actuel de soixante-quatre millions sept mille neuf cent dix-huit Dollars Américains (USD 64.007.918,-) à soixante-quatre millions neuf cent cinquante-sept mille neuf cent dix-huit Dollars Américains (USD 64.957.918,-) par l'émission de trois cent quatre-vingt mille (380.000) nouvelles actions sans valeur nominale. Ces actions seront souscrites et entièrement libérées par apport en espèces. Elles bénéficieront des mêmes droits et obligations que les actions existantes.

V. Les trois cent quatre-vingt mille (380.000) nouvelles actions ont été souscrites et intégralement libérées par un apport en numéraire de neuf cent quarante-neuf mille quatre cent trente-huit Dollars Américains (USD 949.438,-) et par un paiement d'une prime d'émission de deux millions huit cent cinquante mille cinq cent soixante-deux Dollars Américains (USD 2.850.562,-) allouée à une réserve de prime d'émission.

VI. La preuve de ces paiements a été apportée au notaire instrumentant de sorte que la somme de trois millions huit cent mille Dollars Américains (USD 3.800.000,-) est dès à présent à la disposition de la société.

VII. Suite à l'augmentation de capital prémentionnée, le capital social de la société est fixé à soixante-quatre millions neuf cent cinquante-sept mille trois cent cinquante-six Dollars Américains (USD 64.957.356,-) de sorte qu'il y a lieu de modifier le premier paragraphe de l'article 9 des statuts qui sera remplacé par le texte suivant:

«Le capital social de la société souscrit et libéré s'élève à soixante-quatre millions neuf cent cinquante-sept mille trois cent cinquante-six Dollars Américains (USD 64.957.356,-) représenté par vingt-cinq millions neuf cent quatre-vingt-dix-huit mille trois cent trente-trois (25.998.333) actions sans valeur nominale.»

*Déclaration*

Le notaire instrumentant déclare par la présente avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et déclare expressément que ces conditions sont remplies.

*Frais, évaluation*

Le montant des frais, coûts, honoraires et charges qui incombent à la société suite à la présente augmentation de capital est évalué à un million neuf cent mille francs (LUF 1.900.000,-).

Pour les besoins de l'enregistrement, l'apport en capital et la prime d'émission sont évalués à cent soixante-treize millions cinq cent soixante-cinq mille francs (LUF 173.565.000,-).

Fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Le notaire soussigné, qui comprend et parle la langue anglaise, déclare que le comparant l'a requis de documenter le présent acte en langue anglaise, suivi d'une version française, et en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Et après lecture faite et interprétation donnée au mandataire, celui-ci a signé le présent acte avec Nous, notaire.

Signé: A. Wildgen, T. Metzler.

Enregistré à Luxembourg, le 11 septembre 2000, vol. 125S, fol. 70, case 4. – Reçu 1.766.848 francs.

*Le Receveur (signé):* Muller.

Pour copie conforme, délivrée sur papier libre aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg-Bonnevoie, le 25 septembre 2000.

T. Metzler.

(51704/222/125) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.

## UBS (Lux) MEDIUM TERM BOND FUND, Fonds Commun de Placement.

Der Verwaltungsrat der UBS MEDIUM TERM BOND MANAGEMENT COMPANY S.A., Verwaltungsgesellschaft des Investmentfonds UBS (Lux) Medium Term Bond Fund, hat mit Zustimmung der Depotbank die Vertragsbedingungen wie folgt geändert:

### I. Art. 1. Der Fonds und die Subfonds.

Der 3. Satz vom 1. Absatz erhält folgenden neuen Wortlaut: «Der Fonds bildet eine untrennbare rechtliche Einheit. Unbeschadet dessen wird jedoch jeder Subfonds als getrennt angesehen und die Vermögenswerte eines Subfonds haften nur für solche Verbindlichkeiten, die von dem betreffenden Subfonds eingegangen sind.»

Der 3. Absatz erhält folgenden neuen Wortlaut: «Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit neue Subfonds auflegen und bestehende Subfonds auflösen sowie verschiedene Tranchen mit spezifischen Eigenschaften innerhalb eines Subfonds auflegen.»

Der letzte Absatz erhält folgenden Wortlaut: «Das Nettovermögen eines jeden Subfonds bzw. einer jeden Tranche und die Nettoinventarwerte der Anteile dieser Subfonds bzw. Tranchen werden in den von der Verwaltungsgesellschaft festgelegten Währungen ausgedrückt.»

### II. Art. 2. Die Anlagepolitik.

Die bestehende Anlagepolitik wird durch folgende Anlageinstrumente ergänzt: «Optionsscheine auf Wertpapieren, Aktien, andere Kapitalanteile wie etwa Genossenschaftsanteile und Partizipationsscheine (Beteiligungspapiere und -rechte), kurzfristige Wertpapiere und Genussscheine.»

Die Anlagebegrenzungen werden durch nachfolgende Absätze ergänzt:

«Es ist der Verwaltungsgesellschaft untersagt:

- Aktien zu erwerben, die mit einem Stimmrecht verbunden sind, das es der Verwaltungsgesellschaft ermöglicht, gegebenenfalls zusammen mit anderen von ihr verwalteten Fonds oder Subfonds, einen nennenswerten Einfluss auf die Geschäftsführung eines Emittenten auszuüben;

- mehr als 10% der

- stimmrechtlosen Aktien ein und derselben Gesellschaft,

- Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten,

- Anteile ein und desselben Organismus für gemeinsame Anlagen zu erwerben. In den beiden letztgenannten Fälle brauchen die Beschränkungen beim Erwerb nicht eingehalten zu werden, wenn sich der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen und der Nettobetrag der ausgegebenen Anteile im Zeitpunkt des Erwerbes nicht feststellen lassen. Ausgenommen sind gemäss Artikel 45 Abs. (3) des Gesetzes vom 30. März 1988 betreffend Organismen für gemeinsame Anlagen Wertpapiere, die von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften oder von einem anderen zugelassenen Staat begeben oder garantiert werden oder die von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören, begeben werden;

- pro Subfonds mehr als 5% des Nettovermögens in Anteilen anderer Organismen für gemeinsame Anlagen des offenen Typs anzulegen, sofern diese als Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren im Sinne der Richtlinie 85/611/EG vom 20. Dezember 1985 anzusehen sind und diese Organismen nicht von der Verwaltungsgesellschaft oder von einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, es sei denn, diese Organismen für gemeinsame Anlagen sind gemäss ihren Vertragsbedingungen oder Satzungen auf Anlagen in bestimmten geographischen oder wirtschaftlichen Sektoren spezialisiert. Es ist der Verwaltungsgesellschaft untersagt, eine All-in-Fee auf dem Teil des Nettovermögens des Fonds zu erheben, welcher in Anteile anderer offenen Organismen für gemeinsame Anlagen der UBS-Gruppe angelegt ist.»

### III. Art. 3. Die Verwaltungsgesellschaft.

Der 2. Satz erhält folgenden neuen Wortlaut: «Die Verwaltungsgesellschaft bestimmt die einzelnen Subfonds bzw. Tranchen, die den Fonds darstellen, bestimmt deren Lancierung und, falls dies im Interesse der Anteilhaber sinnvoll erscheint, deren Schliessung.»

### IV. Art. 5. Nettoinventarwert.

Die Definition von Geschäftstagen wird wie folgt ergänzt: «die üblichen Bankgeschäftstage (d.h. jeden Tag, an dem die Banken während der normalen Geschäftsstunden geöffnet sind) in Luxemburg mit Ausnahme von einzelnen, nicht gesetzlichen Ruhetagen in Luxemburg und/oder üblichen Feiertagen in Ländern, deren Börsen oder Märkte für die Bewertung von mehr als der Hälfte des Subfonds massgebend sind.»

Der 4. Absatz erhält folgenden neuen Wortlaut: «Die Nettoinventarwerte der verschiedenen Tranchen innerhalb eines Subfonds können bedingt durch ihre spezifischen Eigenschaften voneinander abweichen.»

Punkt f) erhält folgenden neuen Wortlaut: «Der Wert der Tauschgeschäfte wird von der Gegenpartei des Swaps berechnet, ausgehend vom aktuellen Wert (Net Present Value) von allen Cash-Flows sowohl In- wie Outflows. Diese Bewertungsmethode ist von der Verwaltungsgesellschaft anerkannt und vom Wirtschaftsprüfer geprüft.»

### V. Art. 6. Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwertes.

Der erste Satz erhält folgenden Wortlaut: «Die Verwaltungsgesellschaft ist ermächtigt, die Berechnung des Nettoinventarwertes sowie die Ausgabe, Rücknahme und Konversion der Anteile eines, mehrerer oder aller Subfonds bzw. Tranchen in folgenden Fällen vorübergehend auszusetzen:»

Der zweite Absatz erhält folgenden neuen Wortlaut:

«- wenn eine oder mehrere Börsen oder andere Märkte, die für einen wesentlichen Teil des Nettovermögens die Bewertungsgrundlage darstellen, ausserhalb der üblichen Feiertage geschlossen sind oder der Handel ausgesetzt wird

oder wenn diese Börsen und Märkte Einschränkungen oder kurzfristig beträchtlichen Kursschwankungen unterworfen sind;»

**VI. Art. 7. Ausgabe, Rücknahme und Konversion von Anteilen.**

Der letzte Satz von Absatz 4 erhält folgenden Wortlaut: «Auf den Zertifikaten ist vermerkt, welchem Subfonds bzw. welcher Tranche die Anteile zugehören.»

Im sechsten und im achten Absatz wird die Bezeichnung «Subfonds» durch «bzw. Tranchen» ergänzt.

**VII. Art. 8. Veröffentlichungen.**

Der 1. Satz erhält folgenden Wortlaut: «Der Nettoinventarwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis der Anteile eines jeden Subfonds bzw. einer jeden Tranche werden an jedem Geschäftstag am Sitz der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank bekanntgegeben.»

**VIII. Art. 10. Ausschüttungen.**

Der 1. Satz vom 3. Absatz erhält folgenden Wortlaut: «Ansprüche auf Ausschüttungen und Zuteilungen, die nicht binnen 5 Jahren ab Fälligkeit geltend gemacht werden, verjähren und fallen an den entsprechenden Subfonds bzw. die entsprechende Tranche zurück.»

**IX. Art. 12. Auflösung und Zusammenlegung des Fonds und seiner Subfonds.**

Der 2. Satz vom 2. Absatz erhält folgenden Wortlaut: «Vom Tage des Auflösungsbeschlusses an werden keine Anteile mehr ausgegeben und jede Konversion in den betroffenen Subfonds wird ausgesetzt. Die Rücknahme von Anteilen bzw. die Konversion aus dem betroffenen Subfonds wird auch nach diesem Beschluss möglich sein, solange die Gleichbehandlung der Anteilhaber gewährleistet bleibt.»

**X. Art. 13. Kosten des Fonds.**

Der letzte Absatz erhält folgenden Wortlaut: «Sämtliche Kosten, die den einzelnen Subfonds bzw. Tranchen genau zugeordnet werden können, werden diesen in Rechnung gestellt. Falls sich Kosten auf mehrere oder alle Subfonds bzw. Tranchen beziehen, werden diese Kosten den betroffenen Subfonds bzw. Tranchen proportional zu ihren Nettovermögen belastet.»

UBS MEDIUM TERM BOND FUND MANAGEMENT COMPANY S.A.

Enregistré à Luxembourg, le 26 janvier 2001, vol. 548, fol. 92, case 12. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(08639/000/95) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 29 janvier 2001.

**TRAFINA INVESTMENT FUNDS, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.**

Gesellschaftssitz: L-2449 Luxemburg, 14, boulevard Royal.

—  
STATUTEN

Im Jahre zweitausendeins, am zweiten Februar.

Vor Uns, Notar Jacques Delvaux, mit Amtswohnsitz in Luxemburg-Stadt.

Sind erschienen:

- 1) Die Gesellschaft TRAFINA PRIVATBANK AG, mit Sitz im CH-4052 Basel, Rennweg 50 hier vertreten durch M. Tom Gutenkauf, Privatbeamter, wohnhaft in Mamer, aufgrund einer Vollmacht ausgestellt am 29. Januar 2001, welche gegenwärtiger Urkunde beigelegt bleibt;
  - 2) Die Gesellschaft TRAFINA ASSET MANAGEMENT AG, mit Sitz im CH-4052 Basel, Rennweg 50 hier vertreten durch M. Tom Gutenkauf, Privatbeamter, vorgeannt, aufgrund einer Vollmacht ausgestellt am 29. Januar 2001, welche gegenwärtiger Urkunde beigelegt bleibt;
- Vorgenannte Personen, handelnd in vorerwähnten Eigenschaften, ersuchen den unterzeichneten Notar, die Satzungen einer von ihnen zu gründenden Aktiengesellschaft wie folgt zu dokumentieren.

**Kapitel I - Bezeichnung - Sitz - Dauer - Gegenstand der Gesellschaft**

**Art. 1. Bezeichnung.**

Es besteht eine Aktiengesellschaft («société anonyme»), die in der Form einer Gesellschaft mit variablem Kapital («SICAV») unter der Bezeichnung TRAFINA INVESTMENT FUNDS («die Gesellschaft») tätig ist.

**Art. 2. Gesellschaftssitz.**

Der Sitz der Gesellschaft ist in Luxemburg-Stadt im Grossherzogtum Luxemburg. Die Gesellschaft kann durch einen einfachen Beschluss des Verwaltungsrats Zweigstellen oder Geschäftsstellen im Grossherzogtum Luxemburg und im Ausland errichten.

Innerhalb der Gemeinde Luxemburg kann der Gesellschaftssitz durch einfachen Beschluss des Verwaltungsrats an einen anderen Ort verlegt werden.

Falls nach Meinung des Verwaltungsrats außergewöhnliche politische, wirtschaftliche oder soziale Ereignisse bestehen, durch die die Gesellschaft in ihrer Tätigkeit am Gesellschaftssitz oder die Verbindung mit diesem Sitz oder dieses Sitzes mit dem Ausland behindert wird, oder eine solche Behinderung vorauszusehen ist, kann der Verwaltungsrat den Sitz provisorisch bis zur vollständigen Beendigung dieser anormalen Lage ins Ausland verlegen; diese provisorische Maßnahme hat jedoch keinen Einfluss auf die Nationalität der Gesellschaft, die trotz dieser provisorischen Sitzverlegung luxemburgisch bleibt.

**Art. 3. Dauer.**

Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.

**Art. 4. Gegenstand.**

Der ausschließliche Gegenstand der Gesellschaft ist die Anlage von Geldern, die ihr zur Verfügung stehen, in verschiedenen Wertpapieren mit dem Ziel der Risikostreuung und dem Ziel, die Anteilhaber in den Genuss der Erträge der Verwaltung ihres Wertpapierbestands kommen zu lassen.

Im Rahmen der Realisierung ihres Gegenstands kann die Gesellschaft insbesondere, ohne dass diese Aufzählung einschränkend ist, jedoch vorbehaltlich der Einhaltung der Anlagepolitik gemäß Artikel 19 dieser Satzung, durch Ankauf, Zeichnung oder auf sonstige Weise Wertpapiere jeder Art erwerben und durch Verkauf, Tausch oder auf sonstige Weise Wertpapiere jeder Art veräußern, den Bestand, über den sie verfügt, verwalten und gewinnbringend anlegen, und allgemein alle Maßnahmen treffen und jede Tätigkeit ausüben, die ihr zur Erfüllung oder Förderung ihres Gegenstands im weitesten Sinne des Gesetzes vom 30. März 1988 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen, nützlich erscheinen.

**Kapitel II - Gesellschaftskapital - Eigenschaften der Aktien****Art. 5. Gesellschaftskapital - Teilfonds - Aktienklassen.**

Das Kapital der Gesellschaft besteht aus voll eingezahlten Anteilen ohne Wertbenennung und ist jederzeit gleich dem Gegenwert in Euro des gesamten Nettovermögens aller Teilfonds der Gesellschaft gemäß Artikel 12 dieser Satzung. Das Mindestkapital ist der Gegenwert in Euro des vom Gesetz festgelegten Mindestbetrags, der zur Zeit LUF 50.000.000,- beträgt (fünfzig Millionen Luxemburger Franken).

Das Gründungskapital beträgt EUR 32.635,- (zweiuunddreißigtausendsechshundertfünfunddreißig Euro), eingeteilt in 500 (fünfhundert) Aktien ohne Nennwert.

Die Aktien, die gemäß Artikel 8 dieser Satzung ausgegeben werden, können nach Wahl des Verwaltungsrats verschiedenen Teilfonds angehören und die Erlöse aus der Ausgabe der Anteile in jedem Teilfonds werden gemäß Artikel 4 dieser Satzung in Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten angelegt, die bestimmten geographischen Gebieten, Industriesektoren, Währungszonen angehören, oder besonderen Aktien- oder Obligationsarten bzw. einer besonderen Ausschüttungspolitik entsprechen oder eine bestimmte Verkaufsgebührenstruktur haben, wie sie der Verwaltungsrat für jeden Teilfonds bestimmt. Der Verwaltungsrat kann ebenfalls bestimmen, in jedem Teilfonds zwei oder mehrere Aktienklassen auszugeben, deren Vermögenswerte im allgemeinen gemäß der besonderen Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds angelegt werden, aber diesbezüglich eine Spezialstruktur in Bezug auf Ausgabe, Rücknahme und Verwaltungsgebühr besteht oder eine andere Ausschüttungspolitik vorgenommen wird ().

Der Betrag des Gesellschaftskapitals ist jederzeit gleich dem Wert des Nettovermögens aller Teilfonds zusammengekommen. Alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen eines jeden Teilfonds verpflichten nur diesen Teilfonds. In der Beziehung zwischen den Aktionären stellt jeder Teilfonds eine eigenständige Struktur dar.

**Art. 6. Ausschüttende Aktien - Thesaurierende Aktien.**

Die Gesellschaft ist ermächtigt, für jeden Teilfonds ausschüttende Aktien oder thesaurierende Aktien auszugeben.

Eine ausschüttende Aktie ist eine Aktie, die grundsätzlich dem Inhaber das Recht verleiht, eine Bardividende zu erhalten, je nach Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre und dies im Rahmen der vom Gesetz vorgesehenen Grenzen.

Eine thesaurierende Aktie ist eine Aktie, die grundsätzlich dem Inhaber kein Recht verleiht, eine Dividende zu erhalten; der Anteil des auszuschüttenden Betrags, der dem Inhaber nicht ausgeschüttet wird, wird in dem Teilfonds thesauriert, aus dem diese thesaurierende Aktie hervorgeht.

Innerhalb eines Teilfonds wird die Aufteilung des Ausschüttungsbetrags zwischen ausschüttenden und thesaurierenden Aktien aus diesem Teilfonds gemäß den Bestimmungen von Artikel 31 dieser Satzung vorgenommen.

Im übrigen verleihen die Ausschüttungsaktien und die thesaurierenden Aktien ihren Inhabern die gleichen Rechte, insbesondere das Stimmrecht in den Aktionärsversammlungen.

**Art. 7. Form der Aktien.**

Jede Aktie, ob ausschüttende oder thesaurierende Aktie und gleich welchem Teilfonds sie angehört, kann auf den Namen oder auf den Inhaber ausgegeben werden.

Die Aktien können in Bruchteilen ausgegeben werden, in Einheitsaktien oder als Zertifikate, die mehrere Aktien repräsentieren, in der Form und den Stückelungen, die der Verwaltungsrat bestimmt.

Falls ein Eigentümer von Inhaberaktien den Tausch seiner Aktien gegen Aktien in anderen Stückelungen oder den Umtausch in Namensaktien beantragt, werden ihm die Kosten dieses Umtauschs in Rechnung gestellt. Die Aktien werden von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet. Beide Unterschriften können entweder handschriftlich, gedruckt, oder mit Unterschriftsstempel angebracht werden. Jedoch kann eine der Unterschriften von einer Person geleistet werden, die zu diesem Zweck vom Verwaltungsrat beauftragt wurde; in diesem Fall hat die Unterschrift handschriftlich angebracht zu sein. Die Gesellschaft kann provisorische Aktien in der Form ausgeben, die der Verwaltungsrat bestimmt.

Die Aktien können nur nach Annahme der Zeichnung und Eingang des Preises gemäß Artikel 8 dieser Satzung ausgegeben werden. Nach der Annahme der Zeichnung und dem Eingang des Preises werden die gezeichneten Aktien dem Zeichner zugeteilt.

Alle Namensaktien, die von der Gesellschaft ausgegeben werden, werden im Aktionärsregister eingetragen, das von der Gesellschaft oder von einer oder mehreren Personen, die von der Gesellschaft zu diesem Zweck bestellt sind, geführt wird; der Eintrag hat den Namen eines jeden Inhabers von Namensaktien, seinen Wohnort oder sein Wahlmizil, die Anzahl der Namensaktien in seinem Besitz und den für diese Aktien gezahlten Betrag anzugeben. Jede Übertragung zwischen Lebenden oder im Todesfall in Bezug auf Namensaktien wird im Aktionärsregister eingetragen; diese Eintragung muss von einem oder mehreren Direktoren oder Bevollmächtigten der Gesellschaft oder von einer oder mehreren anderen Personen unterzeichnet werden, die zu diesem Zweck vom Verwaltungsrat beauftragt sind.

Die Übertragung von Namensaktien geschieht durch Lieferung an die Gesellschaft der Aktien, die diese Aktien repräsentieren, zusammen mit allen anderen Übertragungsurkunden, die von der Gesellschaft gefordert werden, oder, falls keine Aktien ausgegeben wurden, durch eine schriftliche Übertragungserklärung, die in das Aktionärsregister eingetragen und vom Veräußerer und vom Erwerber, oder von ihren Bevollmächtigten, die die geeigneten Vollmachten nachweisen können, datiert und unterzeichnet ist.

Jeder Aktionär, der Aktien für Namensaktien zu erhalten wünscht, hat der Gesellschaft eine Anschrift zu nennen, an die alle Mitteilungen und alle Informationen verschickt werden. Diese Anschrift wird ebenfalls im Aktionärsregister eingetragen.

Falls ein Inhaber von Namensaktien der Gesellschaft keine Anschrift mitgeteilt hat, wird diesbezüglich ein Vermerk im Aktionärsregister vorgenommen, und es wird angenommen, dass sich die Anschrift dieses Aktionärs am Sitz der Gesellschaft befindet, oder an jeder anderen Adresse, die von der Gesellschaft bestimmt wird, bis dieser Aktionär der Gesellschaft eine neue Adresse mitgeteilt hat. Der Aktionär kann jederzeit die im Aktionärsregister eingetragene Adresse durch eine schriftliche Erklärung ändern, die an die Gesellschaft am Sitz oder an jede andere von der Gesellschaft bestimmte Adresse zu richten ist.

Falls ein Aktionär der Gesellschaft nachweisen kann, dass seine Aktie abhanden gekommen ist oder zerstört wurde, kann ihm auf seine Anfrage hin ein Duplikat zu den Bedingungen und Garantien ausgestellt werden, die die Gesellschaft bestimmt, insbesondere in Form einer Versicherung, unbeschadet jeder anderen Form von Garantie nach Wahl der Gesellschaft. Sofort nach der Ausgabe der neuen Aktie, auf der vermerkt ist, dass es sich um ein Duplikat handelt, wird das Original unwirksam.

Die beschädigten Aktien können von der Gesellschaft umgetauscht werden.

Die beschädigten Aktien werden bei der Gesellschaft hinterlegt und sofort für nichtig erklärt.

Nach freiem Ermessen kann die Gesellschaft dem Aktionär die Kosten des Duplikats oder der neuen Aktie sowie alle anderen ihr entstandenen berechtigten Kosten in Verbindung mit der Ausgabe und der Eintragung ins Register oder mit der Vernichtung der alten Aktie in Rechnung stellen.

Die Gesellschaft erkennt nur einen Inhaber je Aktie an. Bei mehreren Inhabern einer Aktie ist die Gesellschaft berechtigt, die Ausübung aller Rechte, die mit der Aktie verbunden sind, auszusetzen, bis eine einzige Person zum Aktionär bestellt wurde.

#### **Art. 8. Ausgabe von Aktien.**

Innerhalb eines jeden Teilfonds ist der Verwaltungsrat befugt, jederzeit und ohne Einschränkung voll eingezahlte zusätzliche Aktien auszugeben, ohne den bereits bestehenden Aktionären ein Vorzugsrecht einzuräumen.

Falls die Gesellschaft Aktien zur Zeichnung anbietet, ist der Preis der angebotenen Aktien, gleichgültig in welchem Teilfonds diese Aktien ausgegeben werden, gleich dem Nettoinventarwert dieser Aktien gemäß dem in Artikel 12 dieser Satzung für jeden Teilfonds bestimmten Wert. Auf diesen Preis werden Gebühren aufgeschlagen, wie sie die Verkaufsunterlagen dieser Aktien angeben. Alle Vergütungen für die Vermittler, die bei der Anlage der Aktien vermitteln, sind in diesen Gebühren inbegriffen. Der auf diese Weise bestimmte Preis wird spätestens fünf Bankgeschäftstage nach dem Bestimmungstag des anwendbaren Nettoinventarwertes fällig.

Je nachdem, ob die in einem Teilfonds ausgegebenen Aktien ausschüttende oder thesaurierende Aktien sind, ändert sich ihr Ausgabepreis gemäß verschiedenen Prozentsätzen, die einerseits den Anteil der gesamten ausschüttenden Aktien, andererseits den Anteil der gesamten thesaurierenden Aktien am Gesamtbetrag des Nettovermögens dieses Teilfonds darstellen, wie er unter V von Artikel 12 dieser Satzung näher bestimmt wird.

Der Verwaltungsrat kann jedem Verwaltungsratsmitglied, jedem Direktor oder jedem anderen Bevollmächtigten der Gesellschaft, die dazu beauftragt sind, die Aufgabe übertragen, Zeichnungen, Rücknahmen oder Tauschanträge entgegenzunehmen und den Preis der neuen Aktien, die auszugeben, zurückzunehmen oder umzutauschen sind, zu zahlen oder entgegenzunehmen.

#### **Art. 9. Rücknahme der Aktien.**

Jeder Aktionär hat das Recht, jederzeit bei der Gesellschaft die Rücknahme eines Teils oder der Gesamtheit der Aktien, die in seinem Besitz sind, zu beantragen.

Der Rücknahmepreis einer Aktie, je nach dem Teilfonds, aus dem er stammt, ist gleich dem Nettoinventarwert, wie er für jeden Teilfonds gemäß Artikel 12 dieser Satzung bestimmt wird. In dem Masse und in der Zeit, in denen bei den Aktien, die einem bestimmten Teilfonds angehören, ausschüttende Aktien und thesaurierende Aktien ausgegeben wurden und sich im Umlauf befinden, ist der Rücknahmepreis einer Aktie außerdem an verschiedene Prozentsätze gebunden, die einerseits den Anteil der gesamten ausschüttenden Aktien und andererseits den Anteil der gesamten thesaurierenden Aktien am Gesamtbetrag des Nettovermögens des jeweiligen Teilfonds darstellen, wie er unter V von Artikel 12 dieser Satzung bestimmt wird.

Der Rücknahmepreis reduziert sich um Rücknahmegebühren, wie sie die Verkaufsdokumentation der Aktien aufführt. Jeder Rücknahmeantrag ist vom Aktionär schriftlich an den Sitz der Gesellschaft in Luxemburg oder an jede andere Stelle, die von der Gesellschaft zu diesem Zweck beauftragt ist, zu richten.

Der Rücknahmepreis wird spätestens fünf Bankgeschäftstage nach dem Tag der Bestimmung des anwendbaren Nettoinventarwertes, oder dem Tag, an dem die Aktien bei der Gesellschaft eingegangen sind, falls dieser Tag später fällt, gezahlt. Jeder Rücknahmeantrag ist unwiderruflich, ausser im Falle der Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwertes der Aktien.

Der Rücknahmeantrag muss von der oder den Aktie(n) sowie von den notwendigen Dokumenten begleitet sein, die zur Übertragung erforderlich sind, ehe der Rücknahmepreis ausgezahlt wird.

Die von der Gesellschaft zurückgenommenen Aktien werden für nichtig erklärt.

### **Art. 10. Umtausch von Aktien.**

Jeder Aktionär ist berechtigt, von einem Teilfonds in einen anderen Teilfonds zu wechseln, indem er den Umtausch der Aktien eines Teilfonds, die in seinem Besitz sind, in Aktien eines anderen Teilfonds beantragt.

Der Umtausch der Aktien von einem Teilfonds in einen anderen Teilfonds erfolgt auf der Grundlage des Nettoinventarwertes der jeweiligen Aktien, wie an einem Bewertungstag ermittelt.

Der Verwaltungsrat kann die Einschränkungen auferlegen, die er als notwendig erachtet in Hinblick auf die Häufigkeit der Tauschanträge und er kann die Zahlung von Umtauschkosten, deren Betrag er angemessen festlegt, bestimmen.

In dem Masse, in dem und zu einer Zeit, in der in einem oder mehreren Teilfonds der Gesellschaft mehrere Aktienklassen ausgegeben werden und im Umlauf sind, ist das Recht zum Umtausch außerdem folgenden Bedingungen unterworfen. Ein Inhaber von Aktien einer Aktienklasse hat das Recht, diese insgesamt oder teilweise in Aktien einer anderen Aktienklasse umzutauschen, und umgekehrt, sei dies innerhalb desselben Teilfonds oder zwischen verschiedenen Teilfonds. Falls ein Umtausch innerhalb eines Teilfonds stattfindet, berücksichtigt der Umtauschpreis die Tatsache, dass der Prozentsatz des gesamten Nettovermögens dieses Teilfonds, das auf die Gesamtheit der Aktien einer Aktienklasse dieses Teilfonds entfällt, gegebenenfalls angeglichen werden muss. Falls ein Umtausch zwischen verschiedenen Teilfonds stattfindet, wird die Gewichtung gemäß dem vorhergehenden Satz, gegebenenfalls, zu derjenigen geschlagen, die daraus entsteht, dass in beiden betroffenen Teilfonds der Nettoinventarwert der Aktien entsprechend dem Nettoinventarwert eines jeden Teilfonds abweicht; dabei wird der unterschiedlichen Parität, die jeder Teilfonds am Nettovermögen der Gesellschaft einnimmt, Rechnung getragen.

Aktien, die in andere Aktien umgetauscht wurden, werden für nichtig erklärt.

### **Art. 11. Beschränkungen beim Besitz von Aktien.**

Die Gesellschaft kann die Beschränkungen bestimmen, die sie für nützlich erachtet, um sicherzustellen, dass keine Aktie der Gesellschaft von einer Person erworben wurde oder in ihrem Besitz ist, die (a) gegen das Gesetz oder sonstige Vorschriften eines Landes oder einer Behörde verstößt, oder (b) durch deren Lage nach Ansicht des Verwaltungsrats der Gesellschaft steuerliche oder andere finanzielle Nachteile für die Gesellschaft entstehen würden, die sonst nicht entstanden wären.

Insbesondere kann sie das Eigentum von Aktien gegenüber natürlichen oder juristischen Personen und das Eigentum seitens Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika, wie nachstehend definiert, einschränken oder untersagen.

Zu diesem Zweck:

1. kann die Gesellschaft die Ausgabe von Aktien und die Eintragung von Aktienübertragungen ablehnen, falls sie der Auffassung ist, dass eine solche Ausgabe oder Übertragung zur Folge hätte oder haben könnte, dass das Eigentum der Aktien an einen Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika fallen würde; und

2. die Gesellschaft kann von jeder Person, die im Aktionärsregister eingetragen ist, oder von jeder anderen Person, die eine Übertragung von Aktien beantragt, verlangen, ihr alle Informationen und Aktien zur Verfügung zu stellen, die sie für notwendig erachtet, und die gegebenenfalls von einer eidesstattlichen Erklärung begleitet sind mit dem Ziel festzustellen, ob diese Aktien das Eigentum von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika sind oder werden; und

3. die Gesellschaft kann zum Zwangsrückkauf schreiten, falls sie der Auffassung ist, dass ein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika allein oder mit anderen Eigentümer von Aktien der Gesellschaft ist. In diesem Fall wird folgendes Verfahren angewandt:

a) die Gesellschaft lässt dem Aktionär, der die Aktien hält oder der im Aktionärsregister als Eigentümer der zurückzukaufenden Aktien verzeichnet ist, eine Mitteilung (nachstehend «Rückkaufbescheid») zugehen; der Rückkaufbescheid definiert die zurückzukaufenden Titel, den zu zahlenden Rücknahmepreis und den Ort, an dem die Zahlung dieses Preises zu erfolgen hat. Der Rückkaufbescheid kann dem Aktionär mittels Einschreibebrief zugehen, der an seine zuletzt bekannte Anschrift oder an die im Aktionärsregister eingetragene Anschrift adressiert ist. Der betroffene Aktionär ist gehalten, der Gesellschaft unverzüglich den oder gegebenenfalls die Aktie(n) zu übergeben, die die im Rückkaufbescheid aufgeführten Aktien repräsentieren.

Sofort nach Geschäftsschluss des im Rückkaufbescheid angegebenen Tages scheidet der betroffene Aktionär als Inhaber der im Rückkaufbescheid angegebenen Aktien aus; und im Falle von Namensaktien wird sein Name als Inhaber dieser Aktien im Aktionärsregister gestrichen; bei Inhaberaktien werden das oder die Aktienzertifikate, die die Aktien repräsentieren, in den Büchern der Gesellschaft für nichtig erklärt;

b) Der Preis, zu dem die im Rückkaufbescheid erwähnten Aktien zurückgenommen werden («der Rückkaufpreis») ist gleich dem Nettoinventarwert der Aktien der Gesellschaft, wie in Artikel 12 dieser Satzung bestimmt, abzüglich eventueller Rücknahmegebühren.

c) Die Zahlung des Rückkaufpreises erfolgt in der Währung, die der Verwaltungsrat bestimmt; der Betrag wird von der Gesellschaft bei einer Bank in Luxemburg oder anderenorts hinterlegt, wie im Rückkaufbescheid angegeben; die Bank zahlt den Preis dem betreffenden Aktionär gegen Übergabe der Aktie(n), die im Rückkaufbescheid angegeben sind, aus. Sofort nach Hinterlegung des Betrages gemäß diesen Bedingungen kann keine Person, die ein Interesse bezüglich der im Rückkaufbescheid erwähnten Aktien hat, ein Recht auf diese Aktien geltend machen oder gegen die Gesellschaft und ihr Vermögen vorgehen, außer dem Aktionär, der als Inhaber der Aktien auftritt; dieser kann den gezahlten Preis (zinslos) bei der Bank gegen Übergabe der Aktien einfordern.

d) Die Ausübung der Vollmachten durch die Gesellschaft, die ihr in diesem Artikel verliehen werden, kann in keinem Fall in Frage gestellt oder für kraftlos erklärt werden aus dem Grunde, dass das Eigentum an Aktien nicht genügend nachgewiesen werden kann, oder dass eine Aktie im Eigentum einer anderen Person stand, als von der Gesellschaft bei Absendung des Rückkaufbescheides angenommen, unter der Bedingung, dass die Gesellschaft ihre Rechte in gutem Glauben ausgeübt hat; und

4. Die Gesellschaft kann bei jeder Aktionärsversammlung das Stimmrecht jeder Person, deren Recht, ein Aktionär der Gesellschaft zu sein, aberkannt wurde, verweigern.

Der in dieser Satzung benutzte Ausdruck «Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika» bezieht sich auf jeden Staatsangehörigen, Staatsbürger oder Gebietsansässigen der Vereinigten Staaten von Amerika oder eines ihrer Gebiete oder ihrer Territorien in ihrem Zuständigkeitsbereich bzw. Personen, die dort ihren normalen Wohnsitz haben (einschließlich des Nachlasses aller Personen, Gesellschaften oder dort gegründeter oder organisierter Unternehmen).

#### **Art. 12. Ermittlung des Nettoinventarwertes der Aktien.**

Der Nettoinventarwert einer Aktie wird in der jeweiligen Währung des betroffenen Teilfonds durch eine Zahl ausgedrückt, die am Bewertungstag gemäß Artikel 13 dieser Satzung ermittelt wird, indem das Nettovermögen dieses Teilfonds durch die Anzahl der in diesem Teilfonds ausgegebenen Aktien geteilt wird; bei dieser Berechnung ist der Aufteilung des Nettovermögens zwischen ausschüttenden Aktien und thesaurierenden Aktien, die in diesem Teilfonds ausgegeben sind, gemäß den Bestimmungen unter V dieses Artikels Rechnung zu tragen.

Die Bewertung des Nettovermögens der verschiedenen Teilfonds wird wie folgt vorgenommen:

I. Das Vermögen der Gesellschaft enthält:

1. alle Barmittel in Kassa und auf Konto, einschließlich aller darauf fälligen und aufgelaufenen Zinsen;
2. sämtliche Wechselguthaben, Sichtscheine und Forderungen (einschließlich der Erträge aus verkauften Wertpapieren, deren Preis noch nicht vereinnahmt wurde);
3. sämtliche Effekten, Anteile, Aktien, Schuldverschreibungen, Options- oder Zeichnungsrechte und andere Anlagen und Wertpapiere im Besitz der Gesellschaft;
4. sämtliche Forderungen (Dividenden und Ausschüttungen) der Gesellschaft in bar oder aus Wertpapieren, von denen die Gesellschaft vernünftigerweise Kenntnis haben konnte (vorausgesetzt, dass die Gesellschaft Anpassungen in Bezug auf Schwankungen im Marktwert der Wertpapiere vornehmen kann, die durch Praktiken wie der Handel Ex-Dividenden oder Ex-Rechte entstanden sind);
5. sämtliche fälligen Zinsen auf den Wertpapieren im Besitz der Gesellschaft, außer wenn diese Zinsen im Nennwert solcher Wertpapiere inbegriffen sind;
6. die Gründungskosten der Gesellschaft, insofern sie nicht abgeschrieben wurden;
7. alle sonstigen Vermögenswerte jeder Art, einschliesslich der im voraus gezahlten Aufwendungen.

II. Der Wert dieser Vermögenswerte wird wie folgt bestimmt:

- a) Barmittel in Kasse und auf Konto, Wechsel und Sichtscheine und Forderungen, vorausgezählte Aufwendungen, Dividenden und aufgelaufene und noch nicht vereinnahmte Zinsen, werden zu ihrem vollen Betrag in Betracht gezogen, ausser wenn es sich als unwahrscheinlich herausstellt, dass diese ganz gezahlt werden oder eingehen. In letzterem Fall wird der Wert nach einem Abschlag bestimmt, den die Gesellschaft in einem solchen Fall für angemessen erachtet, um den wahren Wert dieser Vermögenswerte zu ermitteln.
- b) Die Bewertung der Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind oder gehandelt werden, oder an einem anderen geregelten, anerkannten und dem Publikum offenstehenden, regelmäßig stattfindenden Markt («Geregelter Markt») gehandelt werden, gründet auf dem letztverfügbaren Kurs am betroffenen Bewertungstag.
- c) Für Wertpapiere, die nicht an einer Börse notiert sind oder an einem anderen Geregelten Markt gehandelt werden, oder für Wertpapiere, die an mehreren Börsen oder Märkten notiert oder gehandelt werden, erfolgt die Bewertung, falls der gemäss Abschnitt b. und c. ermittelte Kurs den wahren Wert dieser Wertpapiere nicht darstellt, auf der Grundlage des voraussichtlichen Realisierungswerts, wie vorsichtig und nach Treu und Glauben von der Gesellschaft bestimmt.
- d) Wertpapiere, die auf eine andere Währung lauten als die Währung, in welcher der jeweilige Teilfonds ausgedrückt ist, werden zum letztbekanntesten Devisenmittelkurs umgerechnet.
- e) Die Bewertung der Aktien an offenen Zielfonds gründet auf dem letztverfügbaren Nettoinventarwert am betroffenen Bewertungstag.

A. Die Verpflichtungen der Gesellschaft schließen ein:

- a) alle Darlehen, Wechsel und Forderungen;
- b) alle aufgelaufenen oder fälligen Verwaltungskosten, einschließlich der Vergütungen für die Anlageberater, die Verwalter und anderen Bevollmächtigten und Vertreter der Gesellschaft;
- c) alle bekannten fälligen und nicht fälligen Verpflichtungen;
- d) ein angemessener Rückbehalt für künftige Kapital- und Einkommenssteuern, aufgelaufen bis zum Bewertungstag, wie vom Verwaltungsrat festgelegt, sowie andere vom Verwaltungsrat genehmigte oder gebilligte Rücklagen;
- e) alle anderen Verpflichtungen der Gesellschaft jeder Art, außer Verpflichtungen, die Eigenmittel der Gesellschaft darstellen. Hier kann die Gesellschaft Verwaltungs- und anderen regelmäßig oder periodisch wiederkehrenden Kosten Rechnung tragen, indem sie eine Schätzung für das Jahr oder jede andere Periode vornimmt und sie anteilmäßig über den jeweiligen Zeitraum verteilt.

III. Der Verwaltungsrat hat eine Vermögensmasse für jeden Teilfonds einzurichten, die den Aktien, wie nachfolgend bestimmt, die in einem Teilfonds ausgegeben sind, zugewiesen wird; hierbei wird insbesondere der Aufgliederung dieser Vermögensmasse zwischen ausschüttenden Aktien und thesaurierenden Aktien in diesem Teilfonds gemäß den Bestimmungen unter V dieses Artikels Rechnung getragen.

Zu diesem Zweck:

1. werden die Erlöse aus der Ausgabe der Aktien eines jeden Teilfonds in den Büchern der Gesellschaft diesem Teilfonds zugewiesen, und die Vermögenswerte, Verpflichtungen, Einkommen und Ausgaben dieses Teilfonds werden diesem Teilfonds zugewiesen;
2. falls ein Vermögenswert aus einem anderen Vermögenswert abgeleitet wird, entfällt dieser abgeleitete Vermögenswert in den Büchern der Gesellschaft auf denselben Teilfonds, aus dem er abgeleitet wurde, und bei jeder Neubewer-

tung eines Vermögenswerts ist die Wertzunahme oder -abnahme auf den betreffenden Teilfonds anzuwenden, dem dieser Vermögenswert zugehört;

3. falls der Gesellschaft eine Verpflichtung entsteht, die sich auf einen Vermögenswert eines Teilfonds bezieht oder auf ein Geschäft im Zusammenhang mit einem Vermögenswert eines Teilfonds, wird diese Verpflichtung dem betreffenden Teilfonds zugeteilt;

4. Für den Fall, dass ein Vermögenswert oder eine Verpflichtung der Gesellschaft einem einzelnen Teilfonds nicht zugeordnet werden kann, wird dieser Vermögenswert oder diese Verpflichtung den Teilfonds im Verhältnis ihres jeweiligen Nettoinventarwertes am Gesamt Nettoinventarwert der Gesellschaft zugeteilt; dabei gilt, dass alle Verpflichtungen, gleichgültig welchem Teilfonds sie zuzuordnen sind, die Gesellschaft als Ganzes verpflichten, es sei denn, es wurde mit den Gläubigern anderes vereinbart.

5. In Folge von Zahlungen von Dividenden an ausschüttende Aktien eines Teilfonds, wird der Nettoinventarwert dieses Teilfonds, der ausschüttenden Aktien zugeteilt ist, entsprechend der Summe dieser Dividenden herabgesetzt gemäss den Bestimmungen sub V. dieses Artikels.

#### IV. Zum Zweck dieses Artikels

1. wird jede zurückzunehmende Aktie der Gesellschaft gemäß Artikel 9 dieser Satzung als ausgegebene und bestehende Aktie bis zum Geschäftsschluss am Bewertungstag berücksichtigt, der für die Rücknahme dieser Aktie gilt, wobei von diesem Zeitpunkt an und bis zu seiner Zahlung, der Rücknahmepreis als eine Verbindlichkeit der Gesellschaft angesehen wird;

2. wird jede auszugebende Aktie der Gesellschaft gemäß den eingegangenen Zeichnungsanträgen ab dem Geschäftsschluss an dem Bewertungstag, an dem sein Ausgabepreis bestimmt wurde, als ausgegebene Aktie behandelt, und sein Preis wird bis zu seiner Zahlung als eine Forderung der Gesellschaft angesehen;

3. werden sämtliche Anlagen, Barbestände und sonstige Vermögenswerte der Gesellschaft, die auf andere Währungen als die Währung eines jeden Teilfonds lauten, unter Berücksichtigung des am Tag und zur Stunde der Ermittlung des Nettovermögenswertes der Aktien geltenden Wechselkurses berechnet, und

4. werden, sofern möglich, allen am Bewertungstag abgeschlossenen Käufen oder Verkäufen von Wertpapieren im Nettoinventarwert Rechnung getragen.

V. In dem Masse, in dem und zu der Zeit, in der bei den Aktien eines bestimmten Teilfonds ausschüttende Aktien und thesaurierende Aktien ausgegeben werden und im Umlauf sind, wird der Nettoinventarwert dieses Teilfonds gemäß I bis IV dieses Artikels, zwischen den gesamten ausschüttenden Aktien, einerseits, und den gesamten thesaurierenden Aktien, andererseits, in folgendem Verhältnis aufgegliedert:

Zu Beginn entspricht der Prozentsatz des Nettovermögens des Teilfonds, das der Gesamtheit der ausschüttenden Aktien zuzuteilen ist, dem Anteil der Gesamtheit der ausschüttenden Aktien an der Gesamtanzahl der Aktien, die in diesem Teilfonds ausgegeben wurden und im Umlauf sind. Desgleichen entspricht der Prozentsatz des Nettovermögens des Teilfonds, der der Gesamtheit der thesaurierenden Aktien zuzuteilen ist, dem Anteil der Gesamtheit der thesaurierenden Aktien an der Gesamtanzahl der Aktien, die in diesem Teilfonds ausgegeben wurden und im Umlauf sind. Nach der Zuteilung der Jahres- und Zwischendividenden an die ausschüttenden Aktien gemäß Artikel 31 dieser Satzung, erfolgt bezüglich des gesamten Nettovermögens des Teilfonds, das den gesamten ausschüttenden Aktien zuzuteilen ist, ein Abschlag, der gleich dem Betrag der ausgezahlten Dividenden ist, was eine Verminderung des Prozentsatzes des Nettovermögens des Teilfonds, das den gesamten ausschüttenden Aktien zugeteilt ist, nach sich zieht; dagegen bleibt das gesamte Nettovermögen des Teilfonds, das den thesaurierenden Aktien zugeteilt wird, konstant, was eine Vermehrung des Prozentsatzes des gesamten Nettovermögens des Teilfonds, das den gesamten thesaurierenden Aktien zugeteilt ist, nach sich zieht.

Falls innerhalb eines Teilfonds Zeichnungen oder Rücknahmen von Aktien in Bezug auf ausschüttende Aktien vorgenommen werden, erhöht oder reduziert sich das Nettovermögen des Teilfonds, das sämtlichen ausschüttenden Aktien zuzuteilen ist, um die Nettobeträge, die von der Gesellschaft aus Gründen dieser Zeichnungen oder Rücknahmen von Aktien erhalten oder gezahlt werden. Desgleichen, falls innerhalb eines Teilfonds Zeichnungen oder Rücknahmen von Aktien in Bezug auf thesaurierende Aktien vorgenommen werden, erhöht oder reduziert sich das Nettovermögen des Teilfonds, das sämtlichen thesaurierenden Aktien zuzuteilen ist, um die Nettobeträge, die von der Gesellschaft aus Gründen dieser Zeichnungen oder Rücknahmen von Aktien erhalten oder gezahlt werden.

Zu jeder Zeit ist der Nettowert einer ausschüttenden Aktien im jeweiligen Teilfonds gleich dem Betrag entstehend aus der Teilung des Nettovermögens dieses Teilfonds, das auf sämtliche ausschüttenden Aktien entfällt, durch die gesamte Anzahl der ausschüttenden Aktien, die ausgegeben und in Umlauf sind.

Desgleichen ist der Nettowert einer thesaurierenden Aktie im jeweiligen Teilfonds gleich dem Betrag entstehend aus der Teilung des Nettovermögens dieses Teilfonds, das auf sämtliche thesaurierende Aktien entfällt, durch die gesamte Anzahl der thesaurierenden Aktien, die ausgegeben und in Umlauf sind.

#### **Art. 13. Frequenz und vorläufige Aussetzung der Ermittlung des Nettoinventarwertes der Aktien, der Ausgaben, Rücknahmen und des Umtauschs von Aktien.**

In jedem Teilfonds wird die Nettoinventarwertberechnung seiner Aktien periodisch von der Gesellschaft ermittelt, jedoch nicht weniger als zweimal im Monat und mit einer Frequenz, die der Verwaltungsrat bestimmt (ein solcher Tag der Ermittlung des Nettoinventarwertes der Aktien wird in dieser Satzung als «Bewertungstag» bezeichnet).

Falls ein Bewertungstag auf einen gesetzlichen Feiertag oder einen Bankfeiertag in Luxemburg fällt, ist der Bewertungstag der erste nachfolgende Bankgeschäftstag.

Unbeschadet der gesetzlichen Gründe kann die Gesellschaft die Ermittlung des Nettoinventarwertes der Aktien sowie die Ausgabe, die Rücknahme und den Umtausch im allgemeinen oder nur im Zusammenhang mit einem oder mehreren Teilfonds bei Auftreten der folgenden Umstände aussetzen:

1. falls eine oder mehrere Börsen, die die Grundlage für die Bewertung eines wesentlichen Teils des Vermögens eines oder mehrerer Teilfonds der Gesellschaft bilden, ausserplanmässig geschlossen sind, oder wenn der Handel an diesen Börsen Beschränkungen unterworfen oder eingestellt wurde;

2. bei einer politischen, wirtschaftlichen, militärischen oder sozialen Lage oder jedem anderen Notfall, der Unterbrechung der Kommunikationsmittel oder, generell, jedem Ereignis höherer Gewalt, die sich der Kontrolle, Verantwortung oder den Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft entziehen und diese daran hindern, über das Vermögen eines oder mehrerer Teilfonds zu verfügen;

3. falls der Wert eines Vermögenswerts der Gesellschaft, aus welchem Grund auch immer, nicht schnell oder genau genug bekannt oder bestimmt werden kann;

4. falls Beschränkungen auf dem Devisenhandel oder der Überweisung von Geldern die Gesellschaft daran hindern, Gelder ins Land zurückzuführen, um Zahlungen für Aktienrücknahmen zu tätigen, oder falls allgemein die Geschäfte für Rechnung der Gesellschaft oder Käufe und Verkäufe von Vermögenswerten in einem oder mehreren Teilfonds nach Ansicht des Verwaltungsrats nicht zu normalen Devisenkursen getätigt werden können;

5. bei umfangreichen Rücknahmeanträgen; die Gesellschaft behält sich in diesem Fall das Recht vor, mit vorheriger Zustimmung der Depotbank, die Aktien nur zu einem Rücknahmepreis zurückzunehmen, der bestimmt wird, nachdem sie die notwendigen Vermögenswerte in kürzester Zeit veräussern konnte, indem den Interessen der Gesamtheit der Aktionäre Rechnung getragen wird, und sie über den Erlös aus diesen Verkäufen verfügen kann. Ein einziger Preis wird dann für alle Rücknahme- und Zeichnungsanträge angewandt, die zum selben Zeitpunkt eingereicht wurden;

6. nach der Veröffentlichung des Einberufungsschreibens zur Hauptversammlung der Aktionäre, die mit dem Zweck des Beschlusses über die Auflösung der Gesellschaft tagt.

Eine Unterbrechung der Ermittlung des Inventarwerts wird den Aktionären, die im betroffenen Teilfonds einen Antrag auf Zeichnung, Rücknahme oder Umtausch von Aktien gestellt haben, von der Gesellschaft zur Kenntnis gebracht. Alle anderen Aktionäre werden davon durch eine Mitteilung in der Presse informiert. Eine solche Aussetzung hat keine Wirkung auf den Nettoinventarwert, die Ausgabe, Rücknahme und den Umtausch von Aktien der nicht betroffenen Teilfonds

### **Kapitel III - Verwaltung und Aufsicht der Gesellschaft**

#### **Art. 14. Verwaltungsratsmitglieder.**

Die Gesellschaft wird von einem Verwaltungsrat von mindestens drei Mitgliedern verwaltet, die keine Aktionäre zu sein brauchen. Die Dauer ihres Mandats beträgt ein Jahr. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Generalversammlung bestellt, die ihre Anzahl und ihre Vergütung festlegt.

Jedes Mitglied des Verwaltungsrats kann mit oder ohne Grund abberufen werden oder jederzeit durch einen Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre ersetzt werden.

Bei Ableben oder Ausscheiden eines Mitglieds des Verwaltungsrats kann dessen Amt vorläufig gemäß den vom Gesetz erfassten Modalitäten ersetzt werden. Die endgültige Wahl wird in diesem Fall durch die Generalversammlung bei ihrem nächsten Zusammentreffen vorgenommen.

#### **Art. 15. Sitzungen des Verwaltungsrats.**

Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden. Er kann ebenfalls einen Vizevorsitzenden ernennen und einen Sekretär bestellen, der nicht Mitglied des Verwaltungsrats zu sein braucht.

Der Verwaltungsrat tritt auf Einberufung des Vorsitzenden oder, falls verhindert, von zwei Mitgliedern, am Ort, der in den Einberufungsschreiben angegeben ist, so oft zusammen, wie die Interessen der Gesellschaft dies verlangen.

Der Verwaltungsrat kann nur gültig tagen und beschließen, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder vertreten sind.

Jedes verhinderte oder abwesende Mitglied kann einem seiner Kollegen eine Vollmacht per Schreiben, Telegramm oder Telex erteilen, um es in einer Verwaltungsratssitzung zu vertreten und an seiner Stelle über die Punkte der Tagesordnung der Sitzung abzustimmen.

Ein bevollmächtigtes Mitglied kann auf diese Weise mehrere seiner Kollegen vertreten.

Die Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen gefasst: bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende in dieser Sitzung die entscheidende Stimme.

In Notfällen können die Mitglieder des Verwaltungsrats ihre Stimme über die Punkte auf der Tagesordnung durch einfaches Schreiben, per Telegramm oder Telex abgeben.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden in Protokollen festgehalten, die vom Vorsitzenden oder, in seiner Abwesenheit, von demjenigen unterzeichnet sind, der den Vorsitz der Sitzung führte. Kopien oder Auszüge, die bei Gericht oder anderenorts vorzuweisen sind, werden vom Vorsitzenden oder von zwei Mitgliedern unterzeichnet.

#### **Art. 16. Befugnisse des Verwaltungsrats.**

Der Verwaltungsrat ist weitestgehend befugt, die Geschäfte der Gesellschaft zu führen und alle Verfügungs- und Verwaltungshandlungen im Rahmen des Gesellschaftsgegenstands vorzunehmen unter Vorbehalt der Einhaltung der Anlagentpolitik gemäß Artikel 19 dieser Satzung.

Alles, was nicht ausdrücklich durch Gesetz oder Satzung der Generalversammlung vorbehalten ist, fällt in den Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsrats.

#### **Art. 17. Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber Dritten.**

Gegenüber Dritten ist die Gesellschaft durch die gemeinsame Unterschrift von zwei Verwaltungsratsmitgliedern oder die Einzelunterschrift aller Personen wirksam verpflichtet, denen Unterschriftsvollmachten vom Verwaltungsrat erteilt wurden.

**Art. 18. Vollmacht.**

Der Verwaltungsrat kann Vollmachten für die tägliche Geschäftsführung der Gesellschaft an ein oder mehrere Mitglieder des Verwaltungsrats übertragen oder an einen oder mehrere andere Vertreter, die keine Aktionäre der Gesellschaft zu sein brauchen, jedoch unter Beachtung der Bestimmungen von Artikel 60 des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften.

Der Verwaltungsrat kann ebenfalls Spezialvollmachten über öffentlich beurkundete Vollmachterteilung oder durch Privatschrift ausgeben.

**Art. 19. Anlagepolitik.**

Der Verwaltungsrat ist befugt, unter Anwendung des Grundsatzes der Risikostreuung die Anlagepolitik in jedem Teilfonds und die Richtlinien für die Verwaltung der Gesellschaft zu bestimmen, vorbehaltlich der Anlagebeschränkungen gemäß Gesetz oder derjenigen, die vom Verwaltungsrat erstellt wurden.

1. Die Anlagen der Gesellschaft dürfen ausschließlich bestehen aus:

a) Wertpapieren, die an Börsen eines Mitgliedstaats der Europäischen Union zugelassen sind oder an einem anderen geregelten, anerkannten und dem Publikum offenstehenden, regelmäßig stattfindenden Markt eines Mitgliedstaats der Europäischen Union gehandelt werden.

b) Wertpapieren, die an Börsen eines Staates aus Europa, Amerika, Asien, Afrika oder Australien/Ozeanien zugelassen sind oder an einem anderen geregelten anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäß funktionierenden Markt eines dieser Staaten gehandelt werden.

c) Wertpapieren aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtungen enthalten, die Zulassung zur amtlichen Notierung an Börsen oder an anderen geregelten anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäß funktionierenden Märkten eines der unter b) aufgeführten Staaten zu beantragen, und sofern diese Zulassung innerhalb eines Jahres nach der Emission erfolgt.

2. Abweichend von den in Ziffer 1. Absatz a), b), c) festgesetzten Anlagebeschränkungen darf die Gesellschaft:

a) höchstens 10 % des Nettovermögens eines Teilfonds in anderen als in Absatz 1 genannten Wertpapieren anlegen,

b) höchstens 10 % des Nettovermögens eines Teilfonds in verbrieften Rechten, z.B. Geldmarktpapieren, anlegen, welche ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt werden können (insbesondere durch ihre Übertragbarkeit, Veräußerbarkeit und periodische Bewertbarkeit) und deren Restlaufzeit am Tage des Erwerbs 12 Monate überschreitet.

In den unter Ziffer 2. Absatz a) und b) genannten Werten dürfen jedoch zusammen höchstens 10 % des Nettovermögens eines Teilfonds angelegt werden.

Der Verwaltungsrat ist befugt, das Nettovermögen eines jeden Teilfonds in Anteile von Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) des offenen Investmenttyps im Sinne der Investmentrichtlinie der Europäischen Union vom 20. Dezember 1985 (85/611/EWG) zu investieren und dies nur bis zu 5 % des Nettovermögens des Teilfonds.

Wenn die Gesellschaft und ein solcher OGAW durch eine Verwaltungs- oder Kontrollgemeinschaft oder durch eine substantielle direkte oder indirekte Beteiligung verbunden sind, ist das Anlegen in Anteile eines solchen OGAW nur gestattet, wenn dieser OGAW sich gemäß seiner Gründungsunterlagen auf einen bestimmten geographischen oder wirtschaftlichen Bereich spezialisiert hat. In diesem Falle ist es der Verwaltungsgesellschaft untersagt, Ausgabe- und Rücknahmegebühren sowie Verwaltungs- und Beratungsgebühren zweimal zu erheben.

Der Verwaltungsrat wurde befugt, nach dem Grundsatz der Risikostreuung bis zu 100 % des Nettovermögens eines jeden Teilfonds in Wertpapieren verschiedener Emissionen anzulegen, die von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften, von einem der OECD angehörenden Staat oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören, begeben oder garantiert werden, sofern diese Wertpapiere im Rahmen von mindestens 6 verschiedenen Emissionen begeben worden sind, wobei die Wertpapiere aus ein und derselben Emission 30 % des Gesamtbetrages des Nettosvermögens eines Teilfonds nicht überschreiten dürfen.

Die Gesellschaft kann sich nach Massgabe der Anlagebeschränkungen für jeden Teilfonds der Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern deren Einsatz im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens erfolgt.

Ferner kann die Gesellschaft Techniken und Instrumente zur teilweisen oder völligen Absicherung von Währungsrisiken zur Verwaltung des Fondsvermögens nutzen.

**Art. 20. Vermögensverwalter, Anlageberater, Verwahrung des Vermögens und Zentralverwaltung.**

Die Gesellschaft kann eine Vereinbarung mit einem oder mehreren Vermögensverwaltern oder Anlageberatern abschließen, gemäß denen diese die Pflichten von Vermögensverwaltern beziehungsweise Anlageberatern übernehmen.

Daneben schließt die Gesellschaft mit einer Luxemburger Bank eine Vereinbarung ab, gemäß der diese Bank die Pflichten eines Verwahrers des Vermögens der Gesellschaft übernimmt.

Außerdem geht die Gesellschaft eine Vereinbarung mit einer Luxemburger Dienstleistungsstelle ein, gemäß der diese die Zentralverwaltung der Gesellschaft gewährleistet. Diese Dienstleistungsstelle kann jedoch, mit vorheriger Genehmigung der Gesellschaft, mittels eines Dienstleistungsvertrags, die Zentralverwaltungsaufgaben an einen oder mehrere Luxemburger Dienstleister weiter vergeben.

**Art. 21. Persönliches Interesse der Mitglieder des Verwaltungsrats.**

Kein Vertrag oder anderes Geschäft zwischen der Gesellschaft oder anderen Gesellschaften oder Firmen kann dadurch beeinträchtigt oder ungültig werden, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Bevollmächtigte der Gesellschaft ein Interesse diesbezüglich haben, oder Verwaltungsratsmitglieder, Teilhaber, Bevollmächtigte oder Angestellte sind. Ein Verwaltungsratsmitglied oder ein Bevollmächtigter der Gesellschaft, der zur gleichen Zeit die Aufgaben eines Verwaltungsratsmitgliedes, Teilhabers, Bevollmächtigten oder Angestellten einer anderen Gesellschaft oder Firma erfüllt, mit der die Gesellschaft Vereinbarungen eingeht oder sonst in Geschäftsverbindung tritt, wird aufgrund der Zu-

gehörigkeit zu dieser Gesellschaft oder Firma nicht daran gehindert, in Bezug auf eine solche Vereinbarung oder ein solches Geschäft Stellung zu beziehen, abzustimmen oder zu handeln.

Für den Fall, dass ein Verwaltungsratsmitglied oder ein Bevollmächtigter der Gesellschaft ein persönliches Interesse bezüglich eines Geschäfts der Gesellschaft hat, hat dieses Mitglied oder dieser Bevollmächtigte dem Verwaltungsrat dieses persönliche Interesse mitzuteilen; dieses Mitglied wird über ein solches Geschäft weder tagen noch abstimmen, und dieses Geschäft und dieses persönliche Interesse werden der nächsten Generalversammlung der Aktionäre zur Kenntnis gebracht.

Der Ausdruck «persönliches Interesse», wie im vorhergehenden Satz verwendet, findet keine Anwendung auf ein Interesse an einer Angelegenheit, Entscheidung oder Geschäftshandlung, an denen die Depotbank beteiligt ist, oder eine ihrer direkten oder indirekten Tochtergesellschaften oder eine andere Gesellschaft oder Rechtspersönlichkeit, die der Verwaltungsrat von Zeit zu Zeit bestimmen kann.

#### **Art. 22. Vergütung des Verwaltungsrats.**

Die Gesellschaft kann jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Bevollmächtigten, ihre Erben, Testamentsvollstrecker oder gesetzlichen Verwalter für alle vernünftigen Ausgaben entschädigen, die in Verbindung mit einer Handlung, einem Verfahren oder einer Verhandlung entstehen, an denen sie in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsratsmitglieder oder Bevollmächtigte der Gesellschaft beteiligt sind oder weil sie, auf Wunsch der Gesellschaft, Verwaltungsratsmitglieder oder Bevollmächtigte einer anderen Gesellschaft sind, bei der die Gesellschaft Aktionär oder Gläubiger ist, und von der sie keine Vergütung erhalten würden, außer im Falle, wo in einem solchen Verfahren oder einer Verhandlung sie wegen grober Nachlässigkeit oder Misswirtschaft verurteilt würden; bei außergerichtlichem Vergleich wird eine solche Vergütung nur gestattet, wenn die Gesellschaft durch ihren Rechtsberater davon unterrichtet ist, dass die Person, die die Vergütung erhalten soll, ihre Pflichten nicht verletzt hat. Das Recht auf Vergütung, wie vorstehend ausgeführt, schließt keine anderen Rechte in Bezug auf diese Personen aus.

#### **Art. 23. Kosten zu Lasten der Gesellschaft.**

Die Gesellschaft trägt die Gesamtheit ihrer Betriebskosten, die Maklergebühren und die verschiedenen mit ihrer Tätigkeit verbundenen Abgaben, usw.

Die Gesellschaft übernimmt die Auslagen der Verwaltungsratssitzungen, die Vergütungen des Vermögensverwalters, der Depotbank, der Domizilstelle und der Verwaltungsstelle, des Wirtschaftsprüfers sowie der Rechtsberater der Gesellschaft, die Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte, des Verkaufsprospekts und der eventuell nachfolgenden Prospekte sowie der Aktienzertifikate, die Kosten und Ausgaben für die Gründung der Gesellschaft, alle Steuern, Kosten und Auslagen von seiten der Behörden, die zu Lasten der Gesellschaft fallen, die Honorare und Kosten in Verbindung mit der Eintragung und dem Erhalt der Eintragung der Gesellschaft bei allen Behörden und Börsen, die Kosten für die Veröffentlichung des Nettoinventarwertes, sowie alle anderen Betriebskosten.

Kosten, die nicht unmittelbar einem Teilfonds zu Lasten gelegt werden können, werden unter allen Teilfonds im Verhältnis zum Nettovermögen eines jeden Teilfonds aufgeteilt und zuerst den Erträgen der Teilfonds zu Lasten gelegt.

Die Kosten und Ausgaben für die Gründung der Gesellschaft und die Erstausgabe der Aktien werden während der ersten fünf Jahre der Gesellschaft abgeschrieben. Diese Kosten und Aufwendungen werden von den Erträgen abgezogen; falls sie höher als die Erträge sind, wird der Überschuss den netto realisierten und nicht realisierten Gewinnen angerechnet.

#### **Art. 24. Aufsicht der Gesellschaft.**

Gemäß dem Gesetz vom 30. März 1988 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen ist die Vermögenslage der Gesellschaft der Kontrolle eines Wirtschaftsprüfers unterworfen; letzterer wird von der jährlichen Generalversammlung der Aktionäre für einen Zeitraum bestellt, der mit dem Ende des Tages der darauffolgenden Jahresversammlung der Aktionäre endet, und er bleibt im Amt bis zur Wahl seines Nachfolgers.

### **Kapitel IV - Generalversammlungen**

#### **Art. 25. Vertretung.**

Die Generalversammlung vertritt alle Aktionäre der Gesellschaft. Sie verfügt über die weitgehendsten Vollmachten, um alle Angelegenheiten der Gesellschaft zu organisieren, sie zu tätigen oder zu bestätigen.

#### **Art. 26. Jährliche Generalversammlung.**

Die Generalversammlung wird vom Verwaltungsrat einberufen. Sie kann jedoch auf Antrag von Aktionären einberufen werden, die ein Fünftel des Gesellschaftskapitals besitzen.

Die jährliche Generalversammlung tritt am zweiten Montag des Monats April um 11.00 Uhr in der Stadt Luxemburg an einem Ort zusammen, der im Einberufungsschreiben angegeben ist.

Falls dieser Tag ein Feiertag ist, tritt die Generalversammlung am ersten darauffolgenden Bankgeschäftstag zusammen. Die Generalversammlung wird in den gesetzlichen Fristen mit Einschreibebrief einberufen, der jedem Aktionär an seinen Namen zugeht. Falls Inhaberanteile ausgegeben wurden, erfolgt die Einberufung durch Mitteilungen, die den gesetzlichen Formen und Fristen entsprechen.

Außerdem können die Aktionäre in jedem Teilfonds zu einer Hauptversammlung zusammenkommen, die zu den Bedingungen über Anwesenheit und Mehrheit gemäß den laufenden gesetzlichen Bestimmungen tagt und beschließt, und zwar in Bezug auf folgende Punkte:

1. die jährliche Gewinnverteilung in ihrem Teilfonds;
2. für die von Artikel 35 der Satzung vorgesehenen Punkte.

**Art. 27. Versammlungen ohne vorherige Einberufung.**

Immer wenn alle Aktionäre anwesend oder vertreten sind, sich als ordentlich einberufen befinden und erklären, die Tagesordnung zu kennen, die ihnen zum Beschluss unterbreitet wird, kann die Generalversammlung ohne Einberufungsschreiben abgehalten werden.

**Art. 28. Abstimmung.**

Jede Aktie in jedem Teilfonds und unabhängig von seinem Wert im Teilfonds, in dem er ausgegeben wurde, ist zu einer Stimme berechtigt.

Die Rechte in Bezug auf Aktienbruchteile werden im Verhältnis zum Bruchteil ausgeübt, den der Aktionär besitzt, außer dass das Stimmrecht lediglich nur für eine ganze Zahl von Aktien ausgeübt werden kann.

Die Aktionäre können sich in den Generalversammlungen durch Bevollmächtigte vertreten lassen, indem sie ihnen eine schriftliche Vollmacht erteilen; diese Bevollmächtigten brauchen keine Aktionäre der Gesellschaft zu sein.

**Art. 29. Beschlussfähigkeit und Anwesenheitsbedingungen.**

Die Generalversammlung tagt gemäß den Vorschriften des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften.

In dem Masse, in dem und falls nichts anderes vom Gesetz oder dieser Satzung vorgesehen ist, werden die Beschlüsse der Generalversammlungen der Anteilhaber mit der einfachen Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Aktionäre gefasst.

**Kapitel V - Geschäftsjahr - Gewinnverteilung****Art. 30. Geschäftsjahr.**

Das Geschäftsjahr beginnt jedes Jahr am ersten Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres.

**Art. 31. Gewinnverteilung.**

In jedem Teilfonds der Gesellschaft beschließt die Generalversammlung der Aktionäre auf Vorschlag des Verwaltungsrats die Ausschüttung einer Bardividende und den Ausschüttungsbetrag in Bezug auf die ausschüttenden Aktien.

Falls es jedoch im Interesse der Aktionäre ist, aus Gründen der Marktbedingungen keine Dividende auszuzahlen, wird keine Ausschüttung vorgenommen.

In dem Masse wie und während der Zeit, in der in einem Teilfonds ausschüttende Aktien und thesaurierende Aktien ausgegeben werden und in Umlauf sind, wird der Ausschüttungsbetrag dieses Teilfonds in die Gesamtheit der ausschüttenden Aktien, einerseits, und die Gesamtheit der thesaurierenden Aktien, andererseits, aufgegliedert, im Verhältnis zum Nettovermögen des Teilfonds, den die gesamten ausschüttenden Aktien einerseits, und die gesamten thesaurierenden Aktien andererseits darstellen, gemäß den Bestimmungen, die unter V von Artikel 12 dieser Satzung aufgeführt sind.

Der Anteil am jährlichen Nettogewinn des Teilfonds, der auf die ausschüttenden Aktien entfällt, wird den Eigentümern dieser Aktien in der Form von Bardividenden ausgezahlt.

Der Anteil des Betrags, der im Teilfonds auf die thesaurierenden Aktien entfällt, wird im Teilfonds zugunsten der thesaurierenden Aktien wieder angelegt. In dem Masse und während der Zeit, in der in einem Teilfonds nur ausschüttende oder nur thesaurierende Aktien ausgegeben sind, wird der auszuschüttende Betrag gegebenenfalls ganz ausgeschüttet oder ganz thesauriert.

In allen Teilfonds können Zwischendividenden erklärt und vom Verwaltungsrat in Bezug auf die ausschüttenden Aktien gezahlt werden.

Dividenden können in der Währung des Teilfonds oder in jeder anderen Währung nach Wahl des Verwaltungsrats in Zeiten und an Orten ausgezahlt werden, die er festlegt und zum Wechselkurs, den er bestimmt. Jede erklärte Dividende, die vom dazu Berechtigten nicht innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Zuteilung gefordert wird, kann nicht mehr gefordert werden und fällt dem betroffenen Teilfonds zu. Es werden auf eine von der Gesellschaft erklärte Dividende, die sie zur Verfügung des Berechtigten hält, von der Gesellschaft keine Zinsen gezahlt.

**Kapitel VI - Auflösung - Liquidation der Gesellschaft****Art. 32. Auflösung.**

Die Gesellschaft kann jederzeit durch einen Beschluß der Hauptversammlung der Aktionäre aufgelöst werden, dies vorbehaltlich der für Satzungsänderungen geltenden Beschlußfähigkeits- und Mehrheitsvorschriften.

Falls das Kapital der Gesellschaft unter zwei Drittel des Mindestkapitals fällt, muss der Verwaltungsrat der Hauptversammlung die Frage der Auflösung der Gesellschaft unterbreiten; diese tagt ohne Anwesenheitsbedingung und beschließt mit der einfachen Mehrheit der in der Versammlung vertretenen Aktien.

Falls das Kapital der Gesellschaft unter ein Viertel des Mindestkapitals fällt, muss der Verwaltungsrat der Hauptversammlung die Frage der Auflösung der Gesellschaft unterbreiten; diese tagt ohne Anwesenheitsbedingungen; die Auflösung kann von den Aktionären, die ein Viertel der in der Versammlung vertretenen Aktien besitzen, beschlossen werden.

Die Einberufungen haben so zu erfolgen, dass die Hauptversammlung innerhalb von vierzig Tagen nach dem Tag der Feststellung, dass das Vermögen unter zwei Drittel bzw. drei Viertel des Mindestkapitals gefallen ist, abgehalten wird.

Die Beschlüsse der Hauptversammlung oder des Gerichts, die über die Auflösung oder Liquidation der Gesellschaft entscheiden, werden im Amtsblatt Mémorial und in drei Zeitungen mit angemessener Auflage, von denen eine mindestens eine Luxemburger Tageszeitung ist, veröffentlicht.

Im Falle einer Auflösung der Gesellschaft wird die Liquidation von einem oder mehreren Liquidatoren gemäß dem Luxemburger Gesetz vom 30. März 1988 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen und der Satzung eingeleitet. Der Nettoliquidationserlös in jedem Teilfonds wird unter die Besitzer von Aktien des Teilfonds im Verhältnis zur Anzahl der Aktien verteilt, die sie in diesem Teilfonds besitzen. Beträge, die nicht bei Liquidationsschluss verteilt werden

konnten, werden bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt. Hinterlegte Beträge, welche während der gesetzlichen Verjährungsfrist nicht gefordert werden, können danach nicht mehr gefordert werden.

### **Art. 33. Liquidation und Zusammenlegung von Teilfonds.**

#### 1) Liquidation eines Teilfonds

Der Verwaltungsrat kann, mit Ausnahme der Auflösung des letzten Teilfonds, welcher von einer Hauptversammlung unter den für Satzungsänderungen geltenden Beschlussfähigkeits- und Mehrheitsvorschriften beschlossen werden muss, die Auflösung eines oder mehrerer Teilfonds beschliessen, falls wesentliche Änderungen in der politischen oder wirtschaftlichen Lage nach Ermessen des Verwaltungsrats diese Entscheidung notwendig machen.

Ausser bei gegenteiliger Entscheidung des Verwaltungsrats kann die Gesellschaft in Erwartung der Inkraftsetzung des Auflösungsbeschlusses weiterhin Aktien des Teilfonds zurücknehmen, dessen Auflösung beschlossen wird.

Für diese Rücknahmen nimmt die Gesellschaft den Nettoinventarwert zur Grundlage, der bestimmt wird, indem den Liquidationskosten Rechnung getragen wird, jedoch ohne Abzug einer Rücknahme- oder einer anderen Gebühr.

Die aktivierten Gründungskosten sind integral sofort nach dem Auflösungsbeschluss abzuschreiben.

Die Beträge, die nicht von den Aktionären oder Berechtigten bei Auflösung des oder der Teilfonds gefordert wurden, werden bei der Depotbank während eines Zeitraums von höchstens sechs Monaten nach diesem Tag verwahrt.

Nach dieser Frist werden diese Guthaben bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt.

#### 2) Liquidation durch Einbringen in einen anderen Teilfonds der Gesellschaft oder einen anderen OGA Luxemburger Rechts.

Der Verwaltungsrat kann, mit Ausnahme der Auflösung des letzten Teilfonds, welcher von einer Hauptversammlung unter den für Satzungsänderungen geltenden Beschlussfähigkeits- und Mehrheitsvorschriften beschlossen werden muss, die Auflösung eines oder mehrerer Teilfonds durch Einbringen in einen oder mehrere andere Teilfonds der Gesellschaft oder einen oder mehrere Teilfonds eines anderen OGA Luxemburg Rechts beschliessen, falls wesentliche Änderungen in der politischen oder wirtschaftlichen Lage nach Ermessen des Verwaltungsrats diese Entscheidung notwendig machen.

Während eines Mindestzeitraums von einem Monat nach dem Veröffentlichungstag des Einbringungsbeschlusses können die Aktionäre des oder der betroffenen Teilfonds die kostenlose Rücknahme ihrer Aktien beantragen.

Nach Ablauf dieser Frist verpflichtet die Entscheidung über das Einbringen die Gesamtheit der Aktionäre, die von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht haben. Falls der OGA, in den der oder die Teilfonds eingebracht werden, die Form eines Fonds Commun de Placement hat, verpflichtet diese Entscheidung lediglich die Aktionäre, die sich zugunsten der Einbringung ausgesprochen haben.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats über die einfache Liquidation oder einer Liquidation durch Einbringen werden in der Art und Weise, wie sie für die Finanzmitteilungen benutzt werden, veröffentlicht.

## **Kapitel VII - Änderung der Satzung - Anwendbares Recht**

### **Art. 34. Änderung der Satzung.**

Die vorliegende Satzung kann von einer Generalversammlung abgeändert werden, die gemäß den nach Luxemburger Recht vorgesehenen Bedingungen über Beschlussfähigkeit und Mehrheit tagt. Jede Änderung der Satzung, die die Rechte von Aktien in einem bestimmten Teilfonds gegenüber den Rechten der Aktien in anderen Teilfonds betrifft, sowie jede Änderung, die die Rechte der Aktien der verschiedenen Aktienklassen betrifft, unterliegt den Vorschriften über Beschlussfähigkeit und Mehrheit gemäß Artikel 68 des abgeänderten Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften.

### **Art. 35. Anwendbares Gesetz.**

Für alle Punkte, die in dieser Satzung nicht aufgeführt sind, verweisen die Parteien auf die und unterwerfen sich den Bestimmungen des Luxemburger Gesetzes vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften in seiner derzeit gültigen Fassung sowie des Gesetzes vom 30. März 1988 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen.

#### *Allgemeine Bestimmungen*

Für alle Punkte, die nicht in dieser Satzung festgelegt sind, verweisen die Gründer auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 10. August 1915, sowie auf die späteren Änderungen desselben.

#### *Übergangsbestimmungen*

Die erste jährliche Generalversammlung findet statt im Jahre 2002.

Das erste Geschäftsjahr beginnt am heutigen Tag und endet am 31. Dezember 2001.

#### *Kapitalzeichnung und Einzahlung*

Die Unterzeichneten haben die nachstehende Zahl von Aktien gezeichnet und die unten aufgestellten Summen in bar bezahlt.

|  |            |
|--|------------|
| 1) TRAFINA PRIVATBANK AG, 250 Aktien, Gegenwert von 16.317,50 EUR.....       | CHF 25.000 |
| 2) TRAFINA ASSET MANAGEMENT AG, 250 Aktien, Gegenwert von 16.317,50 EUR..... | CHF 25.000 |
| Total: 500 Aktien, Gegenwert von 32.635 EUR.....                             | CHF 50.000 |

Der Beweis dieser Zahlungen wurde dem unterzeichneten Notar vorgelegt.

#### *Bescheinigung - Schätzung - Kosten*

Der annähernde Betrag der Kosten, Ausgaben, Vergütungen und Auslagen, unter irgendwelcher Form, welche der Gesellschaft aus Anlaß gegenwärtiger Gründung erwachsen, ist abgeschätzt auf LUF 205.000,-.

*Generalversammlung*

Sodann haben die obengenannten Parteien, welche das gesamte gezeichnete Kapital vertreten, sich zu einer außergewöhnlichen Generalversammlung, zu der sie sich als ordentlich einberufen betrachten, zusammengefunden und einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

*Erster Beschluss*

Die nachstehenden Personen werden als Verwaltungsratsmitglieder bestellt bis zur nächsten Generalversammlung, welche im Jahre 2002 abgehalten wird.

1) Herr Michael Kiepert, Mitglied der Direktion/COO TRAFINA PRIVATBANK AG, Rennweg 50, CH-4052 Basel, Präsident.

2) Herr Stéphane D. Wüthrich, Geschäftsführer/Partner TRAFINA ASSET MANAGEMENT AG, Rennweg 50, CH-4052 Basel, Administrateur.

3) Herr Mario Keller, Membre du Comité de Direction BANQUE DE LUXEMBOURG, S.A., 14, boulevard Royal, L-2449 Luxembourg, Administrateur.

*Zweiter Beschluss*

Der Nachstehende wurde als Prüfer bestellt bis zur nächsten Generalversammlung, welche im Jahre 2002 abgehalten wird

- KPMG Audit, 31, allée Scheffer in L-2520 Luxembourg.

*Dritter Beschluss*

Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in L-2449 Luxembourg, 14, boulevard Royal.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Luxembourg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Komparenten, alle dem instrumentierenden Notar nach Namen, gebräuchlichem Vornamen, Stand und Wohnort bekannt, haben alle mit dem Notar die gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: T. Gutenkauf, J. Delvaux.

Enregistré à Luxembourg, le 5 février 2001, vol. 8CS, fol. 33, case 8. – Reçu 50.000 francs.

*Le Receveur* (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée, sur papier libre, à la demande de la société prénommée, aux fins de publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 8 février 2000.

J. Delvaux.

(12109/208/727) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 12 février 2001.

**DRUM S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-1471 Luxembourg, 398, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 65.281.

*Extrait des résolutions adoptées en date du 20 septembre 2000  
lors de la décision circulaire du Conseil d'Administration de la société*

En date du 20 septembre 2000, il a été décidé de transférer le siège social de la société du 11, avenue de la Gare, L-1611 Luxembourg au 398, route d'Esch, L-1471 Luxembourg.

Pour publication

Pour extrait conforme et sincère

Pour DRUM S.A.

P. Sganzerla

Enregistré à Luxembourg, le 26 septembre 2000, vol. 543, fol. 36, case 9. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur* (signé): J. Muller.

(51914/000/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 septembre 2000.

**LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM ADVISORY S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-2535 Luxembourg, 20, boulevard Emmanuel Servais.

## STATUTS

L'an deux mille un, le vingt-neuf janvier.

Par-devant Nous, Maître Jean-Joseph Wagner, notaire résidant à Sanem (Luxembourg).

Ont comparu:

1.- LE FOYER OTTAVIANI & ASSOCIES S.A., une société de droit luxembourgeois ayant son siège au 28 boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg,

ici représentée par Monsieur Pierre de Backer, Mandataire Commercial, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration sous seing privé, lui délivrée à Luxembourg, le 24 janvier 2001.

2.- Monsieur Cédric Biart, gestionnaire, demeurant 60, rue du Vert Coucou, B-1428 Lillois, Belgique, ici représenté par Monsieur Francis Nilles, Sous-Directeur, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration sous seing privé, lui délivrée à Luxembourg, le 24 janvier 2001.

3.- Monsieur Santiago van der Elst, juriste, demeurant 3, rue de Tuntange, L-7435 Hollenfels, Luxembourg,

4.- Madame Béatrice Dury-Gowan, Membre du Comité de Direction, LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES S.A., demeurant 60, rue du Verger, L-2665 Luxembourg.

5.- Monsieur Jean-Michel Willemaers, attaché de direction, demeurant 18A Vecmont, B-6980 Beausaint, ici représenté par Monsieur Francis Nilles, prénommé, en vertu d'une procuration sous seing privé, lui délivrée à Luxembourg, le 24 janvier 2001.

Les prédites procurations, après avoir été signées ne varietur par tous les comparants et le notaire instrumentant, resteront annexées au présent acte pour être formalisées avec lui.

Lesquels comparants, agissant ès-qualités, ont requis le notaire instrumentant d'arrêter les statuts (les «Statuts») d'une société (la «Société») qu'ils déclarent constituer entre eux comme suit:

**Art. 1<sup>er</sup>.** Il existe entre les souscripteurs et tous ceux qui deviennent propriétaires d'actions émises ci-après, une société ayant la forme d'une société anonyme portant la dénomination de LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM ADVISORY S.A. (ci-après la «Société»).

**Art. 2.** La Société est établie pour une période indéfinie. La Société peut être dissoute par une résolution des actionnaires, statuant comme en matière de modification des présents Statuts, comme il est stipulé dans l'Article vingt et un.

**Art. 3.** L'objet de la Société est de fournir des services de conseil à LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM SICAV, une société d'investissement à capital variable de droit luxembourgeois.

La Société n'aura pas d'activité industrielle et ne maintiendra pas d'établissement commercial ouvert au public.

Elle pourra faire toutes opérations jugées utiles pour l'accomplissement de son objet, tout en restant cependant dans les limites énoncées par la loi du trente et un juillet mil neuf cent vingt-neuf sur les sociétés holding.

**Art. 4.** Le siège social de la Société est établi à Luxembourg-Ville, au Grand-Duché de Luxembourg. Des succursales ou autres bureaux peuvent être établis au Luxembourg ou à l'étranger par une résolution du conseil d'administration.

Au cas où le conseil d'administration déciderait que des événements politiques, économiques ou sociaux extraordinaires se seraient produits ou seraient imminents qui compromettraient les activités normales du siège social de la Société, ou la facilité des communications entre ces bureaux et des personnes à l'étranger, le siège social pourra être temporairement transféré à l'étranger jusqu'à la cessation totale des circonstances anormales; ces mesures temporaires n'auront pas d'effet sur la nationalité de la Société qui, malgré le transfert temporaire de son siège social, restera une société luxembourgeoise.

**Art. 5.** Le capital social est fixé à soixante-quinze mille Euros (EUR 75.000,-), représenté par soixante-quinze (75) actions nominatives d'une valeur au pair de mille Euros (EUR 1.000,-) chacune.

La Société émettra des certificats nominatifs représentant les actions de la Société.

Un registre des actionnaires sera tenu au siège social de la Société. Ce registre indiquera le nom de chaque actionnaire, son lieu de résidence ou de domicile élu, le nombre d'actions qu'il détient, les montants payés sur chacune de ces actions, la cession d'actions et les dates de telles cessions.

La cession d'une action sera effectuée par une déclaration de cession écrite inscrite au registre des actionnaires; cette déclaration de cession devra être datée et signée par le cédant et le cessionnaire ou par toute personne détenant les pouvoirs nécessaires pour agir dans ce sens. La Société pourra également accepter comme preuve de cession d'autres instruments de cession qui apparaîtront satisfaisantes à la Société.

**Art. 6.** Le capital de la Société pourra être augmenté ou diminué par une résolution des actionnaires statuant comme en matière de modification des présents Statuts, comme stipulé à l'Article vingt et un ci-dessous.

**Art. 7.** Toute assemblée des actionnaires de la Société, régulièrement constituée, représente l'ensemble des actionnaires de la Société. Elle possède les pouvoirs les plus étendus pour exécuter et ratifier les actes en relation avec les transactions de la Société.

L'assemblée générale ordinaire des actionnaires se tiendra, selon la loi luxembourgeoise, à Luxembourg au siège de la Société, ou à tout autre endroit à Luxembourg qui sera spécifié dans l'avis de convocation, le deuxième mardi du mois d'avril de chaque année à 13h30 et pour la première fois en 2002. Si ce jour s'avérait être un jour férié, l'assemblée générale ordinaire sera tenue le jour ouvrable suivant. L'assemblée générale ordinaire peut être tenue à l'étranger si, selon le jugement formel et définitif de la part du conseil d'administration, des circonstances exceptionnelles l'exigent.

Les autres assemblées d'actionnaires peuvent être tenues aux endroits et jours qui seront spécifiés dans les avis de convocation respectifs.

**Art. 9.** Les prescriptions légales de quorum et des délais régissent l'avis de convocation et le déroulement des assemblées des actionnaires de la Société, à moins qu'il n'en soit stipulé autrement dans ces Statuts.

Chaque action a droit à un vote sous réserve des limites imposées par la loi. Un actionnaire peut agir dans toute assemblée d'actionnaires par la désignation d'une autre personne comme son mandataire par écrit ou par câble ou par télégramme ou par télex.

S'il n'en est autrement disposé par la loi, les résolutions d'une assemblée d'actionnaires dûment convoquée sont prises à la simple majorité des actionnaires présents et votants.

Le conseil d'administration déterminera toutes les autres conditions à remplir par les actionnaires pour qu'ils puissent participer aux assemblées des actionnaires.

**Art. 10.** Les actionnaires se réuniront sur convocation du conseil d'administration par voie d'un avis comportant l'ordre du jour envoyé par lettre au moins huit jours avant l'assemblée à chaque actionnaire à son adresse inscrite sur le Registre des actionnaires et publié conformément aux prescriptions de la loi luxembourgeoise.

Cependant, si tous les actionnaires sont présents ou représentés à une assemblée d'actionnaires, et s'ils déclarent avoir été informés de l'ordre du jour de l'assemblée, l'assemblée pourra se tenir sans avis préalable ou publication.

**Art. 11.** La Société est administrée par un conseil d'administration composé d'au moins 3 administrateurs qui ne doivent pas être actionnaires de la Société.

Les administrateurs sont élus par les actionnaires au cours de l'assemblée générale ordinaire pour une période se terminant à l'assemblée générale ordinaire suivante et jusqu'à ce que leurs successeurs aient été élus et soient dûment qualifiés, à condition, cependant, qu'un administrateur puisse, avec ou sans indication de cause, être révoqué et/ou remplacé à tout moment par une résolution des actionnaires.

Les premiers administrateurs sont élus par l'assemblée générale des actionnaires immédiatement après la formation de la Société et resteront en fonction jusqu'à l'assemblée générale ordinaire des actionnaires de l'an deux mille deux et jusqu'au moment de l'élection de leurs successeurs.

En cas de vacance de la charge d'un administrateur pour des raisons de décès, retraite ou autre, les administrateurs restants peuvent se réunir et élire, par une majorité des voix, un administrateur qui occupera cette vacance jusqu'à l'assemblée des actionnaires suivante.

**Art. 12.** Le conseil d'administration peut choisir parmi ses membres un président et pourra choisir parmi ses membres un ou plusieurs vice-présidents. Il pourra également choisir un secrétaire, qui ne doit pas être administrateur et qui aura la responsabilité de dresser le procès-verbal de la réunion du conseil d'administration et de l'assemblée des actionnaires. Le conseil d'administration se réunira sur convocation de deux administrateurs quelconques à l'endroit indiqué dans l'avis de convocation.

Si un président est nommé, il présidera à toutes les assemblées des actionnaires et réunions du conseil d'administration, mais sans président, ou en son absence, les actionnaires ou administrateurs pourront désigner tout administrateur, ou dans l'hypothèse d'une assemblée générale, toute autre personne, comme président pro tempore par vote de la majorité présente à une telle assemblée ou réunion.

Le conseil d'administration pourra désigner périodiquement les dirigeants de la Société, y compris un directeur général, le secrétaire et tous directeurs généraux adjoints, secrétaires adjoints, des comités consultatif ou exécutif ou tous autres dirigeants qu'il considère comme nécessaires au fonctionnement et à la gestion de la Société. Toute personne ainsi nommée pourra être révoquée à tout moment par le conseil d'administration. Les directeurs ne doivent pas être des administrateurs ou actionnaires de la Société. Les directeurs nommés auront les pouvoirs et devoirs leur conférés par le conseil d'administration à moins qu'il n'en soit stipulé autrement dans ces Statuts.

Les avis écrits convoquant les réunions du conseil d'administration seront envoyés à tous les administrateurs au moins vingt-quatre heures avant l'heure fixée pour cette réunion, excepté dans des circonstances d'urgence, auquel cas la nature de ces circonstances sera énoncée dans l'avis pour la réunion. Il pourrait être renoncé à cet avis par consentement écrit ou par câble, télégramme ou télex de chacun des administrateurs. Des avis séparés ne seront pas requis pour des réunions individuelles qui se tiendront à des moments et endroits prescrits dans un plan préalablement adopté par une résolution du conseil d'administration.

Tout administrateur pourra agir dans toute réunion du conseil d'administration par la nomination écrite ou par câble, télégramme ou télex d'un autre administrateur comme son mandataire. Un administrateur pourra agir en tant que mandataire pour plusieurs autres administrateurs.

Une conversation téléphonique conférence, dans laquelle participe un quorum des administrateurs, sera une réunion régulière de ces administrateurs, sous condition qu'un procès-verbal de la réunion soit dressé et approuvé par tous les administrateurs participant à cette conversation.

Le conseil d'administration peut délibérer ou agir valablement uniquement si au moins deux administrateurs sont présents ou représentés à la réunion du conseil d'administration. Les décisions seront prises à la majorité des votes des administrateurs présents ou représentés à cette réunion. Si, lors de la réunion d'un conseil d'administration, le nombre des votes pour ou contre une résolution devait être ex aequo, le président de l'assemblée aura la voix prépondérante.

Les résolutions signées par tous les membres du conseil seront aussi valables et effectives comme si elles avaient été prises dans une réunion dûment convoquée et tenue. Ces signatures peuvent être données sur un document unique ou des exemplaires multiples d'une résolution identique et peuvent être prouvées par lettres, câbles, télégrammes, télex, transmissions en fac-similés ou des moyens analogues.

**Art. 13.** Les procès-verbaux des réunions du conseil d'administration seront signés par le président pro tempore ayant présidé à la réunion.

Les expéditions ou extraits des procès-verbaux dans des procédures juridiques ou autres seront signés par le président, ou par le secrétaire ou par deux directeurs.

**Art. 14.** Sous réserve de ce qui est mentionné au dernier paragraphe de l'article douze, le conseil peut seulement agir dans des réunions dûment convoquées du conseil d'administration. Le conseil d'administration aura le pouvoir de déterminer la politique de la Société et la conduite de sa gestion et de ses affaires. Les administrateurs ne peuvent cependant engager la Société par leurs actes individuels, à moins qu'une résolution du conseil d'administration ne le permette spécifiquement.

Le conseil d'administration peut déléguer ses pouvoirs pour la gestion quotidienne et les affaires de la Société et ses pouvoirs d'exécuter des actes pour l'accomplissement de la politique et l'objet de la Société à des administrateurs ou dirigeants de la Société.

**Art. 15.** Aucun contrat ni aucune autre transaction entre la Société et une autre société ou firme ne pourra être vicié ou invalidé par le fait qu'un ou plusieurs des administrateurs ou dirigeants de la Société y ait un intérêt, ou soit administrateur, associé, dirigeant ou employé de cette autre société ou firme.

Tout administrateur ou dirigeant de la Société qui sert en qualité d'administrateur, dirigeant ou employé de toute société ou firme avec laquelle la Société entre ou autrement s'engage dans des affaires, ne sera pas, par raison de telle affiliation avec cette autre société ou firme, dans l'impossibilité matérielle de délibérer ou voter ou agir concernant des sujets relatifs à de tels contrats ou autres affaires.

Si un administrateur ou dirigeant de la Société peut avoir un intérêt personnel dans une transaction de la Société, cet administrateur ou dirigeant communiquera cet intérêt personnel au conseil d'administration et ne prendra part aux délibérations ou au vote sur cette transaction, et une transaction de cette nature, et l'intérêt de l'administrateur ou du dirigeant dans cette transaction seront rapportés à l'assemblée des actionnaires immédiatement suivante.

La Société peut garantir un administrateur ou dirigeant, ainsi que ses héritiers, exécuteurs et administrateurs, contre des frais raisonnablement encourus par lui en relation avec une action, un procès ou une poursuite dans lesquels il pourrait être mis en cause par suite d'être ou d'avoir été administrateur ou dirigeant de la Société ou, sur sa demande, de toute autre société dont la Société est actionnaire ou créancier et dans laquelle il n'a pas le droit d'être garanti, excepté en relation avec des sujets sur lesquels il sera finalement déclaré dans l'action, le procès ou les poursuites responsable de faute grave ou de mauvaise gestion; en cas d'arrangement, la garantie est donnée uniquement en relation avec les sujets couverts par l'arrangement pour lequel la Société est informée par voie d'avocat que la personne à être garantie n'a pas commis ce manquement au devoir. Le droit de garantie ci-dessus n'exclut pas d'autres droits auxquels il pourrait avoir droit.

**Art. 16.** La Société sera engagée par les cosignatures de deux administrateurs ou dirigeants quelconques auxquels l'autorité a été déléguée par le conseil d'administration.

**Art. 17.** Les opérations de la Société, et particulièrement ses livres et affaires fiscales et la déclaration définitive d'impôts ou autres rapports exigés par les lois du Luxembourg, sont supervisés par un commissaire aux comptes. Le commissaire aux comptes sera élu par l'assemblée générale ordinaire des actionnaires pour une période se terminant à la date de l'assemblée générale ordinaire des actionnaires suivante et jusqu'à l'élection de son successeur. Le commissaire aux comptes restera en fonction jusqu'à sa réélection ou l'élection de son successeur.

Le premier commissaire aux comptes sera élu par l'assemblée générale des actionnaires immédiatement après la formation de la Société et restera en fonction jusqu'à l'assemblée générale ordinaire des actionnaires de l'an deux mille deux et l'élection de son successeur.

Le commissaire aux comptes en fonction peut être révoqué à tout moment par les actionnaires avec ou sans indication de cause.

**Art. 18.** L'année fiscale de la Société commencera le 1<sup>er</sup> janvier et se terminera le 31 décembre de chaque année, à l'exception de la première année fiscale, qui débute à la date de la formation de la Société et se terminera le 31 décembre 2001.

**Art. 19.** Du bénéfice net annuel de la Société, cinq pour cent (5%) seront affectés à la réserve prescrite par la loi. Cette affectation cessera dès que cette superréserve s'élève à dix pour cent (10%) du capital de la Société comme indiqué à l'Article cinq de ces Statuts ou selon qu'il est augmenté ou diminué périodiquement selon l'Article six ci-dessus.

L'assemblée générale des actionnaires déterminera la manière de laquelle le solde des bénéfices annuels nets sera réparti et sera seule à déclarer périodiquement des dividendes.

Les dividendes déclarés peuvent être payés en euros ou en toute autre devise sélectionnée par le conseil d'administration et pourront être payés aux endroits et jours comme déterminés par le conseil d'administration. Le conseil d'administration pourra faire une détermination finale du taux de change applicable pour convertir les dividendes dans la devise de leur paiement.

Des dividendes intérimaires peuvent être payés en conformité avec les dispositions de la loi luxembourgeoise.

**Art. 20.** En cas de dissolution de la Société, la liquidation peut être effectuée par un ou plusieurs liquidateurs (qui peuvent être des personnes physiques ou entités juridiques) désigné(s) par l'assemblée des actionnaires décidant cette dissolution et déterminant leurs pouvoirs et honoraires.

**Art. 21.** Ces Statuts peuvent être modifiés périodiquement par une assemblée des actionnaires sous réserve des prescriptions de quorum et de vote prévues par les lois luxembourgeoises.

**Art. 22.** Tous les sujets non régis par les présents Statuts sont déterminés selon la loi du dix août mil neuf cent quinze sur les sociétés commerciales et ses amendements.

#### *Souscription et paiement*

Le capital initial a été souscrit comme suit:

1.- LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES S.A., prédésignée, a souscrit à cinquante-neuf (59) actions de LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM ADVISORY S.A. et a payé mille Euros (EUR 1.000,-) par action, résultant en un paiement total de cinquante-neuf mille Euros (EUR 59.000,-).

2.- Monsieur Cédric Biart, prénommé, a souscrit à quatre (4) actions de LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM ADVISORY S.A. et a payé mille Euros (EUR 1.000,-) par action, résultant en un paiement total de quatre mille Euros (EUR 4.000,-).

3.- Monsieur Santiago van der Elst, prénommé, a souscrit à quatre (4) actions de LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM ADVISORY S.A. et a payé mille Euros (EUR 1.000,-) par action, résultant en un paiement total de quatre mille Euros (EUR 4.000,-).

5.- Madame Béatrice Dury-Gowan, prénommée, a souscrit à quatre (4) actions de LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM ADVISORY S.A. et a payé mille Euros (EUR 1.000,-) par action, résultant en un paiement total de quatre mille Euros (EUR 4.000,-).

6.- Monsieur Jean-Michel Willemaers, prénommé, a souscrit à quatre (4) actions de LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM ADVISORY S.A. et a payé mille Euros (EUR 1.000,-) par action, résultant en un paiement total de quatre mille Euros (EUR 4.000,-).

Les preuves des paiements totalisant soixante-cinq mille Euros (EUR 75.000,-) ont été données au notaire soussigné.

#### *Frais*

Les frais qui incombent à la Société en raison de sa constitution sont estimés à environ à cent mille francs luxembourgeois.

Pour les besoins de l'enregistrement le capital social souscrit équivaut à trois millions vingt-cinq mille quatre cent quatre-vingt-treize francs luxembourgeois (LUF 3.025.493,-).

#### *Assemblée Générale des Actionnaires*

Les personnes ci-avant désignées, représentant l'intégralité du capital souscrit et se considérant comme dûment convoquées, se sont sur le champ constituées en assemblée générale et ont pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

1. Les personnes suivantes sont nommées administrateurs:

1.- Monsieur André Verdickt, Membre du Comité de Direction, LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES S.A., demeurant à L-1840 Luxembourg, 28, boulevard Joseph II.

2.- Madame Béatrice Dury-Gowan, Membre du Comité de Direction, LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES S.A., demeurant à L-2665 Luxembourg, 60, rue du Verger.

3.- Monsieur Louis Ottaviani, Administrateur-Délégué, LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES S.A., demeurant à L-1840 Luxembourg, 28, boulevard Joseph II.

2. La société suivante a été désignée en qualité de commissaire aux comptes de la Société:

PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., Espace Ariane, 400, route d'Esch, L -1471 Luxembourg Grand-Duché de Luxembourg

Le renouvellement des mandats des administrateurs et commissaire est soumis à décision de l'assemblée générale annuelle qui se tiendra en 2002.

3) Le siège social de la Société est fixé au 20, boulevard Emmanuel Servais à Luxembourg.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg à la date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants connus du notaire instrumentaire par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, tous ont signé le présent acte avec Nous, notaire.

Signé: P. De Backer, F. Nilles, S. van der Elst, B. Dury-Gowan, J.J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 29 janvier 2001, vol. 857, fol. 3, case 12. – Reçu 30.255 francs.

*Le Receveur ff. (signé): Oehmen.*

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 29 janvier 2001.

J.J. Wagner.

(08670/239/252) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 janvier 2001.

### **LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Siège social: L-2535 Luxembourg, 20, boulevard Emmanuel Servais.

#### STATUTS

L'an deux mille un, le vingt-neuf janvier.

Par-devant Nous, Maître Jean-Joseph Wagner, notaire de résidence à Sanem (Luxembourg).

Ont comparu:

1) LE FOYER OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM ADVISORY S.A., une société de droit luxembourgeois, ayant son siège 20, boulevard Emmanuel Servais, L-2535 Luxembourg,

ici représentée par Monsieur Pierre de Backer, Mandataire Commercial, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration sous seing privé, lui délivrée à Luxembourg, le 29 janvier 2001.

2) Monsieur Santiago van der Elst, juriste, demeurant 3, rue de Tuntange, L-7435 Hollenfels, Luxembourg.

La précitée procuration, après avoir été signée ne varietur par tous les comparants et le notaire instrumentant, restera annexée au présent acte pour être formalisée avec lui.

Lesquels comparants, agissant ès-qualités, ont requis le notaire instrumentant d'arrêter les statuts (les «Statuts») d'une société (la «Société») qu'ils déclarent constituer entre eux comme suit:

#### **Art. 1<sup>er</sup>. Dénomination.**

Il existe entre les souscripteurs et tous ceux qui deviendront actionnaires, une société en la forme d'une société anonyme sous le régime d'une société d'investissement à capital variable sous la dénomination LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM SICAV (ci-après dénommée «la Société»).

#### **Art. 2. Durée.**

La Société est établie pour une période indéterminée.

Elle peut être dissoute par décision de l'assemblée générale statuant en matière de modification des statuts.

### **Art. 3. Objet.**

L'objet exclusif de la Société est de placer les fonds dont elle dispose en valeurs mobilières et en toutes autres valeurs prévues par la loi dans le but de répartir les risques d'investissement et de faire bénéficier ses actionnaires des résultats de la gestion de ses actifs.

La Société peut prendre toutes mesures et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement et au développement de son but au sens le plus large dans le cadre de la loi du 30 mars 1988 relative aux organismes de placement collectif.

La Société est composée de compartiments dont chacun représente une entité d'actifs et de passifs spécifiques et relève d'une politique d'investissement séparée.

- Cogestion et Pooling.

Pour assurer une gestion efficace, le Conseil d'Administration de la Société (ci-après dénommé «le Conseil d'Administration») peut décider de gérer (technique du pooling) les actifs d'un ou plusieurs compartiments avec ceux d'autres compartiments de la Société ou de cogérer l'entiereté ou une Partie des Actifs, à l'exception d'une réserve en liquidités, si nécessaire, d'un ou de plusieurs compartiments de la Société avec les actifs d'autres fonds d'investissement luxembourgeois ou d'un ou de plusieurs compartiments d'autres fonds d'investissement luxembourgeois (ci-après dénommés «la (les) Partie(s) aux Actifs en Cogestion») pour lesquels le dépositaire de la Société a été désigné comme banque dépositaire. La Cogestion des Actifs se fera en accord avec la politique d'investissement respective des Parties aux Actifs en Cogestion, dont chacune poursuit des objectifs identiques ou comparables. Le conseil d'administration de chaque Partie aux Actifs en Cogestion s'assurera que les restrictions de toutes les Parties à la Cogestion telles que décrites dans leur prospectus respectif soient respectées.

Chaque Partie aux Actifs en Cogestion participera dans les Actifs en Cogestion proportionnellement à sa contribution aux Actifs en Cogestion. Les actifs seront attribués à chaque Partie aux Actifs en Cogestion au prorata de sa contribution aux Actifs en Cogestion. Les droits de chaque Partie aux Actifs en Cogestion qui y participe s'appliquent à chacune des lignes des investissements desdits Actifs en Cogestion.

Lesdits Actifs en Cogestion seront constitués par le transfert de liquidités ou, le cas échéant, d'autres actifs de chacune des Parties aux Actifs en Cogestion. Par la suite, le Conseil d'Administration peut, régulièrement, procéder à des transferts ultérieurs vers les Actifs en Cogestion. Les Actifs peuvent également faire l'objet d'un retransfert à une Partie aux Actifs en Cogestion à concurrence du montant de la participation de ladite Partie aux Actifs en Cogestion.

Les dividendes, intérêts et autres distributions ayant la nature d'un revenu généré dans le cadre de la Cogestion d'Actifs seront dus à la Partie aux Actifs en Cogestion en proportion de sa participation respective. De tels revenus peuvent être gardés par la Partie aux Actifs en Cogestion qui y participe ou être réinvestis dans les Actifs en Cogestion.

Tous les frais et dépenses encourus dans le cadre de la Cogestion des Actifs seront appliqués à ces Actifs en Cogestion. De tels frais et dépenses seront attribués à chaque Partie aux Actifs en Cogestion dans la mesure de ses droits respectifs à l'égard des Actifs en Cogestion.

Dans le cas d'une infraction aux restrictions d'investissement touchant un compartiment de la Société, lorsqu'un tel compartiment participe à la Cogestion et même si les restrictions d'investissement s'appliquant aux Actifs en Cogestion en question sont respectées, le Conseil d'Administration de la Société demandera au gestionnaire des Actifs en Cogestion de réduire l'investissement en cause proportionnellement à la participation du compartiment concerné dans les Actifs en Cogestion ou diminuera sa participation aux Actifs en Cogestion afin que, au niveau du compartiment, les restrictions d'investissement soient respectées.

Lors de la dissolution de la Société ou lorsque le Conseil d'Administration de la Société décidera - sans avis préalable - de retirer la participation de la Société ou d'un compartiment de la Société des Actifs en Cogestion, les Actifs en Cogestion seront alloués aux Parties aux Actifs en Cogestion proportionnellement à leur participation respective aux Actifs en Cogestion.

L'investisseur devra être conscient du fait que de tels Actifs en Cogestion sont uniquement utilisés pour assurer une gestion efficace pour autant que toutes les Parties aux Actifs en Cogestion aient la même banque dépositaire. Les Actifs en Cogestion ne constituent pas des entités juridiques distinctes et ne sont pas directement accessibles aux investisseurs. Néanmoins, les actifs et les passifs de chacun des compartiments de la Société seront à tout moment séparés et identifiables.

### **Art. 4. Siège social.**

Le siège social est établi à Luxembourg, il peut être créé par simple décision du Conseil d'Administration des succursales ou bureaux, tant dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger.

Au cas où le Conseil d'Administration estimerait que des événements extraordinaires d'ordre politique ou militaire, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée avec ce siège ou de ce siège avec l'étranger se sont produits ou sont imminents, il pourra transférer provisoirement le siège social à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales; cette mesure provisoire n'aura toutefois aucun effet sur la nationalité de la Société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège social, restera luxembourgeoise.

### **Art. 5. Capital social.**

Le capital de la Société est à tout moment égal au total des actifs nets des différents compartiments de la Société tels que définis par l'article 10 des présents statuts.

Le capital social initial de la Société est fixé à cinquante et un mille euros (EUR 51.000), entièrement libéré et représenté par cinquante et une (51) actions sans valeur nominale. Les actions de chacun des compartiments du fonds d'investissement constitueront des classes d'actions différentes.

Le capital minimum de la Société est l'équivalent en euro de cinquante millions de francs luxembourgeois (LUF 50.000.000) et devra être atteint dans les six mois suivant l'agrément de la Société en tant qu'organisme de placement collectif de droit luxembourgeois.

Le Conseil d'Administration se réserve le droit de créer de nouveaux compartiments et d'en fixer la politique d'investissement.

**Art. 6. Variations du capital.**

Le montant du capital est égal à tout moment à la valeur de l'actif net de la Société. Il est également susceptible d'augmentations résultant de l'émission par la Société de nouvelles actions et de diminutions consécutives au rachat d'actions par la Société aux actionnaires qui en font la demande.

**Art. 7. Forme des actions.**

La Société pourra émettre des actions de chaque compartiment sous forme nominative et/ou au porteur. Pour les actions nominatives, l'actionnaire recevra uniquement une confirmation de son actionnariat.

La Société pourra imposer le paiement d'une commission à tout investisseur demandant des certificats au porteur, en compensation des frais liés à l'émission desdits titres. Les certificats d'actions seront signés par deux administrateurs. Les deux signatures pourront être soit manuscrites, soit imprimées, soit apposées au moyen d'une griffe. Toutefois, l'une des signatures pourra être apposée par une personne déléguée à cet effet par le Conseil d'Administration; en ce cas, elle doit être manuscrite. La Société pourra émettre des certificats provisoires dans les formes qui seront déterminées de temps à autre par le Conseil d'Administration.

Les actions ne seront émises que sur acceptation de la souscription. Les certificats d'actions ne seront livrés qu'après réception du prix d'achat.

Le paiement des dividendes se fera aux actionnaires: pour les actions nominatives, à l'adresse portée au registre des actionnaires et pour les actions au porteur, sur présentation du coupon de dividende adéquat.

Toutes les actions, autres que celles au porteur, émises par la Société, seront inscrites au registre des actionnaires qui sera tenu par la Société ou par une ou plusieurs personnes désignées à cet effet par la Société; l'inscription doit indiquer le nom de chaque propriétaire d'actions nominatives, sa résidence ou son domicile élu et le nombre d'actions nominatives qu'il détient.

Tout transfert d'actions nominatives sera inscrit au registre des actionnaires.

Le transfert d'actions au porteur se fera par la remise du certificat d'action au porteur correspondant.

Le transfert d'actions nominatives se fera par une déclaration de transfert écrite portée au registre des actionnaires, datée et signée par le cédant et le cessionnaire, ou par leurs mandataires justifiant des pouvoirs requis.

Tout actionnaire nominatif devra fournir à la Société une adresse à laquelle toutes les communications et toutes les informations de la Société pourront être envoyées. Cette adresse sera également inscrite au registre des actionnaires.

Au cas où un actionnaire en nom ne fournit pas d'adresse à la Société, mention pourra en être faite au registre des actionnaires, et l'adresse de l'actionnaire sera censée être au siège social de la Société ou à telle autre adresse qui sera fixée périodiquement par la Société, ceci jusqu'à ce qu'une autre adresse soit fournie par l'actionnaire. L'actionnaire pourra à tout moment faire changer l'adresse portée au registre des actionnaires par une déclaration écrite envoyée à la Société à son siège social, ou à telle autre adresse qui pourra être fixée par la Société.

Si le paiement fait par un souscripteur a pour résultat l'attribution de droits sur des fractions d'actions, le souscripteur n'aura pas droit de vote à concurrence de cette fraction, mais aura droit, dans la mesure que la Société déterminera quant au mode de calcul des fractions, à un prorata de dividendes, du produit de rachat ou de liquidation. En ce qui concerne les actions au porteur, il ne sera émis que des certificats représentatifs d'actions entières.

La Société ne reconnaîtra qu'un seul actionnaire par action de la Société. En cas de nue-propriété et d'usufruit, la Société pourra suspendre l'exercice des droits dérivant de l'action ou des actions concernées jusqu'au moment où une personne aura été désignée par les copropriétaires pour les représenter ou nu-propriétaires et usufruitiers vis-à-vis de la Société.

Les actions peuvent être détenues conjointement; toutefois, la Société ne reconnaîtra qu'une seule personne disposant d'un droit à exercer les droits attachés à chacune des actions de la Société. Sauf décision contraire du Conseil d'Administration, la personne habilitée à exercer lesdits droits sera celle dont le nom figure en premier lieu dans le bulletin de souscription ou, dans le cas d'actions au porteur, la personne titulaire du certificat d'action correspondant.

**Art. 8. Perte ou destruction des certificats d'actions.**

Lorsqu'un actionnaire peut justifier à la Société que son certificat d'action a été égaré ou détruit, un duplicata peut être émis à sa demande aux conditions et garanties que la Société déterminera, notamment sous forme d'une assurance, sans préjudice de toute autre forme de garantie que la Société pourra choisir. Dès l'émission du nouveau certificat sur lequel il sera mentionné qu'il s'agit d'un duplicata, le certificat original n'aura plus aucune valeur.

Les certificats d'actions endommagés ou détériorés peuvent être échangés sur ordre de la Société. Ces certificats endommagés ou détériorés seront remis à la Société et annulés sur-le-champ.

La Société peut, à son gré, mettre en compte à l'actionnaire le coût du duplicata ou du nouveau certificat et de toutes les dépenses justifiées encourues par la Société en relation avec l'émission et l'inscription au registre ou avec la destruction de l'ancien certificat.

**Art. 9. Limitations à la propriété d'actions.**

Le Conseil d'Administration se réserve le droit: (i) d'accepter ou de refuser toute demande en tout ou en partie quelle qu'en soit la raison; (ii) de limiter la distribution des actions d'un compartiment donné à des pays spécifiques; et (iii) de racheter des actions détenues par des personnes non autorisées à acheter ou à posséder des actions de la Société.

A cet effet, la Société pourra:

a) refuser l'émission d'actions et l'inscription du transfert d'actions lorsqu'il apparaît que cette émission ou ce transfert aurait ou pourrait avoir pour conséquence d'attribuer la propriété de l'action à une personne qui n'est pas autorisée à détenir des actions de la Société.

b) demander, à tout moment, à toute personne figurant au registre des actionnaires, ou à toute autre personne qui demande à y faire inscrire le transfert d'actions, de lui fournir tous renseignements et certificats qu'elle estime nécessaires, éventuellement appuyés d'une déclaration sous serment, en vue de déterminer si ces actions appartiennent ou vont appartenir en propriété effective à une personne qui n'est pas autorisée à détenir des actions de la Société, et

c) procéder au rachat forcé de toutes les actions s'il apparaît qu'une personne qui n'est pas autorisée à détenir des actions de la Société, soit seule, soit ensemble avec d'autres personnes, est propriétaire d'actions de la Société ou procéder au rachat forcé de tout ou d'une partie des actions, s'il apparaît à la Société qu'une ou plusieurs personnes sont propriétaires d'une proportion des actions de la Société d'une manière à rendre applicables à la Société des lois fiscales ou autres, de juridictions autres que le Luxembourg. Dans ce cas, la procédure suivante sera appliquée:

1. la Société enverra un avis (appelé ci-après «l'avis de rachat») à l'actionnaire possédant les actions ou apparaissant au registre des actionnaires comme étant le propriétaire des actions à racheter; l'avis de rachat spécifiera les titres à racheter, le prix de rachat à payer et l'endroit où ce prix sera payable. L'avis de rachat peut être envoyé à l'actionnaire par lettre recommandée adressée à sa dernière adresse connue ou à celle inscrite au registre des actionnaires. L'actionnaire en question sera obligé de remettre à la Société sans délai le ou les certificats, s'il y en a, représentant les actions spécifiées dans l'avis de rachat.

Dès la fermeture des bureaux au jour spécifié dans l'avis de rachat, l'actionnaire en question cessera d'être le propriétaire des actions spécifiées dans l'avis de rachat; et s'il s'agit d'actions nominatives, son nom sera rayé en tant que titulaire de ces actions du registre des actionnaires; et s'il s'agit d'actions au porteur, le ou les certificats représentatifs de ces actions seront annulés dans les livres de la Société;

2. le prix auquel les actions spécifiées dans l'avis de rachat seront rachetées («le prix de rachat»), sera égal à la valeur nette des actions de la Société, valeur déterminée conformément à l'article 10. Il des présents statuts au jour de l'avis de rachat;

3. le paiement du prix de rachat sera effectué dans la devise du compartiment concerné ou en toute autre devise librement échangeable, au taux de change appliqué pour la devise concernée au jour de la date du paiement, au propriétaire de ces actions; le prix sera déposé par la Société auprès d'une banque, à Luxembourg ou ailleurs (telle que spécifiée dans l'avis de rachat), qui le remettra à l'actionnaire en question contre remise du ou des certificats, s'il y en a, représentant les actions désignées dans l'avis de rachat. Dès après le dépôt du prix dans ces conditions, aucune personne intéressée dans les actions mentionnées dans l'avis de rachat ne pourra faire valoir de droit sur ces actions, ni ne pourra exercer aucune action contre la Société et ses avoirs, sauf le droit de l'actionnaire, apparaissant comme étant le propriétaire des actions, de recevoir le prix déposé (sans intérêt) à la banque contre remise du ou des certificats, s'il ont été émis;

4. l'exercice, par la Société, des pouvoirs conférés au présent article ne pourra en aucun cas être mis en question ou invalidé pour le motif qu'il n'y avait pas de preuve suffisante de la propriété des actions dans le chef d'une personne que ne l'avait admis la Société en envoyant l'avis de rachat, à la seule condition que la Société exerce ses pouvoirs de bonne foi; et

d) la Société pourra refuser, lors de toute Assemblée d'Actionnaires, le droit de vote à toute personne qui n'est pas autorisée à détenir des actions de la Société.

#### **Art. 10. Valeur de l'actif net.**

La valeur de l'actif net des actions de chaque compartiment est calculée au minimum une fois par mois, à Luxembourg, sous la responsabilité du Conseil d'Administration, par une personne juridique mandatée par la Société.

Elle est exprimée dans la devise de référence de chacun des compartiments et est déterminée, le cas échéant, en divisant le montant des actifs nets de chaque compartiment par le nombre d'actions du compartiment concerné en circulation à la date de l'évaluation, en arrondissant vers le haut ou vers le bas à l'unité la plus proche de la devise de référence du compartiment.

Les actifs nets totaux de la Société s'expriment en euro et la consolidation des divers compartiments s'obtient par conversion des actifs nets des divers compartiments en euros et par addition de ceux-ci.

L'évaluation des actifs nets des différents compartiments de la Société se fera de la façon suivante:

I. Les actifs de la Société comprendront notamment:

1. toutes les espèces en caisse ou en dépôt, y compris les intérêts échus non encore touchés et les intérêts courus sur ces dépôts jusqu'au jour d'évaluation;

2. tous les effets et billets payables à vue et les comptes à recevoir (y compris les résultats de la vente de titres dont le prix n'a pas encore été touché);

3. tous les titres, parts, actions, obligations, droits d'option ou de souscription et autres investissements et valeurs mobilières qui sont la propriété de la Société;

4. tous les dividendes et distributions à recevoir par la Société en espèces ou en titres dans la mesure où la Société en avait connaissance;

5. tous les intérêts échus non encore perçus et tous les intérêts produits jusqu'au jour d'évaluation par les titres qui sont la propriété de la Société, sauf si ces intérêts sont compris dans le principal de ces valeurs;

6. les frais d'établissement de la Société, dans la mesure où ils n'ont pas été amortis;

7. tous les autres actifs de quelque nature qu'ils soient, y compris les dépenses payées d'avance.

La valeur de ces actifs sera déterminée de la façon suivante:

a) La valeur des espèces en caisse ou en dépôt, des effets et billets payables à vue et des comptes à recevoir, des dépenses payées d'avance et des dividendes et intérêts annoncés ou venus à échéance, mais non encore touchés, sera constituée par la valeur nominale de ces avoirs, sauf s'il s'avère improbable que cette valeur puisse être touchée; dans ce dernier cas, la valeur sera déterminée en retranchant tel montant que le Conseil d'Administration estimera adéquat en vue de refléter la valeur réelle de ces avoirs.

b) L'évaluation de toute valeur (y compris les contrats à terme (futures et forward) ou d'options) admise à une cote officielle ou sur un marché réglementé, en fonctionnement régulier, reconnu et ouvert au public («Marché Réglementé») est basée sur le dernier cours connu à Luxembourg au jour d'évaluation et, si cette valeur est traitée sur plusieurs marchés, sur base du dernier cours connu du marché principal de cette valeur; si le dernier cours connu n'est pas représentatif, l'évaluation se basera sur une autre source de prix adéquate, ou, en l'absence d'une telle source de prix, sur la valeur probable de réalisation que le Conseil d'Administration estimera avec prudence et bonne foi.

c) Les valeurs (y compris les contrats à terme (futures et forward) ou d'options) non cotées ou non négociées sur un marché boursier ou sur un Marché Réglementé seront évaluées sur base de sources de prix adéquates ou, en l'absence de telles sources de prix, sur base de la valeur probable de réalisation que le Conseil d'Administration estimera avec prudence et bonne foi.

d) Les valeurs exprimées en une autre devise que la devise d'expression du compartiment concerné seront converties sur base du taux de change moyen de la devise concernée.

e) Les parts d'organismes de placement collectif sont évaluées sur base de leur dernière valeur nette d'inventaire disponible à Luxembourg.

f) Les swaps sont valorisés selon leur prix de marché établi par référence à la courbe du taux d'intérêt applicable.

Concernant la détermination de la valeur des actifs de la Société, l'agent administratif se base sur des informations reçues de diverses sources de cotation (dont les agents administratifs des fonds et les courtiers) et les directives reçues du Conseil d'Administration de la Société. En cas d'absence d'erreurs manifestes et avec tout le soin et la diligence requis en la matière, l'agent administratif ne doit pas être tenu pour responsable de la justesse des évaluations fournies par lesdites sources de cotation, étant entendu que, pour ce qui concerne les titres non cotés dont il est fait référence sous le point c) ci-dessus et les titres dont il est fait référence sous le point b) ci-dessus pour lesquels le dernier cours connu sur le marché principal de la valeur concernée n'est pas représentatif, l'agent administratif peut, avec tout le soin et la diligence requis en la matière, se baser sur les valorisations fournies par le Conseil d'Administration, ou par une personne dûment autorisée à cet effet par le Conseil d'Administration, ou par une autre source de cotation adéquate (par exemple les agents administratifs des fonds).

S'il s'avérait qu'une ou plusieurs sources de cotation ne parviendraient pas à fournir les évaluations à l'agent administratif, celui-ci est autorisé à ne pas calculer la valeur nette d'inventaire et en conséquence à ne pas déterminer les prix de souscription et de rachat. Le Conseil d'Administration de la Société devra être immédiatement informés par l'agent administratif si une telle situation devait arriver. Le cas échéant, le Conseil d'Administration pourrait alors décider de suspendre le calcul de la Valeur Nette d'Inventaire conformément aux procédures décrites dans la section intitulée «Suspension du calcul de la valeur nette d'inventaire et de l'émission, du rachat et de la conversion des actions».

II. Les engagements de la Société comprendront notamment:

1. tous les emprunts, effets échus et comptes exigibles;

2. toutes les obligations connues, échues ou non, y compris toutes les obligations contractuelles venues à échéance qui ont pour objet des paiements en espèces ou en nature (y compris le montant des dividendes annoncés par la Société, mais non encore payés);

3. toutes réserves, autorisées ou approuvées par le Conseil d'Administration, notamment celles qui avaient été constituées en vue de faire face à une moins-value potentielle sur certains investissements de la Société;

4. tous autres engagements de la Société, de quelque nature que ce soit, à l'exception de ceux représentés par les moyens propres de la Société. Pour l'évaluation du montant de ces autres engagements, la Société prendra en considération toutes les dépenses à supporter par elle, comprenant, sans limitation, les frais de constitution et de modification ultérieure des statuts, les commissions et frais payables aux conseillers en investissement, gestionnaires, comptables, dépositaires et agents correspondants, agents domiciliataires, agents administratifs, agents de transfert, agents payeurs ou autres mandataires et employés de la Société, ainsi qu'aux représentants permanents de la Société dans les pays où elle est soumise à l'enregistrement, les frais d'assistance juridique et de révision des comptes annuels de la Société, les frais de promotion, les frais d'impression et de publication des documents de vente des actions, les frais d'impression des rapports financiers annuels et intérimaires, les frais de tenue d'Assemblées d'Actionnaires et de réunions du Conseil d'Administration, les frais de voyage raisonnables des administrateurs et directeurs, les jetons de présence, les frais des déclarations d'enregistrement, tous les impôts et droits prélevés par les autorités gouvernementales et les bourses de valeurs, les frais de publication des prix d'émission et de rachat ainsi que toutes autres dépenses d'exploitation, y compris les frais financiers, bancaires ou de courtage encourus lors de l'achat ou de la vente d'avoirs ou autrement et tous autres frais en relation avec l'activité de la Société.

Pour l'évaluation du montant de ces engagements, la Société tiendra compte pro rata temporis des dépenses, administratives et autres, qui ont un caractère régulier ou périodique.

5. En ce qui concerne les relations entre actionnaires, chaque compartiment est considéré comme une entité séparée, générant sans restriction ses propres contributions, gains de capitaux et pertes de capitaux, frais et charges. La Société constitue une seule entité juridique, cependant, vis-à-vis des tiers et en particulier vis-à-vis des créanciers de la Société, chaque compartiment sera exclusivement responsable des engagements qui le concernent.

Les avoirs, engagements, charges et frais qui ne sont pas attribuables à un compartiment seront imputés aux différents compartiments à parts égales ou, pour autant que les montants en cause le justifient, au prorata de leurs actifs nets respectifs.

III. Chaque action de la Société qui sera en voie d'être rachetée, sera considérée comme action émise et existante jusqu'à la clôture du jour d'évaluation s'appliquant au rachat de cette action et son prix sera, à partir de la clôture de ce jour et jusqu'à ce que le prix en soit payé, considéré comme engagement de la Société.

Chaque action à émettre par la Société en conformité avec des demandes de souscription reçues, sera traitée comme étant émise à partir de la clôture du jour d'évaluation de son prix d'émission et son prix sera traité comme un montant dû à la Société jusqu'à ce qu'il ait été reçu par elle.

IV. Dans la mesure du possible, il sera tenu compte de tout investissement ou désinvestissement décidé par la Société jusqu'au jour d'évaluation.

**Art. 11. Emissions et rachats des actions et conversion des actions.**

Le Conseil d'Administration est autorisé à tout moment à émettre des actions supplémentaires entièrement libérées, au prix de la valeur nette d'inventaire respective par compartiment, déterminé en accord avec l'article 10 des présents statuts, augmenté par les commissions d'émission fixées par les documents de vente, sans réserver aux actionnaires anciens un droit préférentiel de souscription.

Toute rémunération à des agents intervenant dans le placement des actions sera payée par ces commissions. Le prix ainsi déterminé sera payable au plus tard cinq jours ouvrables bancaires après la date à laquelle la valeur nette d'inventaire applicable a été déterminée.

Le Conseil d'Administration peut déléguer à tout administrateur dûment autorisé ou à tout directeur de la Société, ou à toute autre personne dûment autorisée la charge d'accepter les souscriptions.

Toute souscription d'actions nouvelles doit, sous peine de la nullité, être entièrement libérée et les actions émises portent même jouissance que les actions existantes le jour de l'émission.

Les actions peuvent, à la discrétion du Conseil d'Administration, être émises, en contrepartie d'apports en valeurs pour autant que ces valeurs respectent les politiques d'investissement et les restrictions du compartiment concerné et qu'elles aient une valeur égale au prix d'émission des actions respectives. Les valeurs apportées au compartiment seront évaluées séparément dans un rapport spécial du réviseur de la Société. Ces apports en nature en valeurs ne sont pas sujets aux frais de courtage. Le Conseil d'Administration aura uniquement recours à cette possibilité si (i) telle est la requête de l'investisseur en question; et (ii) si le transfert n'affecte pas négativement les actionnaires existants.

Tout actionnaire est en droit de demander le rachat de tout ou partie de ses actions par la Société. Le prix de rachat sera payé au plus tard cinq jours ouvrables bancaires après la date à laquelle a été fixée la valeur nette d'inventaire des avoirs et sera égal à la valeur nette des actions telle que celle-ci sera déterminée suivant les dispositions de l'article 10 ci-dessus, sous déduction d'une commission éventuelle de rachat telle que fixée par les documents de vente de la Société. Toute demande de rachat doit être présentée par l'actionnaire par écrit au siège social de la Société à Luxembourg ou auprès d'une autre personne juridique mandatée par la Société pour le rachat des actions. Pour autant que des certificats aient été émis, la demande doit être accompagnée du ou des certificats d'actions en bonne et due forme et de preuves suffisantes d'un transfert éventuel.

Le Conseil d'Administration pourra, à sa discrétion, mais toutefois dans le respect des lois en vigueur et après remise d'un rapport révisé établi par le réviseur de la Société, payer le prix de rachat à l'actionnaire en question au moyen d'un paiement en nature en valeurs mobilières ou autres actifs du compartiment en question à concurrence de la valeur du montant du rachat. Le Conseil d'Administration aura uniquement recours à cette possibilité si (i) telle est la requête de l'actionnaire en question; et (ii) si le transfert n'affecte pas négativement les actionnaires restants.

Les actions rachetées par la Société seront annulées.

Chaque actionnaire a le droit de demander la conversion de tout ou partie de ses actions en actions d'un autre compartiment, étant entendu cependant que le Conseil d'Administration pourra, à sa discrétion, fixer telles restrictions qu'il estimera nécessaires à la fréquence des conversions. Le Conseil d'Administration pourra également, à sa discrétion, interdire les conversions d'actions dans certains compartiments, moyennant mention de cette (ces) interdiction(s) dans les documents de vente.

La conversion des actions d'un compartiment à un autre s'effectue sur base des valeurs d'actif net par action respectives des différents compartiments, calculées de la manière prévue à l'article 10 des présents statuts.

Le Conseil d'Administration pourra soumettre les conversions au paiement des frais dont il déterminera raisonnablement le montant.

Si, en raison de demandes de rachat ou de conversion, il y aurait lieu de racheter ou de convertir à un jour d'évaluation donné des montants supérieurs à un pourcentage des actifs nets d'un compartiment tel que déterminé par le Conseil d'Administration, le Conseil d'Administration peut décider que ces rachats ou ces conversions sont différés à la prochaine date de détermination de la valeur nette d'inventaire du compartiment concerné. A cette date de détermination de la valeur nette d'inventaire, les demandes de rachats ou de conversions qui ont été différées (et non révoquées) seront traitées en priorité à des demandes de rachat ou de conversion reçues pour cette date de détermination de la valeur nette d'inventaire (et qui n'ont pas été différées).

Les demandes de souscription, de rachat et de conversion sont reçues aux guichets des établissements désignés à cet effet par le Conseil d'Administration.

**Art. 12. Suspension du calcul de la valeur nette d'inventaire, de l'émission, du rachat et de la conversion des actions.**

Le Conseil d'Administration est autorisé à suspendre temporairement le calcul de la valeur des actifs nets d'un ou de plusieurs compartiments de la Société, ainsi que les émissions, les rachats et conversions des actions dans les cas suivants:

a) pendant toute période durant laquelle un marché ou une bourse de valeurs qui est le marché ou la bourse de valeurs principal où une portion substantielle des investissements de la Société à un moment donné est cotée, se trouve fermé, sauf pour les jours de fermeture habituels, ou pendant laquelle les échanges y sont sujets à des restrictions importantes ou suspendus;

b) dans le cas où l'on n'a pas le moyen de déterminer le prix des organismes de placement collectif dans lesquels la Société a investi une portion substantielle de ses avoirs (lorsque le calcul de la valeur nette d'inventaire des OPC concernés est suspendu);

c) lorsque la situation politique, économique, militaire, monétaire, sociale, ou tout événement de force majeure, échappant à la responsabilité ou au pouvoir de la Société, rendent impossible d'évaluer ou de disposer de ses avoirs par des moyens raisonnables et normaux, sans porter gravement préjudice aux intérêts des actionnaires;

d) pendant toute rupture des communications normalement utilisées pour déterminer le prix de n'importe quel investissement de la Société ou des prix courants sur une bourse ou un marché quelconque ou dans des circonstances qui empêchent le calcul correct des actifs et dans des délais normaux;

e) lorsque des restrictions de change ou de mouvement de capitaux empêchent d'opérer les transactions pour compte de la Société ou lorsque les opérations d'achat ou de vente des actifs de la Société ne peuvent être réalisées à des taux de change normaux;

f) sur décision du Conseil d'Administration, et pour autant que le principe d'égalité entre actionnaires ainsi que les lois et règlements applicables soient respectés, (i) dès convocation d'une assemblée des actionnaires devant statuer sur la liquidation/dissolution de la Société ou d'un compartiment, ou, (ii) pour autant que le Conseil d'Administration ait le pouvoir de statuer en la matière, dès que celui-ci décide la liquidation/dissolution d'un compartiment;

Les souscripteurs et actionnaires offrant des actions au rachat ou à la conversion seront avisés de la suspension du calcul de la valeur nette d'inventaire au moment de la réception de la demande de souscription, de rachat ou de conversion de même que par publication de la décision de suspension dans la presse si cela est requis.

Les souscriptions et demandes de rachat ou de conversion en suspens pourront être retirées par notification écrite pour autant que celle-ci soit reçue par la Société avant la cessation de la suspension.

Les souscriptions, rachats et conversions en suspens seront pris en considération le premier jour d'évaluation faisant suite à la cessation de la suspension et seront traitées sur base de la valeur nette d'inventaire ainsi calculée.

#### **Art. 13. Généralités.**

Toute assemblée des actionnaires de la Société régulièrement constituée représente tous les actionnaires de la Société. Elle a les pouvoirs les plus larges pour ordonner, faire ou ratifier tous les actes relatifs aux opérations de la société.

#### **Art. 14. Assemblée Générale annuelle.**

L'assemblée générale annuelle des actionnaires se tiendra conformément à la loi luxembourgeoise à Luxembourg, au siège social de la Société ou à tout autre endroit à Luxembourg qui sera fixé dans l'avis de convocation le deuxième mardi du mois d'avril à 14 heures (heure de Luxembourg). Si ce jour est un jour férié bancaire, l'assemblée générale annuelle se tiendra le premier jour bancaire ouvrable suivant. L'assemblée générale annuelle pourra se tenir à l'étranger si le Conseil d'Administration constate souverainement que des circonstances exceptionnelles le requièrent.

Les autres assemblées des actionnaires pourront se tenir aux heures et lieux spécifiés dans les avis de convocation.

#### **Art. 15. Fonctionnement de l'Assemblée.**

Les quorum et délais requis par la loi régleront les avis de convocation et la conduite des assemblées des actionnaires de la Société dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé dans les présents statuts.

Toute action donne droit à une voix, sauf les restrictions imposées par les présents statuts. Tout actionnaire pourra prendre part aux assemblées des actionnaires en désignant par écrit, par câble, par télégramme, par télex ou par télécopieur une autre personne comme son mandataire.

Dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par la loi ou par les présents statuts, les décisions de l'assemblée générale des actionnaires dûment convoquée sont prises à la majorité simple des actionnaires présents et votants. En cas de parité des voix, la voix du président sera prépondérante.

Le Conseil d'Administration peut déterminer toutes autres conditions à remplir par les actionnaires pour prendre part à l'assemblée des actionnaires.

Une décision de l'assemblée générale des actionnaires de la Société, qui affecte les droits des actionnaires d'un compartiment déterminé par comparaison aux droits des actionnaires d'un autre compartiment, sera soumise à l'approbation des actionnaires de ce ou de ces compartiment(s) conformément à l'article 68 de la loi luxembourgeoise amendée du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

#### **Art. 16. Convocation à l'Assemblée Générale.**

Les actionnaires se réuniront sur convocation du Conseil d'Administration. Un avis énonçant l'ordre du jour sera envoyé par lettre, au moins 8 jours avant l'assemblée, à tout actionnaire à son adresse portée au registre des actionnaires.

Dans la mesure requise par la loi, l'avis sera en outre publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations de Luxembourg, dans un journal luxembourgeois et dans tels autres journaux que le Conseil d'Administration décidera.

#### **Art. 17. Administration.**

La Société sera administrée par un Conseil d'Administration composé de 3 membres au moins; les membres du Conseil d'Administration n'auront pas besoin d'être actionnaires de la Société.

#### **Art. 18. Durée des fonctions des administrateurs, renouvellement du Conseil.**

Les administrateurs seront élus par l'assemblée générale des actionnaires pour une période de 6 ans au maximum; toutefois, un administrateur peut être révoqué avec ou sans motif et/ou peut être remplacé à tout moment par décision des actionnaires.

Au cas où le poste d'un administrateur devient vacant à la suite de décès, de démission ou autrement, les administrateurs restants pourront se réunir et élire, à la majorité des voix, un administrateur pour remplir provisoirement les fonctions attachées au poste devenu vacant jusqu'à la prochaine assemblée des actionnaires de la Société.

**Art. 19. Bureau du Conseil.**

Le Conseil d'Administration peut choisir parmi ses membres un président et pourra élire en son sein un ou plusieurs vice-présidents. Il pourra également désigner un secrétaire qui n'a pas besoin d'être administrateur et qui sera responsable de la tenue des procès-verbaux des réunions du Conseil d'Administration, ainsi que des assemblées des actionnaires de la Société.

**Art. 20. Réunions et délibérations du Conseil.**

Le Conseil d'Administration se réunira sur convocation du président ou de 2 administrateurs au lieu indiqué dans l'avis de convocation. Le président du Conseil d'Administration présidera toutes les assemblées générales des actionnaires et les réunions du Conseil d'Administration, mais, en son absence, l'assemblée générale ou le Conseil d'Administration pourront désigner à la majorité un autre administrateur, ou, lorsqu'aucun administrateur n'est présent, toute autre personne pour assumer la présidence de ces assemblées et réunions.

Le Conseil d'Administration, s'il y a lieu, nommera des directeurs et fondés de pouvoir de la Société, dont un directeur général, éventuellement des directeurs généraux-adjoints, secrétaires-adjoints et autres directeurs et fondés de pouvoir, des comités consultatif ou exécutif ou tous autres dirigeants dont les fonctions seront jugées nécessaires pour mener à bien les affaires de la Société. Pareilles nominations peuvent être révoquées à tout moment par le Conseil d'Administration. Les directeurs et fondés de pouvoir n'ont pas besoin d'être administrateurs ou actionnaires de la Société. Pour autant que les statuts n'en décident pas autrement, les directeurs et fondés de pouvoir désignés auront les pouvoirs et les charges qui leur sont attribués par le Conseil d'Administration.

Avis écrit de toute réunion du Conseil d'Administration sera donné à tous les administrateurs au moins 3 jours avant l'heure prévue pour la réunion, sauf s'il y a urgence, auquel cas la nature et les motifs de cette urgence seront mentionnés dans l'avis de convocation. On pourra passer outre à cette convocation à la suite de l'assentiment par écrit ou par câble, télégramme, télex ou télécopieur de chaque administrateur. Une convocation spéciale ne sera pas requise pour une réunion du Conseil d'Administration se tenant à une heure et à un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le Conseil d'Administration.

Tout administrateur pourra prendre part à toute réunion du Conseil d'Administration en désignant par écrit ou par câble, télégramme, télex ou télécopieur un autre administrateur comme son mandataire. Un administrateur peut agir en tant que mandataire pour plusieurs autres administrateurs.

Les administrateurs ne pourront engager la Société par leur signature individuelle, à moins d'y être autorisés expressément par une résolution du Conseil d'Administration.

Le Conseil d'Administration ne pourra délibérer et agir valablement que si la moitié au moins des administrateurs est présente ou représentée lors de la réunion. Les décisions sont prises à la majorité des voix des administrateurs présents ou représentés.

Les résolutions signées par tous les membres du Conseil d'Administration seront aussi valables et exécutoires que celles prises lors d'une réunion régulièrement convoquée et tenue. Ces signatures peuvent être apposées sur un seul document ou sur plusieurs copies d'une même résolution et peuvent être prouvées par lettres, câbles, télégrammes, télex, télécopieur ou des moyens analogues.

Le Conseil d'Administration peut déléguer ses pouvoirs relatifs à la gestion journalière et à l'exécution d'opérations en vue de l'accomplissement de l'objet de la société et de la poursuite de l'orientation générale de sa gestion à des personnes physiques ou morales qui n'ont pas besoin d'être membres du Conseil d'Administration.

**Art. 21. Procès-verbaux.**

Les procès-verbaux des réunions du Conseil d'Administration seront signés par le président ou, en son absence, par le président de la réunion.

Les copies ou extraits des procès-verbaux destinés à servir en justice ou ailleurs seront signés par le président ou par le secrétaire ou par 2 administrateurs, ou par toute autre personne désignée par le Conseil d'Administration.

**Art. 22. Engagements de la Société vis-à-vis des tiers.**

La Société sera engagée par la signature de deux administrateurs ou par celle d'un directeur ou fondé de pouvoir autorisé à cet effet, ou par la signature de toute autre personne à qui des pouvoirs auront été spécialement délégués par le Conseil d'Administration. Sous réserve de l'autorisation de l'assemblée générale des actionnaires, le Conseil peut déléguer la gestion journalière des affaires de la Société à un de ses membres.

**Art. 23. Pouvoirs du Conseil d'Administration.**

Le Conseil d'Administration, appliquant le principe de la répartition des risques, détermine l'orientation générale de la gestion et la politique d'investissement, ainsi que les lignes de conduite à suivre dans l'administration de la Société.

**Art. 24. Intérêt.**

Aucun contrat et aucune transaction que la Société pourra conclure avec d'autres sociétés ou firmes ne pourront être affectés ou viciés par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs, directeurs ou fondés de pouvoir de la Société auraient un intérêt quelconque dans telle autre société ou firme, ou par le fait qu'il en serait administrateur, associé, directeur, fondé de pouvoir ou employé.

L'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de la Société, qui est administrateur, directeur, fondé de pouvoir ou employé d'une société ou firme avec laquelle la Société passe des contrats, ou avec laquelle elle est autrement en relations d'affaires, ne sera pas, par là même, privé du droit de délibérer, de voter et d'agir en ce qui concerne des matières en relation avec pareil contrat ou pareilles affaires.

Au cas où un administrateur, directeur ou fondé de pouvoir aurait un intérêt personnel dans quelque affaire de la Société, cet administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de la Société devra informer le Conseil d'Administration de cet intérêt personnel et il ne délibérera et ne prendra pas part au vote sur cette affaire; rapport devra être fait au sujet

de cette affaire et de l'intérêt personnel de pareil administrateur, directeur ou fondé de pouvoir à la prochaine Assemblée des Actionnaires.

Le terme «intérêt personnel» tel qu'il est utilisé dans la phrase précédente, ne s'appliquera pas aux relations ou aux intérêts, positions ou transactions qui pourront exister de quelque manière en rapport avec d'autres sociétés ou entités qui seront déterminées souverainement de temps à autre par le Conseil d'Administration.

**Art. 25. Indemnisation.**

La Société pourra indemniser tout administrateur, directeur ou fondé de pouvoir, ses héritiers, exécuteurs testamentaires et administrateurs, des dépenses raisonnablement occasionnées par toutes actions ou procès auxquels il aura été partie en sa qualité d'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de la Société ou pour avoir été, à la demande de la Société, administrateur, directeur ou fondé de pouvoir de toute autre société dont la Société est actionnaire ou créditrice par laquelle il ne serait pas indemnisé, sauf le cas où dans pareils actions ou procès il sera finalement condamné pour négligence grave ou mauvaise administration; en cas d'arrangement extrajudiciaire, une telle indemnité ne sera accordée que si la Société est informée par son avocat-conseil que l'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir en question n'a pas commis un tel manquement à ses devoirs. Le droit à indemnisation n'exclura pas d'autres droits dans le chef de l'administrateur, directeur ou fondé de pouvoir.

**Art. 26. Allocations au Conseil.**

L'assemblée générale des actionnaires de la Société peut allouer aux administrateurs, en rémunération de leur activité, une somme fixe annuelle, au titre de jetons de présence, dont le montant est porté aux frais généraux de la Société et qui est réparti à la discrétion du Conseil entre ses membres.

En outre, les administrateurs peuvent être défrayés des dépenses engagées pour la Société dans la mesure où celles-ci sont jugées raisonnables.

La rémunération du président ou secrétaire du Conseil d'Administration et celle du ou des directeurs généraux et fondés de pouvoir sont déterminées par le Conseil.

**Art. 27. Gestionnaire, Conseiller en Investissement et Banque Dépositaire.**

La Société peut conclure des conventions de gestion et/ou de conseil en investissement, afin de déléguer la gestion active du portefeuille et/ou de se faire conseiller quant au choix de ses investissements.

La Société conclura une convention de dépôt avec une banque autorisée à exercer l'activité bancaire selon la loi luxembourgeoise («la Banque Dépositaire»).

Toutes les valeurs mobilières, liquidités et autres avoirs de la Société seront détenues par ou à l'ordre de la Banque Dépositaire.

Au cas où la Banque Dépositaire désirerait se retirer de la convention, le Conseil d'Administration fera le nécessaire pour désigner une autre banque pour agir en tant que Banque Dépositaire et le Conseil d'Administration nommera cette banque aux fonctions de Banque Dépositaire à la place de la Banque Dépositaire démissionnaire. Les administrateurs ne révoqueront pas la Banque Dépositaire jusqu'à ce qu'une autre Banque Dépositaire ait été nommée en accord avec les présentes dispositions pour agir à sa place.

**Art. 28. Réviseur d'entreprises agréé.**

Les opérations de la Société et sa situation financière, comprenant notamment la tenue de sa comptabilité, seront surveillées par un ou plusieurs réviseurs d'entreprises qui devront satisfaire aux exigences de la loi luxembourgeoise concernant son honorabilité et son expérience professionnelle, et qui exerceront les fonctions prescrites par la loi du 30 mars 1988 relative aux organismes de placement collectif. Le réviseur sera élu par l'Assemblée Générale des actionnaires et pour une période allant jusqu'à la prochaine Assemblée Générale des actionnaires et jusqu'à ce que son remplaçant soit élu.

**Art. 29. Exercice social.**

L'exercice social commence le 1<sup>er</sup> janvier et se termine le 31 décembre de chaque année, et sera clôturé pour la première fois le 31 décembre 2001.

**Art. 30. Attribution des résultats.**

L'attribution des résultats ainsi que toutes autres distributions seront déterminées par l'assemblée générale annuelle sur proposition du Conseil d'Administration.

Ces affectations pourront comprendre la création ou le maintien de fonds de réserve ou de provisions, ainsi que la détermination des montants à être reportés à nouveau.

Aucune distribution ne pourra être opérée si, suivant la déclaration de cette distribution, il s'avère que le capital de la société est inférieur au capital minimum tel que prescrit par la loi.

Toute résolution passée lors d'une assemblée générale des actionnaires et décidant de la distribution de dividendes aux actions d'un quelconque compartiment sera soumise à un vote préalable à la majorité, tel que prescrit par la loi, des actionnaires de ce compartiment.

Sur décision du Conseil d'Administration et en conformité avec toutes conditions exigées par la loi, il pourra être payé des dividendes intérimaires pour les actions d'un quelconque compartiment.

Les dividendes déclarés pourront être payés en euro ou en toute autre devise choisie par le Conseil d'Administration et ce aux lieux et heures déterminés par le Conseil d'Administration. Le Conseil d'Administration pourra procéder à une détermination souveraine du taux de change applicable pour la conversion des dividendes dans la devise de leur paiement.

Les dividendes qui ne seront pas réclamés dans les 5 années qui suivent la date de leur mise en paiement seront clos pour les bénéficiaires et reviendront au compartiment concerné.

## **Art. 31. Liquidation et Fusion.**

### *Liquidation de la Société*

En cas de dissolution de la Société, il sera procédé à la liquidation par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs qui peuvent être des personnes physiques ou morales et qui seront nommés par l'assemblée générale des actionnaires qui déterminera leurs pouvoirs et leurs rémunérations.

La liquidation de la Société interviendra dans les conditions prévues par la loi du 30 mars 1988.

Dans le cas où le capital social de la Société est inférieur aux deux tiers du capital minimum, le Conseil d'Administration doit soumettre la question de la dissolution de la Société à l'assemblée générale des actionnaires de la Société délibérant sans condition de présence et décidant à la majorité simple des actions représentées à l'assemblée.

Si le capital social de la Société est inférieur au quart du capital minimum, le Conseil d'Administration doit soumettre la question de la dissolution de la Société à l'assemblée générale des actionnaires de la Société délibérant sans condition de présence; la dissolution pourra être prononcée par les actionnaires possédant un quart des actions représentées à l'assemblée.

La convocation doit se faire de sorte que l'assemblée soit tenue dans un délai de quarante jours à partir de la date de constatation que l'actif net est devenu inférieur respectivement aux deux tiers ou au quart du capital minimum. Par ailleurs, la Société pourra être dissoute par décision d'une assemblée générale des actionnaires statuant suivant les dispositions statutaires en la matière.

Les décisions du tribunal prononçant la dissolution et la liquidation de la Société sont publiées au Mémorial et dans trois journaux à diffusion adéquate dont au moins un journal luxembourgeois. Ces publications sont faites à la diligence du ou des liquidateurs.

En cas de dissolution de la Société, il sera procédé à la liquidation par un ou plusieurs liquidateurs nommés conformément aux statuts de la Société et à la loi luxembourgeoise du 30 mars 1988 relative aux organismes de placement collectif.

Le produit net de la liquidation de chaque compartiment sera distribué aux détenteurs d'actions en proportion du nombre d'actions qu'ils détiennent dans ce compartiment. Les montants qui n'ont pas été réclamés par les actionnaires lors de la clôture de la liquidation seront consignés auprès de la Caisse des Consignations à Luxembourg. A défaut de réclamation avant l'expiration de la période légale de prescription, les montants consignés ne pourront plus être retirés.

### *Liquidation de compartiments*

Le Conseil d'Administration peut décider de liquider n'importe quel compartiment si les actifs nets du compartiment deviennent inférieurs au montant que le Conseil d'Administration estime nécessaire pour remplir les objectifs du compartiment, ou si un changement intervenant dans la situation économique ou politique relative au compartiment concerné devait justifier la liquidation.

Si tel n'était pas le cas, la décision de liquider un compartiment ne pourra être décidée que par une assemblée générale des actionnaires du compartiment concerné, réunie sans condition de quorum. Toute décision de liquider un compartiment prise par une assemblée des actionnaires du compartiment concerné devra être approuvée par les actionnaires à la majorité simple des voix présentes ou représentées.

Les actionnaires nominatifs recevront notification par courrier de la décision de liquidation et, si des actions au porteur sont émises, la décision de liquidation sera publiée au Luxembourg dans le Luxemburger Wort et dans tous les autres journaux que le Conseil d'Administration jugera utiles avant la date effective de la liquidation. Le courrier et/ou la publication indiquera les raisons et la procédure des opérations de liquidation. Sauf si le Conseil d'Administration en décide autrement dans l'intérêt des actionnaires ou pour maintenir un traitement égal entre eux, les actionnaires du compartiment concerné peuvent continuer à demander le rachat ou la conversion sans frais de leurs actions, étant entendu cependant que les prix de rachat ou de conversion tiendront compte des frais de liquidation. Les actifs qui ne sont pas distribués à la clôture de la liquidation du compartiment seront déposés auprès de la Banque Dépositaire pendant une période de 6 mois après la clôture de la liquidation. Ensuite, les actifs seront déposés auprès de la Caisse des Consignations pour le compte des ayants droit.

### *Fusions*

Dans les mêmes circonstances que celles mentionnées ci-dessus concernant la liquidation de compartiments, le Conseil d'Administration ou, respectivement, les actionnaires du compartiment concerné peuvent décider de clôturer tout compartiment par fusion avec un autre compartiment pour créer un nouveau compartiment.

De plus, cette fusion peut être décidée par le Conseil d'Administration s'il y va de l'intérêt des actionnaires de n'importe quel compartiment concerné. Les actionnaires seront informés d'une telle décision de la même manière que pour une liquidation et, en outre, le courrier et/ou la publication contiendra les informations en rapport avec le nouveau compartiment. Cette information sera communiquée un mois au moins avant la date de fusion effective afin de permettre aux actionnaires de demander le rachat sans frais de leurs actions avant que l'opération impliquant une participation dans le nouveau compartiment ne se réalise.

## **Art. 32. Frais à charge de la Société.**

La Société supportera ses frais de premier établissement, en ce compris les frais de préparation et d'impression du prospectus, les frais notariaux, les frais d'introduction auprès des autorités administratives et boursières, les frais d'impression des certificats et tous autres frais en relation avec la constitution et le lancement de la Société.

Les frais pourront être amortis sur une période n'excédant pas les 5 premiers exercices sociaux.

La Société prend à sa charge tous ses frais d'exploitation tels que prévus à l'art. 10, sub II 4.

**Art. 33. Modification des statuts.**

Les présents statuts pourront être modifiés en temps et lieu qu'il appartiendra par une assemblée générale des actionnaires soumise aux conditions de quorum et de vote requises par la loi luxembourgeoise.

**Art. 34. Dispositions générales.**

Pour toutes les matières qui ne sont pas régies par les présents statuts, les parties se réfèrent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et des lois modificatives, ainsi qu'à la loi du 30 mars 1988 relative aux Organismes de Placement Collectif.

*Souscriptions et paiement*

Les souscripteurs ont souscrit le nombre d'actions et ont payé comptant les montants indiqués ci-après:

| <i>Actionnaire</i>   | <i>Capital souscrit</i> | <i>Actions</i> |
|--|-------------------------|----------------|
| 1) LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES PATRIMONIUM ADVISORY S.A., prédésignée | 50.000,- EUR            | 50             |
| 2) Monsieur Santiago van der Elst, prénommé .....                        | 1.000,- EUR             | 1              |
| Total: .....   | 51.000,- EUR            | 51             |

La preuve de tous ces paiements a été donnée, ainsi que le constate expressément le notaire soussigné.

*Dispositions transitoires*

La première année sociale commence le jour de la constitution de la société et se terminera le 31 décembre 2001. L'assemblée annuelle se réunira pour la première fois au jour, heure et lieu indiqués aux statuts en 2002.

*L'Assemblée générale extraordinaire*

Et à l'instant les comparants préqualifiés, représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en Assemblée Générale Extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris à l'unanimité les résolutions suivantes.

*Première résolution*

Le nombre des administrateurs est fixé à trois (3) et celui des réviseurs à un (1).

*Deuxième résolution*

Sont appelés aux fonctions d'administrateur:

- 1.- Monsieur André Verdickt, Membre du Comité de Direction, LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES S.A., demeurant à L-1840 Luxembourg, 28, boulevard Joseph II.
- 2.- Madame Béatrice Dury-Gowan, Membre du Comité de Direction, LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES S.A., demeurant à L-2665 Luxembourg, 60, rue du Verger.
- 3.- Monsieur Louis Ottaviani, Administrateur-Délégué, LE FOYER, OTTAVIANI & ASSOCIES S.A., demeurant à L-1840 Luxembourg, 28, boulevard Joseph II.

*Troisième résolution*

Est appelée à la fonction de réviseur d'entreprises:

PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., Espace Ariane 400, route d'Esch, L-1471 Luxembourg

*Quatrième résolution*

Les mandats des administrateurs et du réviseur d'entreprises prendront fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de l'an deux mille deux (2002).

*Cinquième résolution*

Le siège social est fixé à L-2535 Luxembourg, 20 boulevard Emmanuel Servais.

Dont acte, passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture, les comparants prémentionnés ont signé avec le notaire instrumentant, le présent acte.

Signé: S. van der Elst, P. De Backer, J.J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 29 janvier 2001, vol. 857, fol. 4, case 1. – Reçu 50.000 francs.

*Le Receveur ff. (signé): Oehmen.*

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 29 janvier 2001.

J.J. Wagner.

(08671/239/677) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 janvier 2001.

**EUROPOLYMER S.A., Société Anonyme.**

Siège social: L-6793 Grevenmacher, 15, route de Trèves.

R. C. Diekirch B 5.320.

L'an deux mille, le vingt-quatre août.

Par-devant Maître Camille Mines, notaire de résidence à Redange-sur-Attert.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société EUROPOLYMER S.A., ayant son siège social à L-9051 Ettelbruck, 92, Grand-rue,

constituée aux termes d'un acte reçu par Maître Christine Doerner, notaire de résidence à Bettembourg, en date du 6 juillet 1994, publié au Mémorial C, numéro 458 du 15 novembre 1994,

inscrite au registre de commerce et des sociétés de Diekirch sous le numéro B 5.320, et dont les statuts ont été modifiés pour la dernière fois aux termes d'un acte reçu par Maître Paul Decker, notaire de résidence à Luxembourg-Eich, en date du 3 mai 1999, publié au Mémorial C, numéro 534 de l'année 1999, page 25604.

L'assemblée est ouverte sous la présidence de Monsieur Guy Sauer, Directeur de société, demeurant à L-6793 Grevenmacher, 15, route de Trèves,

qui désigne comme secrétaire Madame Véronique Mehly-Baraton, employée privée, demeurant à Saeul.

L'assemblée choisit comme scrutateur Mademoiselle Uschi Lies, employée privée, demeurant à Rollingen/Mersch.

Les actionnaires présents ou représentés, les mandataires des actionnaires représentés et le nombre d'actions des actionnaires sont renseignés sur une liste de présence, laquelle, après avoir été signée ne varietur, restera annexée aux présentes.

La procuration des actionnaires représentés, signée ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentaire, restera annexée au présent acte.

Monsieur le Président constate, et l'assemblée approuve, que toutes les actions émises de la société sont valablement représentées, ainsi qu'il résulte de la liste de présence susmentionnée et que tous les actionnaires présents ou représentés renoncent à toute convocation supplémentaire affirmant avoir connu à l'avance l'ordre du jour de la présente assemblée.

Ceci exposé, Monsieur le Président met au vote les résolutions suivantes qui sont toutes approuvées à l'unanimité:

*Première résolution*

Le siège de la société est transféré à L-6793 Grevenmacher, 15, route de Trèves.

En conséquence, le premier alinéa de l'article 2 des statuts est modifié comme suit:

«**Art. 2.** Le siège social est établi à Grevenmacher.»

*Deuxième résolution*

L'assemblée décide de nommer comme nouveau commissaire aux comptes:

la SOCIÉTÉ COMPTABLE ET FISCALE GUY SAUER, avec siège à L-6793 Grevenmacher, 15, route de Trèves, représentée par Monsieur Guy Sauer, comptable.

*Troisième résolution*

L'assemblée donne décharge aux administrateurs sortants, puis elle élit le nouveau conseil d'administration comme suit:

- Monsieur Dietrich Herzog, Dipl. Volkswirt, demeurant à Loriol du Comtat, Président,
- Monsieur Simon Raihani, diplômé en sciences physiques, demeurant à I-00040 Pomezia, via Messico, 5, membre,
- Madame Janette Clemens-Davalos, employée privée, demeurant à L-6713 Grevenmacher, 18A, rue des Bâteliers, membre.

La société est valablement engagée en toutes circonstances par la signature individuelle de son Président, sinon par les signatures conjointes de deux administrateurs.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, l'assemblée est levée à 11.15 heures.

Dont acte, fait et passé à Redange, en l'étude du notaire instrumentaire, à la date mentionnée en tête des présentes.

Et, après lecture faite et interprétation donnée de tout ce qui précède aux comparants, tous connus du notaire par leurs nom, prénom, état et demeure, ceux-ci ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: G. Sauer, C. Mines, V. Mehly-Baraton, U. Lies, C. Mines.

Enregistré à Redange, le 29 août 2000, vol. 399, fol. 85, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): R. Schaack.

Pour expédition conforme, délivrée sur papier libre, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Redange, le 14 septembre 2000.

C. Mines.

(92464/225/59) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 25 septembre 2000.

**STONE FINANCIAL INVESTMENTS HOLDING S.A., Société Anonyme Holding (liquidée).**

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.

R. C. Luxembourg B 59.825.

Le bilan au 31 décembre 1999, enregistré à Luxembourg, le 25 septembre 2000, vol. 543, fol. 31, case 5, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 26 septembre 2000.

Pour STONE FINANCIAL INVESTMENTS HOLDING S.A., Société Anonyme Holding, liquidée  
CREGELUX

Crédit Général du Luxembourg S.A.

Ancien domiciliaire

Signature

(51801/029/15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.

**WAMS HOLDING S.A., Société Anonyme.**

Siège social: Luxembourg.  
R. C. Luxembourg B 73.874.

## RECTIFICATIF

L'an deux mille, le dix-sept août.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

A comparu:

MANACOR (LUXEMBOURG) S.A., ayant son siège social à Luxembourg, ici représentée par Madame Marjolijne Droogleever-Fortuyn, employée privée, demeurant à Contern, agissant en sa qualité de fondé de pouvoir,

agissant en sa qualité de mandataire des actionnaires de la société WAMS HOLDING S.A. en vertu de deux procurations datées des 20 et 21 décembre 1999, restées annexées à l'acte dont question ci-après.

Laquelle comparante, représentée comme dit, a requis le notaire instrumentant d'acter ce qui suit:

- La société WAMS HOLDING S.A., dont le siège social est établi à Luxembourg, a été constituée suivant acte du notaire instrumentant, en date du 23 décembre 1999, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations numéro 279 du 13 avril 2000,

- qu'aux termes de l'acte du 23 décembre 1999 dont question ci-avant et suite à une erreur matérielle, la version anglaise de l'article 4 des statuts comportait erronément l'alinéa suivant:

«**Art. 4. 1<sup>er</sup> alinéa.** The purposes for which the company is formed is to carry out any commercial, industrial or financial operations, as well as to purchase or sell real estate as moveable property.»

- Que pour rectifier cette erreur matérielle, il y a donc lieu de supprimer purement et simplement cet alinéa et de lire l'article 4 des statuts comme suit:

«**Art. 4.** The object of the company is to hold participations, in any form whatsoever, in any other Luxembourg or foreign company, acquire by way of investment, subscription and any other way whatever securities and patents, realize them by way of sale, exchange or otherwise, to develop these securities, patents and patentable proceedings.

The company may borrow and grant loans, with or without guarantees, participate in the creation and development of any enterprise and grant to it any support. In general the company may take any measures regarding control, supervision and documentation and carry out any activities which it may deem useful in the accomplishment and development of its purpose, within the limits of the law of 31st of July 1929 on holding companies.»

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: M. Droogleever-Fortuyn, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 21 août 2000, vol. 125S, fol. 57, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur ff. (signé): Kirsch.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 20 septembre 2000.

G. Lecuit.

(51831/220/41) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.

**WAMS HOLDING S.A., Société Anonyme.**

Siège social: Luxembourg.  
R. C. Luxembourg B 73.874.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 20 septembre 2000.

G. Lecuit.

(51832/220/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.

**DUMONT - OTHE, S.e.n.c., Société en nom collectif.**

Siège social: L-8232 Mamer, 3, rue de Holzem.  
R. C. Luxembourg B 58.860.

Les associés, présents pour l'Assemblée Générale du 30 juin 2000, ont pris, à l'unanimité, les résolutions suivantes:

1) L'intégralité du capital social est représentée.

2) Les actionnaires décident de transférer le siège social du 4, allée Léopold Goebel, L-1635 Luxembourg au 3, rue de Holzem, L-8232 Mamer.

Fait à Mamer, le 28 juin 2000.

Pour DUMONT - OTHE, S.e.n.c.

J. Othe / B. Dumont

Associé / Associée

Enregistré à Luxembourg, le 31 août 2000, vol. 541, fol. 55, case 9. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(51915/000/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 septembre 2000.

**CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 29, boulevard du Prince Henri.  
R. C. Luxembourg B 63.922.

**CABLE & WIRELESS GLOBAL MARKETS S.A., Société Anonyme,  
(anc. CABLE & WIRELESS BUSINESS NETWORKS S.A.).**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 29, boulevard du Prince Henri.  
R. C. Luxembourg B 63.923.

**CABLE & WIRELESS GLOBAL NETWORK S.A., Société Anonyme,  
(anc. CABLE & WIRELESS NETWORK ORGANISATION S.A.).**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 29, boulevard du Prince Henri.  
R. C. Luxembourg B 63.925.

**CABLE & WIRELESS GLOBAL ENTERPRISES S.A., Société Anonyme,  
(anc. CABLE & WIRELESS MOBILE S.A.).**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 29, boulevard du Prince Henri.  
R. C. Luxembourg B 63.927.

**CABLE & WIRELESS MARINE S.A., Société Anonyme.**

Registered office: L-1724 Luxembourg, 29, boulevard du Prince Henri.  
R. C. Luxembourg B 63.926.

—  
MERGER

In the year two thousand, on the twenty-fifth of August.

Before Us, Maître Joseph Elvinger, notary residing in Luxembourg, acting as deputy for Maître Frank Baden, notary residing in Luxembourg who will remain depositary of the present deed.

Appeared:

Maître François Brouxel, lawyer, residing in Luxembourg, acting as attorney of the board of directors of CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A., with registered office in Luxembourg, L-1724 Luxembourg, 29, boulevard du Prince Henri, duly registered under section B and number 63.922, by virtue of a power given by the board meeting of CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A., pursuant to a resolution dated 4th April, 2000. A copy of the minutes of the relevant board meeting, after having been duly signed *in varietur* by the appearing person and the instrumenting notary, shall remain attached to the present deed, with which it will be registered.

The company has been incorporated by a deed of Maître Frank Baden, prenamed, on March 30, 1998, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, number 473 of June 29, 1998.

The articles of incorporation have been amended by a deed of the same notary on March 10, 1999, published in the Mémorial C, number 433 of June 10, 1999.

The appearing person has requested the undersigned notary to state as follows:

According to the terms of the merger proposal documented by M<sup>e</sup> Frank Baden on 5th of April 2000, the companies CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL MARKETS S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL NETWORK S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL ENTERPRISES S.A. and CABLE & WIRELESS MARINE S.A. wished to merge by absorption of the companies CABLE & WIRELESS GLOBAL MARKETS S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL NETWORK S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL ENTERPRISES S.A. and CABLE & WIRELESS MARINE S.A. (absorbed companies) by the company CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A. (absorbing company).

This merger proposal has been published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations number 317 of April 29, 2000.

According to point 4 and 6 of the merger proposal, the merger shall be effective one month and one day after the publication in the Mémorial of the present merger proposal, that is to say on May 30, 2000 unless one or more shareholders of the absorbing company holding at least one fifth of the shares of the subscribed capital require the convening of a general meeting of the absorbing company to decide whether to approve the merger within the delay of one month starting from the day of publication of the merger proposal.

No shareholder of the absorbing company has required on May 30, 2000 the convening of an extraordinary general meeting of CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A. to decide whether to approve the merger.

The merger between the company CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESS INTERNATIONAL S.A. and the companies CABLE & WIRELESS GLOBAL MARKETS S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL NETWORK S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL ENTERPRISES S.A. and CABLE & WIRELESS MARINE S.A. is therefore definitively realised on May 30, 2000. On this day, the companies CABLE & WIRELESS GLOBAL MARKETS S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL NETWORK S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL ENTERPRISES S.A. and CABLE & WIRELESS MARINE S.A. have therefore been definitively dissolved.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that upon request of above appearing persons, this deed is worded in English, followed by a French translation and that in case of any divergences between the English and the French texts, the English version shall be prevailing.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the named date at the beginning of this document.

The document having been read to the appearing persons, the said persons appearing signed together with the notary the present original deed.

**Suit la traduction française du texte qui précède:**

L'an deux mille, le vingt-cinq août.

Par-devant Nous, Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, agissant en remplacement de Maître Frank Baden, notaire de résidence, lequel restera dépositaire de la minute.

A comparu:

Maître François Brouxel, avocat, demeurant à Luxembourg, agissant en tant que mandataire du conseil d'administration de la société anonyme CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A., avec siège social à Luxembourg, 29, boulevard du Prince Henri, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B n° 63.922, en vertu d'une résolution du conseil d'administration de la société en date du 4 avril 2000.

Une copie du procès-verbal afférent dûment signée ne varietur par le comparant et le notaire, demeurera annexée aux présentes, avec laquelle elle sera enregistrée.

La société a été constituée suivant acte reçu par Maître Frank Baden, préqualifié, le 30 mars 1998, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, n° 473 du 29 juin 1998.

Les statuts ont été modifiés suivant acte reçu par le même notaire le 10 mars 1999, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, n° 433 du 10 juin 1999.

Le comparant a demandé au notaire instrumentaire d'acter ce qui suit:

Aux termes du projet de fusion établi par acte notarié par-devant Maître Frank Baden en date du 5 avril 2000, les sociétés CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL MARKETS S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL NETWORK S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL ENTERPRISES S.A. et CABLE & WIRELESS MARINE S.A. ont souhaité fusionner par absorption des sociétés CABLE & WIRELESS GLOBAL MARKETS S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL NETWORK S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL ENTERPRISES S.A. et CABLE & WIRELESS MARINE S.A. (sociétés absorbées) par la société CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A. (société absorbante).

Ce projet de fusion a été publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 317 du 29 avril 2000.

Aux termes du point 4 et 6 du projet de fusion, la fusion produit ses effets un mois et un jour après la publication au Mémorial du présent projet de fusion, soit au 30 mai 2000 à moins que un ou plusieurs actionnaires de la société absorbante détenant au moins cinq pour cent des actions du capital souscrit ne requièrent la convocation d'une assemblée générale appelée à se prononcer sur l'approbation de la fusion dans le délai d'un mois à compter du jour de la publication au Mémorial du projet de fusion.

Aucun actionnaire de la société absorbante n'a requis au 30 mai 2000 la convocation d'une assemblée générale extraordinaire de la société CABLE & WIRELESS BUSINESSES INTERNATIONAL S.A. pour se prononcer sur l'approbation de la fusion.

La fusion entre la société CABLE & WIRELESS GLOBAL BUSINESSES INTERNATIONAL S.A. et les sociétés CABLE & WIRELESS GLOBAL MARKETS S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL NETWORK S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL ENTERPRISES S.A. et CABLE & WIRELESS MARINE S.A. est donc devenue définitive en date du 30 mai 2000. A ce jour, les sociétés CABLE & WIRELESS GLOBAL MARKETS S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL NETWORK S.A., CABLE & WIRELESS GLOBAL ENTERPRISES S.A. et CABLE & WIRELESS MARINE S.A. ont donc été définitivement dissoutes.

Le notaire soussigné qui comprend et parle l'anglais, constate par les présentes qu'à la requête des comparants, le présent acte est rédigé en anglais suivi d'une traduction française, et qu'en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, les comparants ont tous signé avec le notaire le présent acte.

Signé: F. Brouxel, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 29 août 2000, vol. 125S, fol. 62, case 1. – Reçu 500 francs.

*Le Receveur ff. (signé): Kerger.*

Pour expédition conforme, délivrée à la société sur sa demande, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 14 septembre 2000.

F. Baden.

(51838/200/118) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 septembre 2000.